

DOKUMENTE UND MATERIALIEN

**Parteien, Parteiensystem und Demokratie in Argentinien:
Die neuere Entwicklung der Unión Cívica Radical und ihre Stellung
innerhalb des argentinischen Parteiensystems.**

von Peter Birle

Dokumente und Materialien Nr. 11

Februar 1989

**ABTEILUNG: POLITISCHE AUSLANDSSTUDIEN UND
ENTWICKLUNGSPOLITIK**

Parteien, Parteiensystem und Demokratie in Argentinien:
Die neuere Entwicklung der Unión Cívica Radical und ihre Stellung
innerhalb des argentinischen Parteiensystems.

von Peter Birle

Dokumente und Materialien Nr. 11

Februar 1989

Inhalt

	<u>Seite</u>
Tabellenverzeichnis.....	III
Abkürzungsverzeichnis.....	III
Einleitung.....	IV
I. Der Analyserahmen.....	1
1. Der Forschungsbereich "Politische Parteien in Lateinamerika"...	1
2. Ausformungen und Funktionsbedingungen des argentinischen Parteiensystems.....	6
a) Das Selbstverständnis der politischen Parteien als Bewegungen.....	6
b) Die mangelhafte Repräsentation und Mediation sozialer Interessen.....	8
c) Die schwache Stellung des Parlaments.....	9
d) Der fehlende zivile Konsens.....	10
3. Leitfragen.....	11
II. Die Entwicklung der UCR bis zum Sturz des Peronismus 1955.....	12
1. Der historische Entstehungszusammenhang: Politik und Wirtschaft in der Ära der "Konservativen Ordnung".....	12
2. Organisationsstruktur, Programmatik und politischer Stil der UCR	14
3. Grundzüge der UCR-Regierungspolitik zwischen 1916 und 1930.....	17
4. Bedeutungsverlust und innerparteilicher Faktionalismus.....	19
III. Dauerkrise als Normalzustand: Parteien und politisches System nach 1955.....	24
1. Die Haltung gegenüber dem Peronismus nach 1955: Vom disloyalen Opponenten zur untergeordneten Opposition.....	24
2. Die Beziehungen zwischen UCR und Streitkräften.....	28
3. Interne Konflikte: Von der Spaltung zum Streit zwischen Balbinismus und Anti-Balbinismus.....	32
4. Die politischen Parteien unter der Diktatur nach 1976.....	36
IV. Die Entwicklung bis zu den Wahlen vom Oktober 1983.....	41
1. Innerparteiliche Transformationsprozesse: Entstehung und Bedeutung der Junta Coordinadora Nacional.....	41
2. Der Vorwahlkampf innerhalb der UCR.....	46
3. Veränderungen im Bereich der politischen Kultur und Partizipation.....	48
4. Der Wahlkampf des Jahres 1983.....	54
5. Die Wahlen vom Oktober 1983: Ergebnis und Analyse.....	57

II

V. Die UCR an der Regierung.....	65
1. Interne Entwicklungstendenzen und Konflikte nach 1983.....	65
a) Die Auseinandersetzungen auf Parteiebene.....	66
b) Die Auseinandersetzungen auf Parlaments- und Regierungsebene	69
c) Präsident und Partei.....	72
2. Parteien, Regierung und Parlament.....	76
a) Das im Parlament vertretende Parteienspektrum.....	76
b) Die gegenseitige Perzeption von Peronisten und Radikalen....	78
c) Die interne Krise des Peronismus.....	81
d) Die Rolle des Parlaments.....	83
e) Parteien und Gesellschaft.....	84
VI. Schlußbetrachtung.....	87
Literaturverzeichnis.....	92

Tabellenverzeichnis

	Seite
1. Unterstützung der verschiedenen politischen Parteien im Juni 1982, Mai 1983 und Mai 1984	61
2. Argentiniens "ideologische Landkarte"	63
3. Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus nach den Wahlen von 1983, 1985 und 1987	76
4. Antworten peronistischer und radikaler Parteiführer auf die Frage: Welches Parteiensystem benötigt Argentinien?	80
5. Einschätzung des politischen Gegners als legitim / nicht-legitim	80
6. Einstufung der wichtigsten gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen entsprechend ihrem Prestige	85
7. Einstufung der wichtigsten gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen entsprechend ihrer Macht	85

Abkürzungsverzeichnis

CGT	Confederación General de Trabajo
FORJA	Fuerza de Orientación Radical de la Joven Argentina
GAN	Gran Acuerdo Nacional
JCN	Junta Coordinadora Nacional
MID	Movimiento de Integración y Desarrollo
MIN	Movimiento de Intransigencia Nacional
MIR	Movimiento de Intransigencia y Renovación
PI	Partido Intransigente
PJ	Partido Justicialista
RyC	Movimiento de Renovación y Cambio
UCeDe	Unión del Centro Democrático
UCR	Unión Cívica Radical
UCRI	Unión Cívica Radical Intransigente
UCRP	Unión Cívica Radical del Pueblo

Einleitung

Die politische Landkarte Lateinamerikas hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Der Niedergang zahlreicher Militärdiktaturen und das meist explizite Bekenntnis der an die Macht zurückgekehrten zivilen politischen Kräfte zu repräsentativ-demokratischen Herrschaftsformen gingen einher mit einer breitgefächerten innerlateinamerikanischen Diskussion über Demokratie und Demokratisierung¹. Diese Entwicklung hat auch die internationale politikwissenschaftliche Forschung beeinflusst. Hatte man sich seit Mitte der siebziger Jahre im Rahmen der sogenannten "breakdown-Forschung" verstärkt darauf konzentriert, die Ursachen für den Zusammenbruch demokratischer Herrschaftssysteme zu analysieren, so stehen seit einiger Zeit Fragen nach den Ursachen, Bedingungen, Faktoren und Verlaufsmustern der Demokratisierung vormals autoritärer politischer Systeme im Mittelpunkt des Interesses². Im Rahmen dieser "Transitionsforschung" hat auch die lange Zeit vernachlässigte Rolle der politischen Parteien wieder mehr Beachtung gefunden.

In Argentinien übernahm nach den Wahlen vom 30. Oktober 1983 mit der Unión Cívica Radical (Radikale Bürgerunion / UCR) eine Partei die Macht, die zu den ältesten des lateinamerikanischen Subkontinents gehört. Ziel der Arbeit ist es, die Stellung der UCR innerhalb des argentinischen Parteiensystems und ihre Rolle während der seit 1983 andauernden Phase der Konsolidierung demokratischer Herrschaft näher zu beleuchten. Es soll untersucht werden, welche spezifischen Ausformungen und Funktionsmerkmale die UCR im Laufe ihrer Geschichte herausgebildet hat und welche Bedeutung diesen Charakteristika im Hinblick auf die Chancen für eine Stabilisierung der argentinischen Demokratie zukommt. Vor allem die Transformationsprozesse des letzten Jahrzehntes spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Nach einführenden Überlegungen zum Forschungsbereich "Parteien in Lateinamerika" und zum Analyseschema der Arbeit werde ich im zweiten Kapitel auf die historische Entstehungsphase der UCR eingehen. In dieser Zeit haben sich zahlreiche typische Charakteristika herausgebildet, die sowohl die UCR als Partei als auch ihr Image innerhalb der argentinischen Öffentlichkeit bis heute prägen. Thema des dritten Kapitels ist die Reaktion der UCR auf das Auftauchen einer zweiten bedeutenden Kraft auf der politischen Bühne

¹Für einen Überblick vgl. N. Lechner 1985; N. Werz 1987.

²Für einen Überblick über den jüngsten Forschungsstand vgl. D. Nohlen 1988. Dort findet sich auch die wichtigste Literatur zum Thema.

des Landes - die Auseinandersetzung mit dem Peronismus. Im vierten Kapitel geht es um diejenigen politischen, politisch-kulturellen und innerparteilichen Transformationsprozesse, die schließlich im Wahlsieg der UCR am 30. Oktober 1983 kulminierten. Thema des fünften Kapitels ist die Regierungszeit der UCR seit 1983. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht dabei weniger die inhaltliche Dimension der Regierungspolitik (policy), sondern mehr die formale bzw. prozessuale Dimension (politics). Diese Schwerpunktsetzung bedeutet weder, daß policy-Aspekte - Fragen nach der "Effizienz der (von der Politik, d.V.) zu erbringenden inhaltlichen Leistungen"³ und nach der "Qualität der von ihr erzeugten Güter und deren Verteilung"⁴ - vollständig ausgeklammert werden, noch, daß sie als weniger wichtig für die Konsolidierung des demokratischen politischen Systems eingestuft werden. Eine umfassende Darstellung der verschiedenen policy-Bereiche hätte jedoch den Rahmen dieser Arbeit gesprengt. Zudem kommt den politics-Aspekten - der Frage, "wer auf welche Weise in der Politik mitreden und mitentscheiden darf bzw. auf wen Rücksicht genommen werden muß"⁵ gerade im Rahmen der aktuellen Verfassungsreformdiskussion ein besonderer Stellenwert zu. Die Literaturrecherchen wurden im Frühjahr 1988 abgeschlossen, so daß grundsätzlich die Entwicklungen bis gegen Ende des Jahres 1987 Berücksichtigung fanden. Um eine größtmögliche Lesbarkeit der Arbeit zu gewährleisten, habe ich fremdsprachige Zitate ins Deutsche übersetzt.

³K. Rohe 1983, 352.

⁴ebd.

⁵ebd.



I. Der Analyserahmen

1. Der Forschungsbereich "politische Parteien in Lateinamerika"

"Die Rangordnung und Bedeutung der politischen Parteien innerhalb der modernen Demokratie steht bei den Mitgliedern dieser Kommission außerhalb jeder Diskussion. ... Die Kommission empfiehlt die Einbeziehung einer sich auf das Thema politische Parteien beziehenden Norm in die nationale Verfassung. ... Die Gründe für die Zuerkennung eines Verfassungsrangs für die politischen Parteien ergeben sich um so entschiedener, wenn wir die politische Realität unseres Landes analysieren. ... Die Bedrängung und Unterdrückung von Mediations- und Partizipationsinstanzen in den von uns miterlebten autoritären Entwicklungsprozessen machen die Wiederaufwertung jener Instrumente notwendig, die die Partizipation, die Heranbildung einer politischen Führung und die Verbreitung von Ideen ermöglichen und eine Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Individuum erfüllen"¹.

Die explizite Betonung der Bedeutung politischer Parteien als Elemente einer modernen Demokratie durch den von Präsident Alfonsín ins Leben gerufenen "Rat zur Konsolidierung der Demokratie" entspricht einem allgemeinen politikwissenschaftlichen Konsens, infolgedessen die Existenz politischer Parteien gewissermaßen zur "Grundausrüstung des modernen Staates"² gehört.

Tut sich allerdings schon die westeuropäische und nordamerikanische Politikwissenschaft bis heute schwer damit, ein geeignetes und allgemein anerkanntes theoretisches Instrumentarium zur Untersuchung des Forschungsbereiches "politische Parteien" zu entwickeln³, so treten bei der Auseinandersetzung mit den Parteien des lateinamerikanischen Subkontinents ungleich größere Schwierigkeiten auf. Lateinamerikanische politische Parteien spielen nicht die gleiche signifikante Rolle innerhalb des

¹ Consejo para la Consolidación de la Democracia 1986, 225 u. 79.

² M. Mols 1973, 213; Von Huntington stammt die Feststellung, die politische Partei sei "die kennzeichnende Institution des modernen politischen Systems". (S. Huntington 1968, 89).

³ Dabei lassen sich grundsätzlich zwei vorherrschende Richtungen unterscheiden: Zum einen die Analyse der Partei als Organisationseinheit und ihrer Binnenstruktur, zum anderen die Analyse der Partei als Teilnehmer innerhalb des Parteienwettbewerbs. Die Wechselwirkung zwischen Partei und Parteiensystem ist allerdings so eng, daß eine solche Trennung immer nur analytisch vorgenommen werden kann. Denn als Faktor des politischen Prozesses ist die Partei "verzahnt mit bestimmten Strukturen und Funktionen, die aus der Verbindung von Partei, Parteiensystem und politischem System sowie dessen Kontext resultieren." (R. Roth 1983) Versuche, diese Interaktionsmuster mit Hilfe von Typologien und Funktionsbestimmungen zu erklären, sind umstritten. (vgl. ebd.) Hauptkonfliktpunkt zwischen den unterschiedlichen Paradigmen ist dabei meist, welcher Stellenwert den einzelnen Funktionen beizumessen ist. (vgl. K.v. Beyme 1988, 206) Interessante Aufschlüsse in dieser Richtung gibt die Arbeit von Elmar Wiesendahl, der darauf hinweist, daß Parteienforschung nicht frei ist von demokratietheoretisch hergeleiteten Implikationen und daß meist deskriptive und analytische Aussagen über Parteien in der Demokratie mit präskriptiven Prämissen und Postulaten über erwünschte Parteieigenschaften kombiniert werden. (vgl. E. Wiesendahl 1980, 20).

politischen Prozesses wie diejenigen der anglo-europäischen Welt, d.h., dort "kann in der Regel weder von einem ›Parteienstaat‹ noch von einer ›repräsentativen Demokratie‹ westlichen Musters als tertium comparationis seiner politischen Systeme die Rede sein"⁴. Zwar gehören Parteien "in Lateinamerika in größerem Maße zur gesellschaftspolitischen Wirklichkeit als in anderen Teilen der Dritten Welt"⁵. Sie haben jedoch "ihre Position in den politischen Systemen nur in wenigen Fällen (...) über längere Zeit konsolidieren können"⁶.

Einige methodische und theoretische Fragen konnten bei der Behandlung des Themas "politische Parteien in Lateinamerika" bisher nicht beantwortet werden, und zwar weder von den an "westlichen" Kategorien geschulten nordamerikanischen und westeuropäischen Forschern, noch von lateinamerikanischen Wissenschaftlern⁷. Neben den Klagen über ein allgemein zu geringes Interesse an der Erforschung lateinamerikanischer politischer Parteien⁸ und dem Mangel an empirischen Studien⁹ wurde immer wieder kritisiert, die Forschung sei zu deskriptiv (sie gehe zu sehr von Absichtserklärungen und Selbstbezeichnungen der Parteien aus) und betrachte die Parteien "relativ isoliert von ihrem soziopolitischen Kontext und anderen gesellschaftlichen Machtgruppen"¹⁰.

Es hat eine Vielzahl von Versuchen gegeben, länderübergreifende Typologien lateinamerikanischer Parteien und Parteiensysteme zu entwickeln¹¹. Solche Typologien besitzen allerdings immer nur eine begrenzte Aussagekraft. Dies liegt vor allem am wechselhaften politischen Geschehen des Subkontinents

⁴K.Lindenberg 1973, 131.

⁵N.Werz 1987 a, 438.

⁶ebd. 439.

⁷Den besten Überblick über den Forschungsstand im Bereich der Theoriebildung geben meiner Ansicht nach die Arbeiten von N.Werz 1983 u. 1987 a; vgl. auch M.J.R.Martz 1980.

⁸Nach einer Welle von modernisierungstheoretisch orientierten Arbeiten im Laufe der 60er Jahre ließ das Interesse an Parteien in dem Maße nach, wie dependenztheoretisch orientierte Forschungsansätze an Einfluß gewannen. Die Infragestellung der Parteien (vor allem derjenigen der Mittelschichten) als relativ autonomer "Agenten der Modernisierung" und die Lokalisierung der eigentlichen Machtfaktoren außerhalb der Parteien waren genauso verantwortlich für das nachlassende Forschungsinteresse wie die fast ausschließliche Konzentration auf externe und ökonomische Einflußfaktoren und der Bedeutungsverlust von Parteien in den autoritären Systemen der 70er Jahre.

⁹vgl. zu diesem Vorwurf den Aufsatz von M.J.R.Martz 1980.

¹⁰N.Werz 1983, 23.

¹¹Ich verzichte auf die Darstellung dieser Typologien. Eine kritische Übersicht mit den entsprechenden Literaturverweisen findet sich bei R.Cifuentes 1983.

und am schnellen Wandel von Regierungsformen und Parteiensystemen, den die meist statisch angelegten Typologien nur schwer angemessen wiedergeben können und der diese oft schon nach kurzer Zeit als überholt erscheinen läßt. Weitgehend Konsens herrscht dagegen darüber, daß man eine ganze Reihe von charakteristischen Strukturmerkmalen bzw. Strukturschwächen ausmachen kann, die zumindest teilweise auf alle lateinamerikanischen Parteien zutreffen und die sich a) auf die Binnenstruktur der Parteien und b) auf das Verhältnis der Parteien untereinander und ihre Stellung innerhalb der politischen Systeme beziehen¹².

zu a)

- Fast alle lateinamerikanischen Parteien sind - entsprechend den Grundmustern der politischen Kultur des Kontinents - personalistisch strukturiert. Die Loyalität der Mitglieder gilt weniger der Partei als Organisation, programmatischen Inhalten und Zielen, sondern in erster Linie einer zentralen Führungspersönlichkeit, einem populären "Caudillo". Politische Programme spielen meist nur eine untergeordnete Rolle.
- Der Personalisierung der Macht entspricht auf einer anderen Ebene ein Hang zum Faktionalismus, d.h. eine nur schwach ausgeprägte Fähigkeit, interne Konflikte integrativ zu lösen. Eine Folge davon sind die häufigen Spaltungen und Aufsplitterungen von Parteien. Innerparteiliche Konflikte werden zwar meist als ideologisch-programmatisch ausgewiesen, sind aber nicht selten das Ergebnis persönlicher Differenzen zwischen verschiedenen Führungskräften.
- Die interne Demokratie ist meist nur schwach ausgeprägt. In Entscheidungs- und Rekrutierungsprozesse ist nur eine kleine Führungselite einbezogen. Die Elitenzirkulation vollzieht sich nur sehr langsam. Diese "Oligarchisierung der Führungseliten" führt zur Tendenz, die Wählerbasis zu instrumentalisieren, statt ihre Interessen zu repräsentieren. Daraus wiederum folgt nicht selten eine zunehmende Entfremdung zwischen Parteien und Wählern.
- Eine Kontrolle der Parteienfinanzierung durch die Öffentlichkeit findet kaum statt.
- Organisatorische Schwäche: Dies bezieht sich zum einen auf den starken Einfluß regionaler Faktoren, denen oft Vorrang vor nationalen Zielsetzungen eingeräumt wird, zum anderen darauf, daß viele Parteien ihre Aktivitäten auf Wahlkampfzeiten beschränken, sich oft erst kurz vor

¹²vgl. zum folgenden R.McDonalds 1971, 7ff; K.Lindenberg 1973, 151ff; R.Cifuentes 1983, 30ff; A.Angell 1968, 362f.

Wahlen zu mehr oder weniger improvisierten ad-hoc-Koalitionen zusammenfinden und keinen Wert auf ein ausgebautes Organisationsnetz oder die ständige Motivation ihrer Anhänger legen.

zu b)

- Lateinamerikanische politische Parteien befinden sich als "ungleiche Partner" "in einer expliziten Konkurrenzsituation mit anderen politisch relevanten Gruppen, wobei ein Konsens über die Spielregeln des politischen Prozesses, insbesondere auf der Basis der politischen Demokratie, nicht immer vorausgesetzt werden kann"¹³. Solche Gruppen (beispielsweise die Streitkräfte) definieren ihre politische Legitimität anders, das heißt, die demokratische Legitimation der Macht durch Wahlen ist nur eine unter mehreren Alternativen. -Lateinamerikanische politische Parteien tun sich oft schwer damit, innerhalb des Systems die Rolle einer loyalen Opposition auszufüllen. Umgekehrt neigen sie an der Macht dazu, die legitime Funktion von Opposition in Frage zu stellen und verweigern nicht selten oppositionellen Kräften die Möglichkeit, innerhalb des politischen Systems die Interessen und Forderungen der von ihnen vertretenen gesellschaftlichen Sektoren zu artikulieren. Es besteht kein Konsens über die fundamentalen Grundsätze des politischen Prozesses bzw. die Spielregeln der Konfliktlösung. Das führt dann schnell dazu, daß beim Kampf zwischen Parteien nicht nur konkrete politische Inhalte, sondern die eigentlichen Grundlagen des Systems auf dem Spiel stehen¹⁴.

Die Auflistung dieser Strukturschwächen - einer Kombination aus deskriptiven Elementen und der normativen Einordnung dieser Phänomene auf der Grundlage demokratietheoretisch hergeleiteter Implikate - offenbart zugleich ein grundsätzliches Problem der politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit Lateinamerika im allgemeinen und lateinamerikanischen politischen Parteien im besonderen:

"Es besteht ein Widerspruch zwischen der Intention, sich konzeptuell vom neuzeitlich-westlichen Staat zu lösen, und einer unverkennbaren nordatlantischen Provinzialität: In aller Regel erliegen die Theoretiker der politischen Prozesse/Systeme/Entwicklungstrends der Versuchung, die analytischen Implikationen des eigenen politisch-gesellschaftlichen Weltbildes zu verabsolutieren"¹⁵.

Um dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen, ist eine doppelte Aufgabe zu lösen:

- Zum einen gilt es, eine eurozentristische Sichtweise zu vermeiden und

¹³K.Lindenberg 1973, 151.

¹⁴zur Notwendigkeit allgemein anerkannter Spielregeln des politischen Prozesses als Basis eines verfaßten Gemeinwesens vgl. G.Sartori 1976, 16.

¹⁵M.Mols 1973, 210.

das Untersuchungsobjekt nicht nach westlichem Funktionalismus einzuordnen. Dies führt zu Vorschlägen wie dem von Lindenberg, "die Denk- und Erfahrungswerte der Industrieländer-Politikwissenschaft zunächst einmal" zurückzustellen, um so den "Kriterien der lateinamerikanischen ›politischen Kultur‹ und ihrem ›politischen Stil‹ eher gerecht zu werden"¹⁶.

- Zum anderen birgt allerdings der vollständige Verzicht auf den Gebrauch von Analyseinstrumenten, die aufgrund eigener Erfahrungswerte entwickelt wurden, die Gefahr der "Preisgabe sozialwissenschaftlicher Forschungsökonomie und Kommunikation"¹⁷. Es ist richtig, daß die Fragestellung im Hinblick auf Parteien in Lateinamerika "grundsätzlicher" ausfallen muß als zum Beispiel in Westeuropa¹⁸. Dies impliziert allerdings noch nicht die Notwendigkeit eines speziellen theoretischen Instrumentariums für Lateinamerika.

Im Rahmen der in den letzten Jahren in Gang gekommenen Diskussion um Verfassungsreformen in einigen südamerikanischen Ländern¹⁹ fällt auf, daß sich viele lateinamerikanische Sozialwissenschaftler und Politiker ganz explizit an westlichen, vor allem an europäischen Vorbildern orientieren. Verfassungsreformen, die sich auf die Entscheidungsstrukturen des gouvernementalen Systems beziehen, lassen eine vorhergehende Analyse der "realen" politischen Systeme für angebracht erscheinen, das heißt, wo die Beziehungen zwischen Regierung, Parteien und Parlament einer Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen unterworfen werden sollen, ist zunächst einmal eine genaue Kenntnis der gegenwärtigen Strukturen notwendig.

Ich werde zunächst die Liste der allgemeinen Strukturschwächen lateinamerikanischer politischer Parteien um eine Darstellung der spezifischen Ausformungen und Funktionsbedingungen des argentinischen Parteiensystems ergänzen. Auf dieser Basis werde ich einige Leitfragen formulieren, die im weiteren Verlauf der Arbeit berücksichtigt werden sollen.

¹⁶K.Lindenberg 1973,132; ähnlich argumentiert G.Sartori 1976, 244ff.

¹⁷M.Mols 1973, 216.

¹⁸vgl. K.Lindenberg 1973, 131.

¹⁹vgl. dazu den Band von D.Nohlen / A.Solari 1988.

2. Ausformungen und Funktionsbedingungen des argentinischen Parteiensystems

a) Das Selbstverständnis der politischen Parteien als Bewegungen

Die Integration des größten Teils der argentinischen Bevölkerung in das politische System des Landes im Laufe dieses Jahrhunderts verlief nicht über Parteien im klassischen Sinne des Wortes, sondern über politische Vereinigungen, die sich zwar als Parteien bezeichneten, sich von ihrem Selbstverständnis her jedoch als "nationale Bewegungen" verstanden.

Hinter den Termini Partei und Bewegung verbergen sich zwei grundsätzlich verschiedene Vorstellungen von Staat, Gesellschaft und Politik. Der Begriff Partei im Sinne des in westlichen Demokratien üblichen Verständnis des Wortes verweist auf eine pluralistische Weltanschauung, wobei in der Idee des Pluralismus empirische und normative Komponenten miteinander verbunden sind. Sie basiert auf der Feststellung, daß jede moderne Gesellschaft durch einen komplexen Prozeß des Miteinander- und Gegeneinanderwirkens seitens verschiedener Gruppen charakterisiert ist.

"Dieser Prozeß wird nun nicht nur als fundamentale Gegebenheit akzeptiert, sondern als konstituierender Bestandteil der Freiheit gegen den Anspruch verteidigt, die Einheit eines politischen Systems verlange Unterordnung aller partieller >>selbstsüchtiger<< Gruppenidentifikation und Interessen unter das im Staat artikulierte >>allgemeine Interesse<<"²⁰.

Erst vor dem Hintergrund solcher Ideen wird die Anerkennung von Parteien als Vertretern partieller Interessen, "deren Aufgabe die Herstellung eines seiner metaphysischen Qualität beraubten und auf Kompromiß beruhenden >>allgemeinen Willens<<"²¹ ist, verständlich.

Der Idee der "nationalen Bewegung" ist diese Vorstellung von einer "Einheit in Vielheit" fremd. Nationale Bewegungen verstehen sich nicht als Vertreter partieller Interessen, sie erheben vielmehr den Anspruch, alleinige und legitime Repräsentanten "des Volkes" oder "der Nation" zu sein.

Der argentinische "movimientismo" wurzelt in den politischen Traditionen des spanischen Kolonialsystems, in den Doktrinen der in Argentinien sehr einflußreichen katholischen Kirche und im Caudillismo des 19. Jahrhunderts²². Seine Entstehung hängt auch mit dem in Lateinamerika weitverbreiteten etatistischen Erbe zusammen, mit der Überhöhung von Staatsidee und Staatsanspruch²³. Während in Europa die "zivilen Gesellschaften" bei der Entstehung der Nationalstaaten eine konstituierende

²⁰K.L.Shell 1972, 323.

²¹ebd.326.

²²Zu Einzelheiten vgl. D.Rock 1987, 11-15.

²³Dazu ausführlich: M.Mols 1987.

Rolle spielten, liegt auf dem lateinamerikanischen Kontinent eher ein umgekehrtes Verhältnis vor:

"Wenn etwas den Kontinent charakterisiert, (...) dann, daß es sich um Gesellschaften handelt, die von Staaten (oder Semi-Staaten) hervorgebracht wurden, kontrolliert von intellektuellen und/oder militärischen Eliten, im allgemeinen marginal innerhalb der Sozialstruktur, die, ausgehend von einer Modernisierungsideologie und in der Auseinandersetzung mit anderen Eliten (...), bestrebt waren, die territoriale Souveränität zu zentralisieren und Prozesse zur Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaft in Gang zu setzen"²⁴.

Der Staat bildet in der politischen Tradition dieser Länder den Ort, an dem sich die sozialen Akteure konstituieren. Indem alles durch den Staat passiert, wird dieser zum "Definitionsprinzip der sozialen Protagonisten"²⁵. Parteien konstituieren sich nicht so sehr als Agenturen zur Repräsentation gesellschaftlicher Interessen, sie verstehen sich mehr als "Instrumente zur Eroberung des Staates". Daher kommt es, daß sie im Namen des ganzen Volkes bzw. der Nation auftreten, daß sie sich selbst jeweils als einzigen legitimen Repräsentanten "des Ganzen" verstehen. David Rock hat die wichtigsten Merkmale des "movimientismo" folgendermaßen beschrieben²⁶:

1. Bewegungen bilden sich meist um Caudillos und sind damit ein typisches Beispiel für den in der lateinamerikanischen politischen Kultur stark ausgeprägten Personalismus.
2. Der Führer einer Bewegung besitzt eine charismatische, oft transzendente Autorität. Er gilt als Inkarnation der "volonté générale" - das Vertrauen in seine Person verbindet sich mit dem Glauben, daß er die Verwirklichung einer Reihe als allgemeingültig verstandener Ziele garantiert.
3. Bewegungen sind keine Gründungen "von unten". Sie werden meist von Eliten ins Leben gerufen und erfüllen für diese die wichtige Funktion, mit Hilfe von Massenmobilisation den Weg zur Macht zu ebnen. Dementsprechend sind auch die internen Kommunikations- und Entscheidungskanäle von Bewegungen meist hierarchisch strukturiert. Die Macht der Führungselite wird bürokratisch abgesichert.
4. Bewegungen erheben den Anspruch, Klassengrenzen zu überschreiten. Sie verstehen sich als wesensgleich mit der Gemeinschaft als Ganzer und geben vor, ein höheres Interesse zu vertreten als einzelne Gruppen oder Fraktionen. Um die "Harmonie der Klassen" voranzutreiben, sind sie auch

²⁴J.C.Portantiero 1984 b, 263f.

²⁵L.de Riz 1986, 664.

²⁶vgl. zum folgenden D.Rock 1987, 6ff.

zum Einsatz staatlicher Macht bereit.

5. Nicht selten wird zur Untermauerung des Anspruchs, die gesamte Nation zu repräsentieren, eine externe Bedrohung heraufbeschworen. Die "Verteidigung der Nation gegen Feinde von außen" und der "Kampf gegen un-argentinische Ideologien" gehören zu den typischen Strategien, ein Zusammengehörigkeits- und Identitätsgefühl zu schaffen.

Das Selbstverständnis der argentinischen politischen Parteien als "nationale Bewegungen" war eine Ursache dafür, daß es zwischen den verschiedenen politischen Kräften nicht zur Herausbildung eines "Treueverhältnisses" kam:

"Das Erlernen einer loyalen Kompetenz zwischen Regierung und Opposition (oder Oppositionen) wurde in Argentinien niemals ernsthaft ins Auge gefaßt. Es ist daher nicht in die politische Kultur einverleibt"²⁷.

b) Die mangelhafte Repräsentation und Mediation sozialer Interessen

"Eine der wichtigsten Bedingungen für das normale Funktionieren eines demokratischen politischen Systems ist die Existenz eines Systems von Parteien, die als effiziente und vertrauenswürdige Kanäle zur Repräsentation sozialer Interessen auftreten, bei der Meinungsbildung der Bürger mitwirken und die sowohl administrative als auch technische Kenntnisse akkumuliert haben. Dies erlaubt es ihnen, als legitime und zentrale Akteure bei der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten aufzutreten, die Geltungskraft der institutionellen Ordnung zu stärken und die Intensität der politischen und sozialen Konflikte zu regulieren"²⁸.

Die Realität des argentinischen Parteiwesens ist in der Vergangenheit von diesem Postulat weit entfernt gewesen. Dies hängt mit der Ausprägung der Parteien als "catch-all-parties" ohne programmatischen Zusammenhang²⁹, mit einer oft enormen Kluft zwischen Parteibasen und Führungseliten und mit den häufigen Unterbrechungen der institutionellen Kontinuität zusammen. Das mangelhafte Funktionieren der Parteien im Hinblick auf die Repräsentation und Mediation gesellschaftlicher Interessen hatte verschiedene Konsequenzen³⁰:

- Soziale Gruppen, die ihre Forderungen unter anderen Bedingungen innerhalb des Parteiensystems eingebracht hätten, tendierten zu korporativen Strategien und zur Stärkung ihrer professionellen Repräsentationsorgane, die ihre Forderungen direkt an die Exekutive

²⁷J.Nun / J.C.Portantiero 1987 b, 232f.

²⁸R.Sidicaro 1985, 273.

²⁹vgl. J.C.Portantiero 1983, 22f.

³⁰vgl. zum folgenden R.Sidicaro 1984, 18ff. und 1985, 274ff.

richteten. Aufgrund der fehlenden Interessenaggregation durch politische Parteien wurde die jeweilige Exekutive direkt mit den Maximalforderungen gesellschaftlicher Interessengruppen konfrontiert. Diese Gruppen waren nicht an mittel- oder langfristigen Strategien interessiert, sondern an der Erlangung unmittelbarer Vorteile. Es entstand eine durch partikularistische Forderungen überlastete politische Bühne, dergegenüber jede staatliche Entscheidung Unzufriedenheit und Frustration bewirkte.

- Das Nichtfunktionieren der Parteien und der Rückgriff immer größerer Teile der Gesellschaft auf korporative Strategien verstärkten sich gegenseitig und hatten wiederum Rückwirkungen auf die Binnendynamik der Parteien: Auch die Führer von Parteien waren in einer solchen Situation zuallererst an der Verteidigung ihrer eigenen korporativen Interessen interessiert und ergriffen ihre Initiativen zunehmend unabhängig von den sozialen Interessen der Wählerbasis. Die Kluft zwischen Repräsentanten und Repräsentierten vergrößerte sich umso mehr.
- Es entstand eine weitverbreitete Anti-Parteien-Mentalität, die Parteien als entbehrlich oder sogar schädlich für die Gestaltung eines effizienten politischen Systems ansah³¹. Diese eingeschränkte Legitimation des Parteiensystems beeinträchtigte die Stabilität der demokratischen Institutionen insgesamt. Die Versuche, mittels institutionalisierter demokratischer Kanäle am politischen Leben teilzunehmen, nahmen ab. Eingriffe des Militärs in die Politik wurden von diesen unter anderem mit dem Argument der technischen Ineffizienz des Parteiensystems gerechtfertigt.

c) Die schwache Stellung des Parlaments

Von der Funktionskrise der politischen Parteien war auch das Parlament betroffen. Es stand nie im Zentrum der politischen Willens- und Entscheidungsbildung, sondern war meist eine "ineffiziente und irrelevante Institution"³². Es funktionierte weder als Quelle legislativer Initiativen noch als effektives Kontrollgremium der Exekutive.

Dies hängt zum einen mit den wiederholten Eintritten der Streitkräfte in die Politik zusammen, die es sowohl den Parteien als auch dem Parlament schwer machten, kontinuierliche Aktivitäten zu entwickeln und

³¹vgl. FUNDECO 1982, 18; M.Kaplan 1986, 38.

³²M.Cavarozzi 1984, 136.

parlamentarische Praktiken langfristig einzuüben. Zum anderen sind das Verbot der peronistischen Partei nach 1955 und die damit verbundene Entwicklung zu einem "dualen politischen System"³³ für den Bedeutungsverlust des Parlaments verantwortlich. Und schließlich spielt auch das Verhältnis zwischen Präsident und Regierungspartei hierbei eine entscheidende Rolle: Die überragende Stellung des Präsidenten und die ihm gegenüber meist stark eingeschränkte Autonomie der Regierungsparteien ließ die parlamentarische Arbeit oft zu einer Absegnung präsidentieller Initiativen verkommen³⁴.

d) Der fehlende zivile Konsens

Es ist bereits die Rede von den wiederholten Eintritten der argentinischen Militärs in die Politik und den dadurch verursachten Brüchen der institutionellen Kontinuität gewesen. Es wäre jedoch falsch, die argentinische Politik als Machtkampf zwischen einem zivilen und einem militärischen Block zu interpretieren. Die Machtübernahme der Streitkräfte wurde nicht zuletzt deshalb immer wieder möglich, weil zumindest ein Teil der zivilen Akteure sie immer als legitim betrachtet und gemeinsam mit den Militärs gegen gewählte Regierungen konspiriert hat³⁵. Wenn es nicht gelingt, die argentinischen Streitkräfte zu depolitisieren und sie einer politischen Logik unterzuordnen, wird es kaum möglich sein, die repräsentativ-demokratische Staatsform langfristig zu stabilisieren. Die Chancen für einen Erfolg solcher Bemühungen steigen, wenn die zivilen Akteure eine gemeinsame und geschlossene Position gegenüber den Streitkräften vertreten.

³³vgl. Kapitel III.1.

³⁴vgl. die Untersuchung von M.Cavarozzi 1984 über die Aktivitäten des argentinischen Parlaments in den Phasen nach 1958, 1963 und 1973 sowie P.Snow 1979, 45ff.

³⁵vgl. Kapitel III.2.

3. Leitfragen

Im weiteren Verlauf der Arbeit soll untersucht werden, inwieweit die für Lateinamerika allgemein und für Argentinien im besonderen skizzierten Struktur- und Funktionsdefizite der Parteien und Parteiensysteme, die allesamt der Konsolidierung einer repräsentativ-demokratischen Herrschaftsform zuwiderlaufen, auf die UCR in der Vergangenheit zugetroffen haben bzw. bis heute zutreffen. Folgende Leitfragen sollen dabei einen Orientierungsrahmen liefern:

1. Inwieweit versteht sich die UCR als politische Partei im Sinne der "party as part-of-a-whole"³⁶?
2. Wie steht es um die innerparteiliche Demokratie? Welche Bedeutung haben Personalismus und Klientelismus?
3. Wie ist das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition? Gibt es einen zivilen Konsens im Sinne der Ablehnung einer politischen Rolle des Militärs?
4. Welchen Grad an Legitimation innerhalb der Bevölkerung besitzt das argentinische Parteiensystem?

³⁶G.Sartori 1976, 26.

II. Die Entwicklung der UCR bis zum Sturz des Peronismus 1955

1. Der historische Entstehungszusammenhang: Politik und Wirtschaft in der Ara der "Konservativen Ordnung"

Ebenso wie der Peronismus für viele Argentinier bis zum heutigen Tag die Einbeziehung der Arbeiterklasse ins politische System und verbesserte Sozialleistungen symbolisiert, wird auch der Radikalismus im historischen Bewußtsein mit bestimmten Normen und Errungenschaften in Verbindung gebracht. Die UCR steht für die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts (für Männer) im Jahr 1912 und für die Inkorporation der Mittelschichten ins politische System. Der Rekurs auf die historische Entstehungsphase der Partei soll Entwicklungslinien aufzeigen, die die Partei bis heute mitprägen und die bei der Beurteilung der UCR durch die argentinische Öffentlichkeit eine wichtige Rolle spielen.

Die 1891 gegründete Radikale Partei³⁷ war die erste große, auf nationaler Ebene organisierte Partei Argentiniens. Ihre Entstehung war ein Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und den daraus resultierenden starken gesellschaftlichen Umbrüchen.

Mit der militärischen Durchsetzung von Buenos Aires als Hauptstadt und Handelsmetropole war 1880 der lange und von Bürgerkriegen begleitete Prozeß der Gründung des argentinischen Nationalstaates zu Ende gegangen³⁸. Die Verfassungsväter von 1853, eine gebildete und fortschrittsgläubige Elite, hatten zwei Hauptziele angestrebt: Den Aufbau eines republikanischen, repräsentativen und föderativen Nationalstaates und die Errichtung der als Voraussetzung dafür angesehenen Sozialstruktur. Vorbild dieses Modells war die europäische und US-amerikanische Entwicklung:

"Der Entwurf von Staat und Politik implizierte, daß Argentinien danach strebte, so zu sein wie Frankreich, England oder die Vereinigten Staaten"³⁹.

Durch die Forcierung der Einwanderung aus Europa, umfangreiche Investitionen, den Aufbau eines Erziehungssystems und ökonomisches "laissez-faire" sollte ein gezielter Modernisierungsprozeß in Gang gebracht werden. Es kam in der Folgezeit zu einer massiven Einwanderung, vor allem aus Südeuropa, sowie zu einer schnellen Integration der argentinischen

³⁷zur Entstehungsgeschichte der UCR vgl. D.Rock 1975; H.Clementi 1986; K.Remmer 1977; P.H.Smith 1974; M.L.Acuña 1984, Kap. 1; P.Snow 1972.

³⁸zur Entwicklung seit der Unabhängigkeit vgl. J.C.Chiamonte 1983 und L.Allub 1983.

³⁹J.C.Agulla 1984, 252.

Wirtschaft in den expandierenden Weltmarkt⁴⁰. Die Modernisierungsanstrengungen machten jedoch vor Politik und Landeigentum halt: Zwar war in der Verfassung von 1853 eine Gewaltenteilung nach US-amerikanischem Vorbild vorgesehen, in der Praxis behielt jedoch die Landoligarchie die Kontrolle über das politische System. Ihre politische Vormachtstellung speiste sich aus mehreren Quellen: Sie besaß die Kontrolle über die Armee und über die einzige echte politische Partei (den Partido Autonomista Nacional). Wahlbetrug war an der Tagesordnung und die meisten politischen Entscheidungen wurden nicht nach öffentlicher Debatte, sondern durch informelle Übereinkünfte, sogenannte acuerdos getroffen⁴¹. Die neuentstehenden sozialen Schichten wurden nicht in das politische System integriert. Einwanderer erhielten weder politische Bürgerrechte noch das Wahlrecht. Die Mehrheit der Bevölkerung blieb so vom Prozeß der politischen Willensbildung ausgeschlossen⁴².

Zu einem Sammelbecken unzufriedener Gruppen entwickelte sich die 1890 gegründete Unión Cívica⁴³, von der sich ein Jahr später die Unión Cívica Radical (UCR) abspaltete⁴⁴. Die UCR versuchte in den folgenden Jahren wiederholt, die herrschende Elite gewaltsam aus der Macht zu verdrängen. Nach mehreren erfolglosen Aufstandsversuchen verschwand sie nach 1896 zunehmend in der Bedeutungslosigkeit und machte erst 1905 durch eine erneute, wenn auch abermals fehlgeschlagene, Revolte wieder auf sich aufmerksam. Sie unternahm nun wachsende Anstrengungen zur Mobilisierung von Massenunterstützung und baute ihr Organisationsnetz auf Provinz- und Lokalebene weiter aus. Die Wahlrechtsreform von 1912 in Form des Ley Saenz-

⁴⁰Motor der wirtschaftlichen Entwicklung war der Export von Getreide und Rindfleisch. Zwischen 1865 und 1914 stieg die bewirtschaftete Fläche von 580.000 auf 20 Millionen Hektar, das Eisenbahnnetz wuchs von 503 auf 31.000 Kilometer. Im gleichen Zeitraum stieg die Bevölkerungszahl von 1.7 auf 7.2 Millionen an. vgl. J.Sábato/ J.Schvarzer 1983.

⁴¹Die repräsentativen Institutionen der herrschenden Klassen partizipierten informell als "grupos de presión" innerhalb der Herrschaftsstruktur des Systems. Politik gemacht wurde in den Kreisen der Sociedad Rural, des Jockey Club, des Círculo de Armas, der Unión Industrial und ähnlichen Zirkeln. Aus ihnen rekrutierte sich auch die politische Führung. vgl. J.C.Agulla 1984, 254f.

⁴²vgl. P.Smith 1978, 9.

⁴³Gallo und Sigal unterscheiden innerhalb der sozialen Basis der Union Cívica drei Gruppen: "neureiche" Landbesitzer aus dem oberen Litoral, Nachkommen aristokratischer Familien aus dem Landesinneren, die nicht vom Import-Export-System profitieren konnten, sowie Teile der neuentstandenen Mittelschicht, die zwar am Wirtschaftswachstum teilhatten, aber von der politischen Macht ausgeschlossen waren. vgl. E.Gallo / S.Sigal 1965.

⁴⁴Zu der Spaltung kam es nach einem fehlgeschlagenen Aufstandsversuch gegen die herrschende Oligarchie, in dessen Folge sich Teile der UC mit den Machthabern arrangierten. Daraus entstand ein innerparteilicher Streit, der schließlich zur Gründung der UCR führte.

Peña⁴⁵ ermöglichte der UCR den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen der Jahre 1916, 1922 und 1928 und damit den Einzug ins Machtzentrum des Staates, aus dem sie 1930 durch einen Militärputsch wieder verdrängt wurde.

2. Organisationsstruktur, Programmatik und politischer Stil der UCR

Die - im grundsätzlichen bis heute unveränderte - Organisationsstruktur⁴⁶ der Radikalen Partei wurzelte in zahlreichen lokalen Zusammenschlüssen, sogenannten "Klubs" bzw. "Komitees". Sie operierten, solange die Partei einen gewaltsamen Sturz der regierenden Oligarchie anstrebte, im Verborgenen. Nach dem Verzicht auf weitere Aufstandsversuche wurden sie zur Basis eines umfangreichen klientelistischen Apparates. Dabei spielten die Leiter der örtlichen Parteibüros, die sogenannten "Punteros", eine wichtige Rolle. Ihnen oblag die nach dem Prinzip "Eine Gefälligkeit - Eine Stimme" funktionierende Werbung und Registrierung von Mitgliedern⁴⁷.

Eine plastische Schilderung der bei parteiinternen Wahlen üblichen klientelistischen Praktiken und des Einflusses der Punteros liefert Horacio J.Guido:

"Innerhalb des Radikalismus ist die Wahl von Autoritäten oder Kandidaten von Beginn an unverzichtbare und nichtdelegierbare Eigenschaft der Mitglieder gewesen. In der Mehrheit der Fälle üben sie dieses Recht mittels ihres eigenen und unersetzlichen Willens aus, aber in vielen anderen Fällen durch die Partizipation gewisser "Vermittler" - charakteristischen Persönlichkeiten der nationalen Politik - die dabei "helfen", den Willen des Mitgliedes auszudrücken. ... Die Vermittler sind die "Punteros", deren Lebensinhalt darin besteht, Mitgliedskarten zu sammeln"⁴⁸.

⁴⁵Das Ley Saenz-Peña beinhaltete die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für Männer. Voraussetzung für das Wahlrecht war der Besitz der argentinischen Staatsbürgerschaft. Das Gesetz führte nur zu einer begrenzten Öffnung des politischen Systems. 40 bis 45 % der männlichen Bevölkerung erhielten das Wahlrecht. Die meisten Immigranten (etwa die Hälfte der Mittelklasse und 60% der Arbeiterklasse) blieben weiterhin davon ausgeschlossen, da sie nicht die argentinische Staatsbürgerschaft besaßen und meist auch kein Interesse daran hatten, sie zu erwerben. Zudem führte das System der lista incompleta (Bei Wahlen erhielt die stärkste Partei in jedem Wahlbezirk 2/3 der Mandate, die zweitstärkste Partei 1/3, der Rest ging leer aus) zu einer weiteren Verzerrung, so daß nach Schätzungen von Smith auch nach 1912 zunächst nicht mehr als 30 % der männlichen Bevölkerung durch Repräsentanten im Parlament vertreten waren. vgl. P.Smith 1974, 11.

⁴⁶vgl. zum folgenden D.Rock 1975, 56ff.

⁴⁷Solange sich die Partei in der Opposition befand, bildete die Arbeit der lokalen Komitees die beste Möglichkeit, ein Wählerklientel heranzubilden. Aus dieser Zeit stammen Begriffe wie "pan radical" oder "carne radical", die verdeutlichen, wie die UCR mittels der Bereitstellung informeller Sozialleistungen um Wähler warb. Nach der Übernahme der Regierung diente dann vor allem die Ausweitung der staatlichen Bürokratie und die damit verbundene Beschaffung von Arbeitsplätzen zur Erhaltung und Vergrößerung des Wählerklientels. vgl. die Artikel "Puntos y Puntero" und "Las Internas" in: Todo es Historia 1981, 35 u.52 sowie D.Rock 1975, 58.

⁴⁸Art. "Las Internas" in Todo es Historia 1981, 52f.

Auf nationaler Ebene besaß die Partei im wesentlichen zwei Organismen: Den Nationalkonvent und das Nationale Komitee. Dem regelmäßig tagenden Komitee oblag die laufende Führung der Amtsgeschäfte, während der normalerweise nur vor Wahlen zusammentretende Konvent als höchste Parteiautorität für die Benennung der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten und für die Festlegung der politischen Grundsätze der Partei verantwortlich war. Als Bindeglied zwischen lokalen und nationalen Organisationseinheiten fungierten die ebenfalls in Konvent und Komitee untergliederten Provinzkörperschaften der Partei⁴⁹.

Theoretisch war die UCR eine demokratisch gegliederte und geführte Organisation, nach deren Statuten Wahlen über die Besetzung von Ämtern und Posten zu entscheiden hatten. In der Praxis führten allerdings die innerhalb der Partei weitverbreitete Patronagepraxis und die personalistischen Strukturen dazu, daß vor allem die Ämter in der oberen Parteihierarchie meist durch Kooptation vergeben wurden.

Der ausgeprägte Personalismus äußerte sich nicht zuletzt im persönlichen Stil des Parteiführers und zweimaligen Präsidenten Yrigoyen, über den Scenna schreibt: "Er war autoritär, vertikalistisch und teilte die Macht mit niemandem. Wer nicht damit einverstanden war, der konnte ja gehen"⁵⁰. Yrigoyen trat selten in der Öffentlichkeit auf und umgab sich selbst mit einer Aura des Geheimnisvollen. Es war jedoch gerade dieser exzentrische persönliche Stil, der zu einem nicht geringen Teil für sein Charisma und seine Autorität verantwortlich war⁵¹.

Die schlagkräftige, vor allem nach 1905 immer mehr ausgeweitete Organisations- und Klientelstruktur machte die eigentliche Stärke der UCR aus. Sie diente der Partei als Ersatz für das fast vollständige Fehlen eines Parteiprogramms. Die Grundsatz-Charta der Partei vom 17. November 1892 (sie umfaßt nicht einmal zwei Seiten) nennt als Ziele den Kampf für die Wiederherstellung der institutionellen Ordnung, Frieden, Fortschritt, die ehrenhafte Erfüllung der Gesetze, die effektive Ausübung der Volkssouveränität sowie die umfassende Anerkennung der Autonomie der

⁴⁹vgl. den Artikel "La Convención" in *Todo es Historia* 1981, 50; *Carta Orgánica Nacional* (abgedruckt in H.Clementi 1983, 96f.) sowie R.J.Alexander 1973, 95f.

⁵⁰M.A.Scenna 1981, 10.

⁵¹vgl. D.Rock 1975, 55f.

einzelnen Provinzen und Gemeinden⁵². Die UCR betonte die Idee der liberalen Demokratie, den Nationalismus und die Rolle des Staates, sie strebte jedoch weder eine grundsätzliche Veränderung der Strukturen des politischen Systems noch eine radikale Veränderung der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes an.

Verschiedene Autoren haben die politischen Ziele der UCR auf die abhängige Position der im Laufe der Zeit immer mehr zur sozialen Basis des Radikalismus werdenden städtischen Mittelschichten im Produktionsprozeß zurückgeführt: Anders als in Europa, wo es zu den klassischen Kämpfen zwischen städtischen (industriellen) und ländlichen (agrarischen) Interessen kam, wurzelte in Argentinien die städtische Sozialstruktur (trotz der Existenz eines industriellen Sektors) im internationalen Handel und im Dienstleistungssektor. Die städtische Mittelklasse entwickelte daher nicht die Kennzeichen der europäischen Bourgeoisie. Sie war nicht an einer umfassenden Industrialisierung des Landes interessiert, sondern sie unterstützte die Aufrechterhaltung des Import-Export-Systems. Denn ihren sozialen Aufstieg garantierten nicht technische Intelligenz und Innovationsgeist, sondern Freunde und Gönner, die auf der sozialen Leiter über ihnen standen. Die Verbindung zwischen argentinischer Staatsbürgerschaft, Mittelklassenstatus und einer Reihe von abhängigen, nichtproduktiven Rollen war ein wichtiger Faktor, der das Verhältnis zwischen Mittelklasse und Elite bestimmte. Mobilitätserwartungen waren eng mit einer Karriere in der staatlichen Verwaltung verbunden. Es bestand zwar ein Konflikt zwischen der orthodox-liberalen Elite, die die Staatsausgaben so niedrig wie möglich halten wollte und der abhängigen Mittelklasse, deren Ziel eine Ausdehnung der staatlichen Bürokratie und damit der Staatsausgaben war. Dieser Konflikt war jedoch, da die Mittelklasse keine strukturellen Änderungen des Wirtschaftssystems anstrebte und daher auch die Grundlagen des Wohlstandes der Elite (zunächst) nicht bedrohte, relativ

⁵²vgl. die "Carta Orgánica Nacional", abgedruckt in H.Clementi 1986, 96; Ähnlich vage Ziele nennt auch schon ein Manifest aus dem Jahr 1891, das kurz vor der Spaltung der UC entstand. Dort heißt es: "Die Unión Cívica Radical wünscht eine gute Regierung, Respekt vor dem Gesetz und vor allen Staaten der Republik, denn dies fordern die Prinzipien ihres Programmes und der wahrhafte Patriotismus. Darin besteht ihre Unnachgiebigkeit und ihr Radikalismus!" Manifiesto del Comité Nacional, de la Unión Cívica a los Pueblos de la República, 2 de julio de 1891, abgedruckt in H.Clementi 1986, 95.

oberflächlich⁵³.

Die Vagheit und Ambivalenz ihres Programms machte gleichzeitig die Stärke und Schwäche der Partei aus: Sie ermöglichte es, einen größtmöglichen Kreis sozialer Interessen anzusprechen, sie war jedoch gleichzeitig Ausdruck der Unfähigkeit, als Wandlungsträger zu wirken⁵⁴.

Bei ihrer Auseinandersetzung mit der regierenden Oligarchie operierte die Partei mit den Slogans "abstención" (Boykott von unsauberen und gefälschten Wahlen), "intransigencia revolucionaria" (revolutionäre Unnachgiebigkeit)⁵⁵ und mit der Forderung nach "moralischer Erneuerung". Die UCR identifizierte sich selbst mit dem Kampf des Guten gegen das Böse. Ihr Sieg würde der Sieg der causa (der Sache) gegen das korrupte régimen (die Oligarchie) sein. In diesem Sinne verstand sie sich nicht als Partei, sondern als eine "über der Aufteilung der Gesellschaft in Klassen und Gruppen" stehende nationale Bewegung: "Die UCR ist keine Partei im herkömmlichen Sinne, sie ist eine Vereinigung der aus der nationalen Meinung entstehenden Kräfte"⁵⁶. "Die UCR ist die Nation selbst"⁵⁷.

3. Grundzüge der UCR-Regierungspolitik zwischen 1916 und 1930

Die Regierungsübernahme durch die UCR ist insofern positiv zu beurteilen, als sie zu einer Ausweitung der politischen Partizipation auf größere Teile

⁵³vgl. L.Allub 1983, 162, D.Rock 1975 21ff. und E.Garzón Valdés 1983, 320ff; Es ist daher richtig, wenn P.Smith das "Ley Saenz-Peña" von 1912 als Lösung einer Partizipationskrise und nicht als Lösung einer Legitimitätskrise interpretiert: die durch Arbeiterproteste und allgemeine Unruhe allarmierte Oligarchie empfand eine Bedrohung ihrer Herrschaft. Die Wahlrechtsreform sollte einen Teil des Unruhepotentials kooptieren und dadurch die Stabilität des politischen Systems wiederherstellen. Die Kooptation der Radikalen erschien als geeignete Taktik, da diese eng mit den wirtschaftlichen Strukturen verhaftet waren und daher aus der Sicht der Oligarchie keine Bedrohung des Systems darstellten. Die UCR wollte nicht die Spielregeln verändern, sondern nur selbst Zugang zum Spiel erhalten. vgl. P.Smith 1974, 91f und 1978, 10f; ähnlich argumentiert M.Kaplan 1986, 8f.

⁵⁴Ihr vages Programm bescherte der Partei sowohl aus den eigenen Reihen als auch von anderen Parteien Kritik. In einer Schrift der Sozialistischen Partei hieß es über die UCR: "Die Partei ist ein Atavismus kreolischer Politik, personalistisch und paternalistisch, im Gegensatz zu ihrer ganzen Rhetorik formlos und ohne Prinzipien, fähig einzig und allein dazu, auf Umstände und Druck zu antworten, jedoch nicht dazu in der Lage, selbst die Initiative zu ergreifen und politische Reformen in Gang zu bringen". zitiert nach D.Rock 1987, 15.

⁵⁵Dies bezog sich zunächst auf die Weigerung, die allgemein übliche Praxis des acuerdo zu akzeptieren. Die intransigencia wurde dann allerdings im Laufe der Zeit soweit verinnerlicht, daß die Radikale Partei jegliche Koalitionen mit anderen Parteien ablehnte, vgl. Manifiesto del Comité de la Capital, de la Unión Cívica Radical, con motivo del acuerdo electoral de "Las Paralelas" vom Dezember 1897, abgedruckt in H.Clementi 1986, 98.

⁵⁶Yrigoyen, Manifiesto al Pueblo, Mayo de 1905, zitiert nach M.L.Acuña 1984, 250.

⁵⁷Wahlpublikation der UCR aus dem Jahr 1916, zitiert nach K.Remmer 1984, 101.

der argentinischen Bevölkerung führte. Die vierzehn Jahre UCR-Regierung führten allerdings nicht zu grundlegenden Änderungen der wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Strukturen des Landes⁵⁸. Im folgenden sollen vier Charakteristika der Regierungspolitik der UCR kurz erläutert werden, die dazu beitragen, das Ansehen und die Funktionstüchtigkeit des repräsentativ-demokratischen Systems in Argentinien auf Dauer zu schwächen.

1. Einmal an der Macht, erwies sich das Verhältnis der UCR zu den demokratischen Institutionen zum Teil als recht instrumentell. So wurde zum Beispiel in zahlreichen Fällen von dem in der Verfassung zur "Sicherung der repräsentativen, republikanischen und föderativen Staatsform" vorgesehenen Interventionsrecht Gebrauch gemacht, um mißliebige konservative Provinzgouverneure abzusetzen⁵⁹. Dies förderte nicht nur den staatlichen Zentralismus, sondern mußte die ohnehin als Partei nur sehr schwach organisierte konservative Opposition immer mehr von der Unmöglichkeit überzeugen, noch einmal mittels Wahlen an die Macht zu kommen.

2. Die UCR förderte durch die Einsetzung von Offizieren als Staatskommissare in den intervenierten Provinzen die Politisierung der Streitkräfte. Darüberhinaus schuf sie sich durch die gängige Praxis, Beförderungen innerhalb der Streitkräfte nicht aufgrund von Verdiensten oder Seniorität, sondern aufgrund des richtigen Parteibuches zu vergeben, sowohl bei der konservativen Opposition, als auch innerhalb der Streitkräfte selbst viele Feinde⁶⁰.

3. Die Machtkonzentration in der Person des Präsidenten und die Schwächung des Parlaments vor allem während der zweiten Amtsperiode Yrigoyens nach 1928 wirkten sich negativ auf die Stabilität des Gesamtsystems aus: Dadurch, daß alle Verantwortung auf die Person des Präsidenten konzentriert war, konnten politische Krisen schnell die Stabilität des gesamten Systems in Frage stellen.

4. Mit ihrem Anspruch, eine Bewegung nationalen Wesens zu sein, stiftete die UCR eine politische Tradition, die sich im Peronismus wiederholen sollte. Paradox muß dieser Anspruch auf eine hegemoniale Stellung innerhalb

⁵⁸ vgl. Kaplan 1986, 7.

⁵⁹ Von 93 zwischen 1862 und 1930 durchgeführten Interventionen in Provinzen fanden 34 während der Regierungszeit der UCR statt. vgl. P. Smith 1974, 95 sowie A. Potter 1981. Hinzu kam der teilweise repressive Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols, zum Beispiel gegen streikende Arbeiter im Jahr 1919 (Semana Trágica) und protestierende Landarbeiter in der Provinz Patagonien im Jahr 1921. vgl. N.D'Alessio 1984, 69f.

⁶⁰ vgl. P. Smith 1974, 95.

des politischen Systems vor allem deshalb erscheinen, weil die UCR auf der anderen Seite ja gerade den Kampf für die repräsentative Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte⁶¹. Im Zusammenspiel mit der feindseligen Haltung vieler Abgeordneter der UCR gegenüber der Opposition trug er jedenfalls dazu bei, deren Loyalität gegenüber Regierung und demokratischen Institutionen zu untergraben⁶².

4. Bedeutungsverlust und innerparteilicher Faktionismus

Die Tendenz zu Spaltungen hat sich im Laufe der Zeit immer wieder als ein großes Problem des Radikalismus erwiesen und mit dazu beigetragen, die Konsolidierung der Partei als konstanter Faktor innerhalb des politischen Systems zu erschweren. Bereits die Gründung der UCR war das Produkt einer solchen Spaltung gewesen, der in den zwanziger Jahren der Zwist zwischen "Personalistas" (den Anhängern Yrigoyens) und "Antipersonalistas" (den Anhängern des zweiten UCR-Präsidenten Alvear, der eine konservativere, mehr auf staatliche Effizienz und weniger auf Patronage aufbauende Politik vertrat) gefolgt war⁶³. Nach dem Sturz Yrigoyens im Jahr 1930 kam es über die Frage, wie man sich gegenüber der restaurierten Herrschaft der konservativen Oligarchie verhalten sollte, zu einer Fortsetzung der innerparteilichen Auseinandersetzungen.

Die Institutionen der liberalen Demokratie waren zwar formal in Kraft geblieben, die Machthaber verstanden es jedoch, ihre Herrschaft mit Hilfe von Wahlbetrug und Korruption zu stabilisieren. Der UCR wurde die Teilnahme an Wahlen untersagt, da sie aufgrund ihrer breiten sozialen Basis als Bedrohung für die Stabilität des Systems eingeschätzt wurde. Als Reaktion darauf griff die Partei auf Methoden zurück, die sie bereits vor der Wahlrechtsänderung von 1912 mehrfach angewandt hatte: Sie organisierte zunächst einige Aufstandsversuche und rief nach deren Scheitern ab 1932 zum Wahlboykott auf.

Die 1935 nach heftigen Auseinandersetzungen von der Parteiführung durchgesetzte Aufgabe des Wahlboykotts setzte die Partei dem Vorwurf des

⁶¹vgl. E.Gallo / S.Sigal 1965, 134.

⁶²vgl. L.Allub 1983, 173.

⁶³vgl. L.Allub 1983, 173.

Opportunismus und der Kollaboration aus⁶⁴. In der öffentlichen Meinung bewirkte sie, daß die UCR immer stärker mit den regierenden Konservativen gleichgesetzt und für Korruption und Betrug der Regierung mitverantwortlich gemacht wurde⁶⁵. Die Partei verlor dadurch für die Masse der Bevölkerung an Bedeutung und büßte ihre Rolle als führende politische Kraft des Landes ein.

Tatsächlich stellte die offizielle Linie der UCR nach 1935 kaum eine inhaltliche Alternative zur Politik der regierenden Konservativen dar.

"Der Justismus an der Regierung und der Alvearismus in der Opposition bildeten die beiden Seiten ein und derselben Medaille. ... Unter der Führung Alvears hatte der Radikalismus nur eines auf seine Fahnen geschrieben: freie und saubere Wahlen. Aber, was nutzte es, sich im Namen einer abstrakten Demokratie gegen Wahlbetrug und Gewalt aufzulehnen, wenn die eigene Komplizenschaft mit der Auslieferung und dem Verrat des nationalen Erbes deutlich zeigten, was passieren würde, wenn man selbst regieren würde?"⁶⁶.

Die Wiedereingliederung der UCR in das von den Konservativen kontrollierte politische System bewirkte gleichzeitig die praktische Spaltung der Partei in einen offiziellen Flügel unter der Führung Alvears und in eine aus mehreren Gruppierungen bestehende Erneuerungsbewegung.

1. Die 1935 gegründete **FORJA** (Fuerza de Orientación Radical de la Joven Argentina) entstand als direkte Reaktion auf den Beschluß der Parteiführung, den Wahlboykott aufzugeben. Die Forja vertrat einen kämpferischen Nationalismus, vermehrte Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und eine feindliche Haltung gegenüber dem Auslandskapital. Ihr Hauptargument war, alle Probleme des Landes seien im Grunde auf die Ausbeutung durch fremde Mächte zurückzuführen. In den fünf Jahren ihres Bestehens wurde die FORJA von der Parteispitze weitgehend ignoriert und viele ihrer Mitglieder traten später zum Peronismus über⁶⁷.
2. Das **Movimiento de Intransigencia Nacional** in der Provinz Córdoba. Die politische Linie der Parteiführung in Córdoba unterschied sich stark vom nationalen Kurs. Unter der Führung des später zum Gouverneur gewählten Provinzcaudillo Amadeo Sabattini vertrat die UCR hier seit 1932 eine

⁶⁴Mit dem Argument, die wirtschaftliche Krisensituation erlaube keine weitere Zuspitzung der politischen Unruhe, hatten die regierenden Konservativen der UCR ein informelles Abkommen (acuerdo) angeboten: Sollte die UCR anlässlich der Präsidentschaftswahlen 1937 ihre Boykotthaltung aufgeben (und damit zur Legitimation der Regierung beitragen), würden Anfang der 40er Jahre freie Wahlen abgehalten werden. Nach längeren Diskussionen beschloß daraufhin der inzwischen von Anhängern Alvears dominierte Nationalkonvent der UCR eine formale Aufhebung des Wahlboykotts. vgl. G. Wynia 1986, 124.

⁶⁵vgl. M.L. Acuña 1984, 50.

⁶⁶R. Puiggrós 1986, 279f.

⁶⁷vgl. zur FORJA A. Ciria 1975, 192-197.

progressive antidogmatische, laizistische und volksnahe Politik⁶⁸.

3. Das Movimiento Revisionista, eine Gruppe progressiver, junger Radikaler in der Provinz Buenos Aires. Sie stellten unter der Führung von Moises Lebensohn die alvearistische Parteiführung und ihre politischen Praktiken grundsätzlich in Frage. Vor allem dieser Gruppe gelang es in den folgenden Jahren, ihren Einfluß innerhalb der Partei zu verstärken. Aus Mitgliedern der genannten Gruppen rekrutierte sich der "linke Flügel" (tendencia izquierdista) der UCR. Er konsolidierte sich im April 1945 mit der Deklaration von Avellaneda und der Gründung des Movimiento de Intransigencia y Renovación (MIR). Das von den nach wie vor dominierenden Parteikonservativen mit Argwohn betrachtete MIR versuchte, einen deutlichen Orientierungswechsel der Partei durchzusetzen. Gleichzeitig entwickelte es sich immer mehr zu einer Partei in der Partei. Als sich vor dem Parteikonvent des Jahres 1948 eine Mehrheit für das MIR abzuzeichnen begann, versuchte der konservative Flügel durch die Gründung einer eigenen Organisation, des Núcleo Unidad, gegenzusteuern. Trotzdem gelang es dem MIR 1948, die Kontrolle über die Partei zu erlangen. Der Nationalkonvent stimmte den Prinzipien der Deklaration von Avellaneda zu und mit den Bases de Acción Política verabschiedete die UCR am 29. Juni 1948 ihr erstes umfangreicheres Grundsatzprogramm. Man forderte darin unter anderem eine unmittelbare und tiefgreifende Agrarreform, eine Finanzreform (vor allem die Einschränkung der Ausgaben für die staatliche Bürokratie), politische, militärische und wirtschaftliche Blockfreiheit, die Nationalisierung des Dienstleistungs-, Energie- und Transportsektors sowie aller Kartelle und Monopole, eine Revision der Politik gegenüber dem Auslandskapital, eine Ausdehnung der staatlichen Sozialfürsorge (Gesundheit, Erziehung, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit, Invalidität), die Demokratisierung der Wirtschaft und eine Erziehungsreform⁶⁹.

Diese relativ progressiven Forderungen sind auch als Reaktion auf die für die Partei überraschende Wahlniederlage gegen Perón im Jahr 1946

⁶⁸vgl. M.L. Acuña 1984, 51.

⁶⁹Der Wortlaut des Programmes ist abgedruckt in P.Snow 1972, 187-189.

zurückzuführen⁷⁰. Das Image der Partei als Verteidiger einer formalen, aber inhaltslosen Demokratie konnten sie bei der Masse der Wähler zunächst einmal nicht verändern.

Der innerparteiliche Faktionismus setzte sich auch während der Opposition gegenüber dem Peronismus fort. Es kam allerdings zu einer Verlagerung der Konflikte. War es vor 1948 vor allem ein Kampf zwischen linkem und rechtem Flügel um die Vorherrschaft innerhalb der Partei gewesen, so fanden nun vor allem innerhalb des linken Flügels Auseinandersetzungen statt. Im wesentlichen prägten drei Gruppierungen das Bild innerhalb der UCR:

1. Das MIR der Provinz Buenos Aires, dessen Einfluß sich auf das ganze Land erstreckte. Die politische Taktik des MIR basierte auf dem Versuch, durch konstruktive Kritik innerhalb des konstitutionellen Rahmens den Peronismus zu überwinden.
2. Der Núcleo Unidad des Capital Federal. Die Anhänger des 1942 verstorbenen Alvear vertraten weiterhin eine den Konservativen nahestehende Politik. Sie beschuldigten nun ihrerseits das MIR der Kollaboration und forderten neben dem Boykott von Wahlen einen Konfrontationskurs gegenüber dem Peronismus. Innerhalb der Partei wurden sie mit der Bezeichnung "Unionistas" bedacht, da sie sich für ein Bündnis der UCR mit den Konservativen gegen Perón aussprachen.
3. Das Movimiento de Intransigencia Nacional (MIN) in Córdoba unter der Führung Sabattinis. Die politischen Ziele von MIN und MIR zeigten zwar weitgehende Übereinstimmungen, das MIN kritisierte das MIR jedoch ebenfalls wegen dessen Taktik, an Wahlen teilzunehmen, da dies der Regierung Perón eine ungerechtfertigte Legitimationsbasis verleihe, vor allem, nachdem Perón 1949 die Verfassung geändert hatte, um seine Wiederwahl zu ermöglichen.

Die Kritik der vom MIR dominierten UCR gegenüber der peronistischen Regierung war durchaus konstruktiv⁷¹. Man kritisierte zum einen die

⁷⁰Die UCR hatte den Militärputsch von 1943, der einer Machtübernahme des ultrakonservativen Patrón Costas zuvorkommen sollte, unterstützt. Sie war überzeugt, die konstitutionelle Demokratie werde nun wiederhergestellt und ihr Sieg bei den dann stattfindenden Wahlen sei so gut wie sicher. Dies verdeutlicht, wie sehr die Partei die Popularität Peróns und ihre eigene Isolation verkannte. Sie war vor 1946 zunächst so sehr von ihrem Triumph überzeugt, daß sie sogar ein Angebot der Militärs ablehnte, die Präsidentschaftswahlen zu ihren Gunsten zu manipulieren. Erst nach der Massendemonstration für die Freilassung des kurz zuvor inhaftierten Perón am 17. Oktober 1945 wurde den Radikalen klar, daß ihr Wahlsieg alles andere als sicher sein würde. Ein eilig zustande gekommenes Wahlbündnis mit allen traditionellen Parteien (von den Konservativen bis zu den Sozialisten und Kommunisten) konnte jedoch den Sieg Peróns nicht mehr verhindern. vgl. G. Wynia 1986, 126.

⁷¹Zur Opposition des sogenannten "Blocks der 44" radikalen Abgeordneten vgl. M.A.Scenna 1981, 28f.

Verletzung der demokratischen Freiheitsrechte, blieb dabei jedoch nicht stehen, sondern bemängelte die Unfähigkeit der populistischen Regierung, ein konsistentes nationales Entwicklungsprojekt zu entwerfen, das die Außenabhängigkeit des Landes beenden würde. Das Ausbleiben einer Agrarreform und die Forcierung der Leichtindustrie auf Kosten einer weiter steigenden Dependenz, argumentierte man, mußten auf Dauer negative Folgen haben. Diese vor allem von Lebensohn und Frondizi inspirierten Argumente waren ein erster Versuch, über die traditionellen ethischen und moralischen - Argumente des Radikalismus hinauszugehen und die Linie der Partei zu rationalisieren⁷². Sie bildeten gleichzeitig den Ausgangspunkt für eine neuerliche Spaltung der UCR. Denn auch innerhalb des sogenannten linken Flügels wurden solche Vorstellungen zum Teil mit Argwohn betrachtet⁷³.

⁷²Wie stark die Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Parteiflügeln waren, verdeutlicht die Reaktion auf eine Maßnahme der peronistischen Regierung gegenüber den Banken: Während die "Unionistas" die Maßnahme als staatsinterventionistisch kritisierten, bemängelten manche Intransigentes, daß der Spielraum privater Interessen nicht weit genug eingeschränkt worden sei. vgl. M.L. Acuña 1984, 62.

⁷³vgl. M.L. Acuña 1984, 58.

III. Dauerkrise als Normalzustand: Parteien und politisches System nach 1955

1. Die Haltung gegenüber dem Peronismus nach 1955: Vom disloyalen Opponenten zur untergeordneten Opposition

Das Auftauchen des Peronismus hatte zu einer grundsätzlichen Veränderung der innenpolitischen Kräftekonstellation geführt. Bislang hatte die UCR, wenn auch seit 1930 aus der Regierung verdrängt, innerhalb der Parteienlandschaft eine hegemoniale Stellung eingenommen. Mit dem Aufstieg Peróns zur Macht und der Gründung einer eigenen Partei war diese Situation nicht mehr länger gegeben.

Im Gegensatz zur UCR, die sich zu einem Fürsprecher der formalen Institutionen der repräsentativen Demokratie entwickelt hatte, ohne damit allerdings Antworten auf drängende inhaltliche (vor allem wirtschaftliche und soziale) Probleme der argentinischen Gesellschaft zu liefern, waren die Politikvorstellungen des Peronismus gerade auf diese inhaltlichen Dimensionen hin ausgerichtet, während auf formaldemokratische Prozesse wenig Wert gelegt wurde. Die direkte Beziehung zwischen Führer und Massen wurde auf der politischen Ebene bestimmender als jede institutionelle Vermittlung¹. Der Peronismus hatte es im Gegensatz zur UCR und den anderen politischen Parteien verstanden, große Teile der argentinischen Gesellschaft (vor allem das städtische Proletariat und marginale Gruppen) in das politische System zu integrieren².

Es zeugte von einem tiefen Unverständnis gegenüber der soziopolitischen Realität des Landes, wenn diejenigen Teile der argentinischen Gesellschaft, die sich vom Peronismus bedroht fühlten, nach 1955 davon ausgingen, mit dem Verbot der justizialistischen Partei sei auch das Phänomen Peronismus wieder von der politischen Landkarte zu verdrängen. Nach dem Sturz der Regierung Perón im Jahr 1955 schien die UCR in einer strategisch günstigen Lage zu sein, um die Vorherrschaft innerhalb des Parteiensystems wiederzuerlangen. Nach dem kurzen Interregnum unter General Lonardi hatte

¹vgl. zur Unterscheidung Peróns zwischen formaler und substantieller Demokratie: V.Palermo 1985 a, 102.

²Die Art und Weise dieser Einbeziehung trug allerdings nicht zur Stärkung einer demokratischen politischen Kultur bei: "Die Jahre zwischen 1945 und 1955 waren Zeuge der Einbeziehung der Arbeiterklasse in das politische System, nicht so sehr durch die Mechanismen der repräsentativen Demokratie, sondern durch die Ausweitung der sozialen Rechte im Rahmen eines durch seinen politischen Autoritarismus gekennzeichneten Regimes. ... Das Aufrechterhalten der parlamentarischen Demokratie war mehr ein Tribut an den Zeitgeist auf internationaler Ebene, als daß es einer inneren Überzeugung von ihrer Notwendigkeit entsprang. Aus der Sicht der Arbeiter erschien die repräsentative Demokratie also nicht als die institutionelle Bedingung für die Erlangung sozialer Rechte, ..." N.D'Alessio 1984, 75f..

sich im November 55 unter Aramburu diejenige Fraktion der Streitkräfte durchgesetzt, die eine Wiederherstellung der konstitutionellen Demokratie beabsichtigte³. Nach dem Ausschluß der Peronisten würde die UCR als einzige bedeutende nationale Partei übrigbleiben. Diese Rechnung ging allerdings nicht auf, denn die peronistische Wählerschaft wurde nicht wie geplant von den anderen Parteien absorbiert. Der Peronismus blieb vielmehr als einflußreiche Kraft innerhalb der innenpolitischen Kräftekonstellation erhalten und suchte sich, da ihm der normale Zugang zur politischen Bühne verwehrt wurde, andere, außerhalb der vorgesehenen Bahnen liegende Kanäle zur Durchsetzung seiner Interessen⁴.

Die offiziellé Linie der UCR gegenüber dem Peronismus läßt sich größtenteils an der persönlichen Haltung desjenigen Mannes nachvollziehen, der die Partei von 1957 bis zu seinem Tod im Jahr 1981 dominierte: Ricardo Balbín. Balbín führte 1957 im persönlichen Konflikt mit seinem ehemaligen Weggenossen innerhalb des MIR, Arturo Frondizi, die Spaltung der Partei in UCRI und UCRP herbei - und ein Grund für diese Spaltung war gerade die Frage, wie man sich in Zukunft gegenüber dem Peronismus verhalten sollte. Während Frondizi auf Integration setzte und - vor den Wahlen 1958 erfolgreich - die Unterstützung der peronistischen Wählerschaft für seine Partei suchte, solange dem Peronismus die Teilnahme an Wahlen untersagt blieb, lehnte Balbín eine solche Haltung ab⁵.

³ Innerhalb der Kräftekonstellation, die 1955 den Sturz Perons herbeiführte, herrschten sehr unterschiedliche Vorstellungen über die zukünftige Politik. Während die "national-katholische" Linie traditionelle Werte betonte und schon zum damaligen Zeitpunkt die Abschaffung der abschätzig als "partidocracia liberal" bezeichneten konstitutionellen Demokratie beabsichtigte, sprach sich der "konservativ-liberale" Flügel für eine Erneuerung des Parteiensystems und die Wiederherstellung der formalen Spielregeln politischer Demokratie aus. Innerhalb dieses Systems sollten allerdings Peronismus und Gewerkschaften entmachtet werden. vgl. M.L.Acuña 1984, 77.

⁴ Cavarozzi bezeichnet diese Entwicklung als die Entstehung eines dualen politischen Systems: Neben dem Parlament, in dem die nichtperonistischen Parteien vertreten waren, das jedoch keine Kanalisierung der Interessen der wichtigen sozialen Akteure leistete, entstand ein System aus außerparlamentarischen und außerparteilichen Verhandlungen, innerhalb dessen Streitkräfte und peronistische Gewerkschaften einen starken Einfluß ausübten. Innerhalb dieses Systems wurden Übereinkünfte und Kompromisse durch Ausschluß erzielt: bei jedem Kompromiß ließen die beteiligten Akteure sogleich durchblicken, daß die Zustimmung dazu eigentlich nur widerwillig erfolge und daß man nicht zögern werde, diese Übereinkunft wenn nötig zu brechen, auch wenn dies auf Kosten eines Bruchs mit dem institutionellen System geschehen sollte. Die Destabilisierung der gerade amtierenden Regierung war daher immer ultima ratio der politischen Strategie aller Teilnehmer an diesem nichtinstitutionalisierten Verhandlungsprozeß. vgl. M.Cavarozzi 1983, 9f.

⁵ Auch die freundschaftliche Haltung Frondizis war allerdings in erster Linie strategischer Natur. Er versuchte gleichzeitig die peronistischen Wähler für sich zu gewinnen und den anti-peronistischen Wählern seine Partei als die einzige Alternative zu einer "peronistischen Diktatur" zu verkaufen. vgl. P.Snow 1979, 44.

Der anfängliche Zusammenhalt in der äußerst heterogenen UCRP entstand gerade aus der gemeinsamen antiperonistischen Position. Der Peronismus wurde immer wieder als die Gefahr für die Demokratie bezeichnet, seine Teilnahme an Wahlen, darin war man sich mit den konservativen Militärs einig, mußte verhindert werden⁶.

Zu einer geänderten Haltung gegenüber dem Peronismus kam es unter der Regierung Illia (1963 bis 1966)⁷. Illia war mit dem erklärten Ziel angetreten, allen politischen Kräften die Teilnahme am politischen Leben zu ermöglichen und auch den Peronismus zu integrieren. Konsequenterweise erlaubte er dem Peronismus die Teilnahme an den Parlamentswahlen 1965. Der durch die destruktive Haltung der peronistischen Gewerkschaften mitheraufbeschworene Sturz seiner Regierung⁸ bestärkte die Parteiführung unter Balbín, die Illias Politik von Anfang an mit Skepsis betrachtet hatte, zunächst in ihrer strikt antiperonistischen Haltung. Trotzdem vollzog sich ab 1967, angetrieben durch die erneute Erfahrung mit der autoritären Herrschaft und wachsende innerparteiliche Opposition, ein langsamer Wandel.

An der Parteibasis war es schon bald nach der Machtübernahme der Militärs zu Kontakten mit dem Peronismus gekommen⁹. Aus dem zunächst verfolgten Ziel, eine gemeinsame Allianz gegen die Militärherrschaft aufzubauen, entstanden im Laufe der Zeit auch Ideen über darüberhinausreichende programmatische Übereinkünfte zwischen den beiden Parteien.

Ab 1967 näherten sich die gegensätzlichen Positionen innerhalb der UCR schrittweise aneinander an und beide Seiten akzeptierten schließlich die Notwendigkeit einer Verständigung mit dem Peronismus. Die Parteiführung um

⁶Zur pauschalen Abqualifizierung des Peronismus als Totalitarismus durch Teile der UCRP vgl. M.Kaplan 1986, 51.

⁷Die Kandidatur Illias, eines Vertreters der línea córdoba, war nur möglich geworden, da Balbín, der auf nationaler Ebene die Kontrolle über die Partei innehatte, nicht erneut sein angekratztes Image aufs Spiel setzen wollte - bei einer Wahl, in deren Vorfeld die Siegchancen der UCRP sehr negativ beurteilt wurden. vgl. M.L.Acuña 1984, 146.

⁸Die Beziehungen zwischen Regierung und peronistischen Gewerkschaften waren äußerst prekär. Trotz der Bemühungen Illias, behutsam zu reagieren, übten sie mittels zahllosen Streiks und Fabrikbesetzungen im Rahmen eines "Kampfplanes" gewissermaßen ein "politisches Veto" gegenüber der Regierung aus. vgl. M.L.Acuña 1984, 170; Allein zwischen Mai und Juni 1964 wurden fast 4 Millionen Arbeiter mobilisiert und 11000 Unternehmen besetzt. Die Kampfansage der Gewerkschaften stürzte die Regierung in ein Dilemma. Der Rückgriff auf die Staatsgewalt hätte die Position der Streitkräfte weiter gestärkt, das Vertrauen in den Rechtsweg ließ die Meinung laut werden, die Regierung sei unfähig zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Zudem stieg die Verunsicherung von Großbürgertum und Streitkräften. vgl. E.Garzón Valdés 1986, 73.

⁹vgl. zum folgenden M.L.Acuña 1984, 197f.

Balbín legte allerdings weiterhin starken Wert darauf, daß die Zielsetzungen einer möglichen Übereinkunft mit den Peronisten auf die Erneuerung der demokratischen Institutionen begrenzt bliebe.

Die Annäherung zwischen Radikalismus und Peronismus wurde 1970 mit der gemeinsamen Unterzeichnung der "Hora del Pueblo" besiegelt. Diese Übereinkunft zwischen den wichtigsten politischen Kräften des Landes setzte sich explizit zum Ziel, durch die Überwindung des permanenten Konfliktes zwischen Peronismus und Antiperonismus die Institutionalisierung ziviler Herrschaft zu ermöglichen. Beide Parteien erkannten sich gegenseitig den Status von nationalen Volksparteien zu.

Als Zielsetzung für die zukünftige Entwicklung des Landes nennt das Dokument die Institutionalisierung eines Regierungssystems, innerhalb dessen "der Respekt der gelegentlichen Mehrheit für die von den Umständen abhängenden Minderheiten und das institutionalisierte Zusammenleben zwischen diesen" garantiert wird, sowie "die gemeinsame und von allen Parteien freiwillig akzeptierte Verantwortung für die Verteidigung und Realisierung der Grundsätze einer Nationalen Politik"¹⁰. Die Unterzeichnenden bekannten sich ausdrücklich dazu, unabhängig vom Ausgang zukünftiger Wahlen für die Stabilisierung der verfassungsmäßigen Ordnung einzutreten. Diese Zielsetzung im Auge, vollzog die Parteiführung der UCR nun allerdings eine extreme Wende in ihrer Haltung gegenüber dem bedeutendsten politischen Gegner. Hatte man früher den Peronismus immer wieder als die Gefahr für die Demokratie bezeichnet und jede Möglichkeit zurückgewiesen, unter einer peronistischen Regierung als loyale Opposition zu wirken, so manövrierte man sich nun selbst in die Rolle einer untergeordneten Opposition, man fand sich gewissermaßen mit dem zweiten Platz innerhalb der Rangskala der politischen Parteien ab¹¹.

Schon der Wahlkampf der UCR für die Präsidentschaftswahlen 1973 war von einer übermäßigen Vorsicht geprägt. Der Peronismus wurde nicht einmal als politischer Gegner direkt angegangen und es gelang der Partei infolgedessen

¹⁰ zitiert nach J.L.Romero 1981, 286.

¹¹ Die politische Identität des Radikalismus wurde somit zu einem Großteil durch die ihm vom Peronismus zugestandene Rolle determiniert: "Der 'ewig siegreiche Peronismus', dessen Überlegenheit bei Wahlen nicht angezweifelt würde, das 'historische Subjekt', bestimmt zum Regieren, zur Führung der Wandlungsprozesse; der Radikalismus, sich abfindend mit der Unmöglichkeit, Wahlen zu gewinnen und zu regieren, wird zur ... Partei der Verfassung, die sich ausschließlich der Förderung des institutionellen Lebens widmet und darauf verzichtet, innerhalb dieser Institutionen die Erlangung der Macht anzustreben". Eduardo Passalacqua, *Notas sobre Balbín y el Balbinismo con Relación a la Argentina Política entre 1955 y 1980*, mimeo 1983, 15, zitiert nach D.García Delgado / V.Palermo 1986, 52.

nicht, sich dem Wähler selbst als echte Alternative zu präsentieren. Trotz der katastrophalen Wahlniederlage 1973 behielt die Parteiführung diesen Kurs bis zum Putsch 1976 bei. Balbín vermied öffentliche Kritik an der Regierung Perón, um jede nur denkbare Gefährdung der demokratischen Institutionen zu vermeiden. Gleichzeitig suchte er den vertraulichen Kontakt zum Präsidenten, der es ihm persönlich ermöglichte, zu einem gewissen Grad Einfluß auf die Gestaltung der Regierungspolitik zu nehmen, denn Perón war solchen Kontakten gegenüber nicht abgeneigt.

Die ganze Strategie hatte allerdings einen entscheidenden Fehler¹²: Zwar hatte Balbín erkannt, daß zu den Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie nicht nur eine demokratisch legitimierte Regierung, sondern auch eine loyale - die Spielregeln anerkennende und nicht mit außerpolitischen Machtfaktoren konspirierende - Opposition gehört. Die Beziehungen zwischen Regierung und wichtigster Oppositionspartei verliefen jedoch nicht in institutionalisierten Bahnen, sie beruhten vielmehr auf informellen, persönlichen und nichtöffentlichen Kontakten. Zum einen machte dieses Beziehungsmodell die Möglichkeit der Einflußnahme stark von der Person Perón abhängig. Das zeigte sich nach dessen Tod im Jahr 1974 sehr bald, als sich die Versuche Balbíns, einen ähnlich "großväterlichen" Einfluß auf Isabel Perón und deren Regierung auszuüben, als vergeblich herausstellten. Zum anderen verzichtete die UCR infolge dieser Taktik freiwillig auf die Ausübung legitimer und notwendiger Praktiken einer demokratischen Opposition: Indem sie die Politik der Regierung nicht öffentlich kritisch beleuchtete und im Parlament ernsthaft diskutierte, verlor sie für den Wähler und das politische System insgesamt an Bedeutung. Nach Peróns Tod und der fortschreitenden Desintegration der peronistischen Regierung und der Gesellschaft als Ganze konnte sich die UCR dementsprechend nicht als glaubwürdige institutionelle Alternative präsentieren.

2. Die Beziehungen zwischen UCR und Streitkräften

Zu Beginn dieser Arbeit war die Rede von der Charakterisierung der lateinamerikanischen Parteien als "ungleiche Partner" innerhalb eines politischen Prozesses, bei dem sich verschiedene (politische und soziale, zivile und militärische) Akteure gegenüberstehen, ohne daß ein Konsens über die Spielregeln dieses Prozesses und die Legitimation politischer Macht durch demokratische Wahlen vorausgesetzt werden kann.

¹²vgl. zum folgenden M.Cavarozzi 1986 a, 19f.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den unterschiedlichen zivilen Akteuren und den Streitkräften in Argentinien im Laufe dieses Jahrhunderts paßt in dieses Schema. Ohne die verschiedenen Interpretationsansätze für die Gründe der zahlreichen Interventionen des argentinischen Militärs in die Politik hier zu referieren¹³, möchte ich auf eine die politischen Parteien betreffende Konstante der zivil-militärischen Beziehungen hinweisen, die der französische Sozialwissenschaftler Alain Rouquié folgendermaßen beschreibt:

"Die Staatsstreiche sind keine vom souveränen Willen eines uniformierten *deus ex machina* (Hervorhebung A.Rouquié) hervorgerufenen Katastrophen"¹⁴. "Alle Parteien wenden sich an die Streitkräfte und pflegen 'ihre' Generäle und 'ihre' Obersten. Das ist der Grund dafür, (...) daß keine politische Kraft wirklich die gewaltsame Verdrängung einer zivilen Regierung beklagt. Eine jede scheint (...) zu sagen: 'Die Regierung hatte eine Staatsstreich verdient'"¹⁵.

Dieser mangelnde zivile Konsens ist mit ein Grund dafür, daß die argentinischen Militärs immer wieder Zutritt zur politischen Bühne des Landes fanden. Die radikale Partei stellt in dieser Beziehung keine Ausnahme dar. Auch sie zog es im Zweifelsfall vor, den politischen Gegner mit Hilfe der Streitkräfte zu verdrängen, statt als loyale Opposition die demokratischen Institutionen zu stärken.

Gegenüber der ersten peronistischen Regierung hatte die UCR unter Führung des Intransigente-Flügels eine konstruktive Opposition betrieben. Sie beteiligte sich 1955 nicht an der Konspiration gegen Perón und auch die in der Folge des Putsches verbreitete "Befreiungseuphorie" teilte sie nicht¹⁶. Große Teile der Partei (Unionisten, Sabattinisten, Teile der Intransigentes) hatten allerdings schon seit geraumer Zeit enge Kontakte mit den Militärs unterhalten, mehr oder weniger heimlich mit ihnen zusammengearbeitet und unterhielten nun gute Kontakte mit der provisorischen Regierung. Nach der Spaltung in UCRI und UCRP wurde diese vorher eher stille Zusammenarbeit "offiziell", sie reichte bis zur Vergabe von Regierungsposten an Mitglieder der UCRP. Die Militärs unterstützten im Präsidentschaftswahlkampf 1958 die UCRP als die "am meisten demokratische

¹³ vgl. zu den unterschiedlichen Erklärungsansätzen M.Ehrke 1984.

¹⁴ A.Rouquié 1982 a, 339.

¹⁵ ebd., 341.

¹⁶ Kurz nach dem Sturz Peróns versuchte die UCR unter der Führung Frondizis, mit Hilfe einer gewaltigen Propagandakampagne die Wählerschaft Peróns für sich zu gewinnen. Nicht den Peronismus stellte man als Feind der Radikalen hin, sondern "die Oligarchie und ihre Verbündeten". Diese Haltung, ein Aufbrechen der Einheitslinie gegen den Peronismus, wurde von vielen, auch in der eigenen Partei, als Verrat empfunden. vgl. A.Rouquié 1982 a, 142.

Partei" und so mußte die Wahlniederlage der UCRP gegen Frondizi auch für sie eine herbe Enttäuschung bedeuten¹⁷. Schon 1958 kam es zu ersten Kontakten zwischen zivilen Politikern, vor allem von solchen der UCRP, und den Streitkräften. Die ersten öffentlichen Deklarationen gegen die Regierung ließen erkennen, daß die Partei nicht vorhatte, sich als loyale Opposition gegenüber Frondizi zu verhalten. Das (öffentliche) Nachdenken über einen möglichen Sturz der Regierung begann bereits im August 1958:

"Der Radikalismus wünscht keinen Militärputsch, aber es ist sicher, daß die Regierung einen solchen provozieren wird, wenn sie nicht auf das Land hört"¹⁸.

Auf den Sturz der Regierung reagierte die zivile Opposition mit fast völliger Gleichgültigkeit. Nicht anders sollte es allerdings kaum vier Jahre später der UCRP-Regierung unter Illia ergehen¹⁹. Die Beziehungen zwischen der Regierung Illia und den Streitkräften waren von Anfang an sehr gespannt²⁰. Für die dominierenden Azules bedeutete der Wahlsieg Illias 1963 eine Niederlage. Ihre Ablehnung bezog sich allerdings nicht nur auf die Regierung Illia im besonderen, sondern auf die republikanischen Institutionen im allgemeinen:

"Die Azules fanden nichts, was sie an der Regierung der Radikalen hätte begeistern können. Der bescheidenen und höflichen Präsident Illia schlug ihnen lediglich die Rückkehr 'zu Frieden und öffentlicher Ruhe' vor. (...) Die Zwiste innerhalb der UCRP, der improvisierte und wenig bürokratische Stil ihrer Regierungsführung, ihre von subtilen Dosierungen und arbeitsaufwendigen Kompromissen geprägte politische Praxis irritierten die (...) Professionellen, die ungeduldig darauf warteten, in der Politik die mechanisierte Effizienz eines für Ruhe sorgenden Vertikalismus zur Anwendung zu bringen"²¹.

Nach dem von der Mehrheit der öffentlichen Meinung begrüßten Sturz der UCRP-Regierung lehnte die radikale Partei gegenüber der Militärdiktatur unter Onganía zunächst jegliche Zusammenarbeit ab. Ab 1969 kam es allerdings zu Kontakten zwischen Teilen der Partei und einem Flügel der

¹⁷vgl. zum folgenden A.Rouquié 1982 a, 162ff.

¹⁸Erklärung von C.Larralde, Präsident des Nationalkomitees der UCRP, in der Zeitung "La Nación" am 25.August 1958, zitiert nach A.Rouquié 1982 a, 164.

¹⁹Fronidizi bat die UCRP 1962 um Unterstützung gegen die Militärs, was diese jedoch ablehnten und ihm stattdessen den Rücktritt empfahlen. Frondizi revanchierte sich 1966, indem er die Machtübernahme Ongánias aktiv unterstützte. vgl. M.Cavarozzi 1986 a, 29(Anm.25).

²⁰Innerhalb der Streitkräfte war ein Kampf zwischen zwei Gruppierungen entbrannt - Colorados und Azules - bei dem unterschiedliche ordnungspolitische Vorstellungen und Haltungen gegenüber dem Peronismus zur Debatte standen. vgl. dazu M.Kaplan 1986, 58 sowie A.Rouquié 1982 a, 212ff.

²¹A.Rouquié 1982 a, 230.

Streitkräfte unter dem späteren Präsidenten Lanusse²². Lanusse verzichtete auf den Anspruch der "Revolución Argentina", zuerst Wirtschaft und Gesellschaft zu modernisieren und erst dann die Macht an eine gewählte Regierung zurückzugeben. Zu seinen ersten Amtshandlungen gehörte die Wiederzulassung der Parteiaktivitäten und die Ankündigung allgemeiner Wahlen. Der Dialog der Parteiführung der UCRP mit ihm verfolgte ähnliche Ziele wie die vorsichtig betriebene Öffnung gegenüber dem Peronismus und anderen politischen Gruppierungen: Angesichts der zunehmenden Gewalttätigkeit der sozialen Auseinandersetzungen sollte die innere Befriedung des Landes durch die Institutionalisierung demokratischer Spielregeln gefördert werden. Nach der Übernahme der Präsidentschaft durch Lanusse wurde der Radikale Mor Roig Innenminister - ein deutlicher Beleg für die Annäherung zwischen UCR und Streitkräften. Parteichef Balbín ließ zwar offiziell verlauten, er sei über diese Ernennung nicht gerade glücklich, denn sie verstoße gegen "Intransigencia" und "Anti-Acuerdismo", es galt jedoch als ein offenes Geheimnis, daß Mor Roig schon seit längerer Zeit der Kontaktmann zwischen Zivilisten und Militärs gewesen war. Lanusse war nicht dazu bereit, die Macht bedingungslos an die Zivilisten zu übergeben. Er strebte einen Gran Acuerdo Nacional, ein "Bündnis aller politischen Kräfte unter dem Schutz der Streitkräfte" an, das die Stabilität der Institutionen gewährleisten sollte²³. Seine Vorstellungen deckten sich weitgehend mit denen des Innenministers Mor Roig. Dessen erklärtes Ziel war die Umstrukturierung der argentinischen Parteienlandschaft. Auf nationaler Ebene sollten drei oder vier große Parteien institutionalisiert werden (neben Radikalismus und Peronismus eine rechte und eine linke Partei). Dadurch sollte eine seiner Ansicht nach wesentliche Ursache für die politische Instabilität des Landes beseitigt werden: die fehlende Institutionalisierung der rechten und linken Kräfte innerhalb der politischen Landschaft²⁴.

²²Im Juli 1970 unterbreitete die Partei Lanusse einen Plan, der die Rehabilitierung der politischen Parteien und die Ausrufung von Wahlen auf der Basis eines neuen Wahlgesetzes, das die Atomisierung der Macht verhindern sollte, vorsah. vgl. M.L. Acuña 1984, 201.

²³Der Gran Acuerdo Nacional sollte es den Streitkräften ermöglichen, sich aus der aktiven Politik zurückziehen zu können, ohne ein vollständiges Scheitern ihres 1966 begonnenen Projektes zugeben zu müssen. Die politischen Parteien verweigerten jedoch letztlich die Unterschrift unter diese Übereinkunft - eine offizielle Abmachung mit den immer stärker desprivilegierten Streitkräften hätte angesichts der angekündigten Wahlen einen zu starken Image-Verlust bedeutet. Trotzdem wurde, mit der ausdrücklichen Zustimmung Balbíns und der stillen Zustimmung Peróns, die Verhandlungspolitik weiterbetrieben. vgl. R.M.Perina 1983, 212ff.

²⁴vgl. M.L.Acuña 1984, 203.

Dieses Projekt scheiterte in den folgenden Jahren jedoch ebenso wie der Gran Acuerdo Nacional. Die Desintegration der politischen Macht nahm vor allem nach dem Tod Peróns 1974 immer rasanter zu. Man kann der UCR zwar nicht vorwerfen, gegen die peronistische Regierung nach 1973 konspiriert zu haben, allerdings stand sie dem Putsch 1976 völlig hilflos und letztendlich resignierend gegenüber.

3. Interne Konflikte: Von der Spaltung zum Streit zwischen Balbinismus und Anti-Balbinismus

Als ein fundamentales Problem des Radikalismus erwies sich nach 1955 seine Unfähigkeit, Allianzen und politische Übereinkünfte mit anderen politischen Kräften einzugehen, um so einem politischen Programm zur Durchsetzung zu verhelfen. Interne Konflikte verhinderten, daß die Partei als geschlossene Kraft auf der politischen Bühne auftreten konnte. Solche Konflikte traten sowohl in horizontaler Linie (vor allem zwischen den einzelnen Provinzorganisationen der Partei) als auch in vertikaler Linie (vor allem zwischen Strömungen an der Parteibasis und der Parteiführung) auf.

Noch in den fünfziger Jahren ähnelte die Partei mehr einem Zweckbündnis verschiedener Provinzcaudillos als einer einheitlichen, programmatisch orientierten politischen Partei²⁵. 1957 führte der Streit über die zukünftige Haltung gegenüber dem Peronismus und die Präsidentschaftskandidatur für die Wahlen 1958 zur Spaltung der Partei in UCRP (Unión Cívica Radical del Pueblo) und UCRI (Unión Cívica Radical Intransigente)²⁶. Die ideologischen Unterschiede zwischen beiden waren zu diesem Zeitpunkt gering. Die Spaltung war keine Trennung zwischen linkem und rechtem Flügel gewesen, sondern aus einem Streit innerhalb des dominierenden MIR entstanden²⁷. Sowohl UCRP als auch UCRI operierten zunächst auf der Basis des Wahlprogrammes der UCR aus den Jahren 1951 bis

²⁵Die Zusammensetzung des Nationalkonventes der Partei im Jahr 1956 liefert einen anschaulichen Beleg für diese Heterogenität: Neben dem MIR, das die große Mehrzahl der Delegierten stellte, stritten zahlreiche Kräfte um Einfluß innerhalb der Partei: MIN, Unidad Radical (Mendoza), Núcleo Unidad, Movimiento de Intransigencia Popular, Movimiento Unificador de la UCR, Movimiento Pro Radicalismo Unido, Cruzada Renovadora de la UCR. vgl. Snow 1963, 510.

²⁶Eine ausführliche Schilderung der Vorgänge, die zur Spaltung der Partei führten, findet sich bei P.Snow 1963.

²⁷Ricardo Balbín (UCRP) und Arturo Frondizi (UCRI) hatten innerhalb des MIR Führungspositionen eingenommen und waren bei den Präsidentschaftswahlen 1951 gegen Perón angetreten - Balbín als Präsidentschaftskandidat und Frondizi als "running mate". Nachdem Frondizi ohne vorherige Absprache mit Balbín seine eigene Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 1958 ankündigte, kam es zum Bruch zwischen den beiden. vgl. M.A.Scenna 1981, 30f.

54. Im Laufe der folgenden Jahre entwickelten beide Parteien dann vor allem auf wirtschaftspolitischem Gebiet sehr unterschiedliche Vorstellungen²⁸. Die Zusammensetzung der UCRP war wesentlich heterogener als die der UCRI. Sie umfaßte diejenigen Sektoren der UCR, die sich gegen Frondizi ausgesprochen hatten: Das MIN²⁹, die Unionistas und die Anhänger Balbíns innerhalb des MIR. Ideologisch hatten MIN und Balbinistas mehr mit der UCRI gemeinsam als mit den Unionistas innerhalb der eigenen Partei. Letztere verband mit dem Rest der Partei vor allem die Opposition gegen Frondizi und die Haltung gegenüber dem Peronismus³⁰. Die Ideologien der verschiedenen Sektoren waren zu unterschiedlich, um ein umfassendes und für alle Mitglieder akzeptables Programm möglich zu machen - selbst innerhalb der drei Hauptströmungen gingen die Meinungen zum Teil weit auseinander. Der UCRP fehlte auch - im Gegensatz zur UCRI - eine unumstrittene Führungspersönlichkeit. Zwar einigte man sich auf Ricardo Balbín als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 1958, dies machte ihn jedoch nicht zu einem von allen Flügeln gleichermaßen anerkannten Parteiführer. Aufgrund ihrer strikt antiperonistischen Haltung galt die UCRP zunächst als wesentlich konservativer als die UCRI. Erst die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung Frondizi ermöglichte es der Partei, sich in den Augen der Öffentlichkeit wieder stärker zu profilieren und es kam gewissermaßen zu einem Imagetausch zwischen den beiden radikalen

²⁸ Innerhalb der UCRI besaß Frondizi eine übermächtige Stellung. Snow vergleicht die Position Frondizis in der UCRI mit derjenigen Yrigoyens in der alten UCR: "Das Programm der UCRI war das Programm Arturo Frondizis". Snow 1963, 515. Die Partei entfernte sich mit der Zeit von Taktik und Programmatik der alten UCR und galt in der Öffentlichkeit zunächst als die reformfreudigere und progressivere der beiden radikalen Parteien. Ich verzichte im folgenden auf die weitere Darstellung der Entwicklung der UCRI. Aus ihr entstanden später zwei politische Gruppierungen, die bis heute auf der politischen Bühne präsent sind: das Movimiento de Integración y Desarrollo (MID) unter Frondizi und der Partido Intransigente (PI) unter Oscar Allende.

²⁹ Für das MIN bürgerte sich nach und nach die heute gebräuchliche Bezeichnung Línea Córdoba ein.

³⁰ vgl. P. Snow 1963, 517.

Parteien³¹.

Gegen Ende der sechziger Jahre wurde der innerparteiliche Konflikt immer mehr zu einer Auseinandersetzung über die Politik, den politischen Stil und die Person des Parteichefs Balbín. Balbín zählte zu den konservativen Strömungen des Radikalismus. Er war ein Politiker, der sich in der Öffentlichkeit nie ein besonders ausgeprägtes Profil verschaffen konnte. Dreimal führte er die UCR in Präsidentschaftswahlen - dreimal unterlag er. Es gelang ihm zwar, als Parteichef eine ihm ergebene Maschine innerhalb der UCR aufzubauen, aufgrund seines politischen Stils galt er in der Öffentlichkeit jedoch immer als ein Verlierertyp und als Sinnbild der "Politiquería"³². Balbín vermied es in der Regel, sich zu umstrittenen Themen öffentlich zu äußern und zog sich auf Positionen zurück, die dazu geeignet waren, nostalgische Erinnerungen an die populistische Orientierung des Radikalismus unter Yrigoyen heraufzubeschwören. José Luis Romero hat davon gesprochen, Balbín habe eine Umorientierung im politischen Leben des Landes nicht mitvollzogen: Während man früher aus Überzeugung oder Tradition einer politischen Partei angehört habe, um damit eine mehr oder weniger vage politische Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, habe man sich nun verstärkt an konkreten Problemen orientiert und auch die politischen Parteien und ihre Führer nach dementsprechend veränderten Kriterien beurteilt³³.

Hatte der gemeinsame Widerstand gegen die Militärdiktatur unter General Onganía³⁴ zunächst auch seine härtesten innerparteilichen Kritiker dazu bewogen, Balbín zumindest öffentlich nicht allzu hart anzugreifen, so

³¹ Frondizi, der an der Ausarbeitung des Programms von Avellaneda beteiligt gewesen war, noch 1954 in seinem Buch "Petróleo y Política" Themen wie Agrarreform und Demokratisierung der Wirtschaft postuliert und eine sehr nationalistische Linie verfochten hatte, vollzog an der Regierung eine 180-Grad-Wende in seiner wirtschaftspolitischen Orientierung. Im Rahmen einer desarrollistischen Wirtschaftspolitik sollten die traditionellen distributiven Vorstellungen des Radikalismus zunächst einmal zugunsten einer Steigerung der Produktion zurückgestellt werden. Durch radikalen Strukturwandel sollte eine eigene Schwerindustrie geschaffen und so die Basis für eine vollständige Industrialisierung des Landes gelegt werden.

Die Politik Frondizis bedeutete eine deutliche Abkehr von alten Positionen der UCR und vom Programm von Avellaneda. Entsprechend scharf waren auch die Attacken der UCRP gegen diese Politik, vor allem gegen die Öffnung des Landes für ausländische Investitionen und die Vergabe von Ölkonzessionen an ausländische Konzerne. Die UCRI warf Frondizi den "Ausverkauf des Landes an den ausländischen Imperialismus" vor. vgl. M. Kaplan 1986, 51ff.

³² vgl. M. Cavarozzi 1986 a, 18.

³³ vgl. J.L. Romero 1981, 267f.

³⁴ Die UCRP vertrat eine konsequente, jede Zusammenarbeit ablehnende Politik gegenüber Onganía, während beide Flügel der UCRI unter Alende und Frondizi erfolglos versuchten, die Politik des Militärregimes von innen zu beeinflussen. vgl. M. Cavarozzi 1986 a, 16.

wuchsen gegen Ende der Diktatur die innerparteilichen Spannungen, vor allem, nachdem deutlich wurde, daß die Parteispitze eine Verständigung mit einem Teil der Streitkräfte anstrebte. Die Ernennung des Radikalen Mor Roig zum Innenminister unter Lanusse ließ die Anti-Balbinistas noch näher zusammenrücken³⁵.

Die Opposition gegen Balbín speiste sich vornehmlich aus drei Quellen: Universitätsvereinigungen der Radikalen Partei, einem Teil der Línea Córdoba sowie einem Teil des MIR von Buenos Aires. Bei den Wahlen für den Parteivorsitz 1971 trat mit Raul Alfonsín zum ersten Mal ein Kandidat der Parteilinken gegen Balbín an. Alfonsín, der lange Zeit als "Kronprinz" Balbíns gegolten hatte, konnte mit 27.000 Stimmen gegenüber 42.000 Stimmen für Balbín einen Achtungserfolg erzielen und diesen bei den parteiinternen Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur 1973 wiederholen: 126.204 Stimmen für Alfonsín (über 40%) gegenüber 165.000 für Balbín machten erneut deutlich, daß sich innerhalb der Partei eine starke Opposition konsolidiert hatte³⁶.

Die inhaltliche Kritik der Opposition, die ihre Organisation mit der Gründung des Movimiento de Renovación y Cambio (RyC) weiter vorantreiben konnte, geht aus einem vom RyC nach der vernichtenden Wahl Niederlage Balbíns im Mai 1973 veröffentlichten Dokument hervor³⁷:

1. Der Führungsspitze wurde vorgeworfen, sie habe zu wenig Kritik an den Militärs geübt und zu starken Wert auf die bloße Institutionalisierung ziviler Herrschaft gelegt. Ein Wahlsieg der UCR³⁸ hätte daher für die Wähler Kontinuität mit der Militärregierung bedeutet.
2. Zum ersten Mal wurde der politische Stil und Diskurs Balbíns als unvereinbar mit einem modernen und progressiven Parteiprogramm öffentlich kritisiert.
3. Der Parteiführung wurde vorgeworfen, sie habe in der Vergangenheit vor allem die Jugend und Arbeiterschicht des Landes zu stark vernachlässigt.

³⁵Línea Córdoba sprach im Zusammenhang mit der Ernennung Mor Roigs von "Verrat" und forderte seinen Ausschluß aus der Partei. vgl. M.L.Acuña 1984, 205.

³⁶Und dies, obwohl Balbín weiterhin auf eine ihm treu ergebene Parteimaschine zurückgreifen und seinen Wahlkampf daher wesentlich besser gestalten konnte als Alfonsín.

³⁷vgl. zum folgenden M.L.Acuña 1984, 207f.

³⁸Ein Gericht hatte der UCRP im Streit mit der UCRI das alleinige Recht zugesprochen, auf den alten Parteinamen UCR zurückzugreifen. vgl. M.Cavarozzi 1986, 17.

4. RyC forderte einen Image- und Strukturwandel der Partei hin zur Verfechtung einer authentischen sozialen Demokratie, um so gegen Privilegien auf der Basis eines konkreten Programmes zu kämpfen.

Auf Balbíns übervorsichtigen Kurs gegenüber der peronistischen Regierung reagierte RyC mit weiterer Kritik. Zwar trat es wie dieser grundsätzlich für eine loyale Opposition gegenüber der zivilen Regierung ein, forderte jedoch eine kritischere Haltung und vor allem die Durchsetzung struktureller Reformen:

"Ich bin nicht einverstanden mit der derzeitigen Parteiführung. Für mich rechtfertigt der Radikalismus seine Präsenz im politischen Leben Argentiniens im Jahr 1974 durch die Anstrengungen, die er verwirklicht, um eine authentische soziale Demokratie zu erreichen. Er muß für die Traditionen und die nationale Einheit arbeiten, aber er darf sich nicht mit einer Regierung zusammentun, die nicht dazu entschlossen scheint, diejenigen Veränderungen zu realisieren, die das Land erhofft"³⁹.

4. Die politischen Parteien unter der Diktatur nach 1976

Die Machtübernahme der Militärjunta im März 1976 bedeutete für die politischen Parteien die vollständige Suspendierung ihrer öffentlichen Aktivitäten. Der Legitimationsanspruch der Diktatur beruhte nicht zuletzt auf dem Argument, die politischen Parteien hätten an der Regierung versagt. Diese Argumentation wurde von großen Teilen der Gesellschaft - auch von den politischen Parteien selbst - akzeptiert. Symptomatisch dafür war eine Äußerung Ricardo Balbíns kurz vor dem Sturz der peronistischen Regierung, als er öffentlich bekundete: "Ich habe keine Lösungen". Ricardo Sidicaro charakterisiert den Zustand der zivil-militärischen Beziehungen zum Zeitpunkt des Putsches treffend, wenn er schreibt:

"Die Rolle des Militärs als eines gesellschaftlichen Ordnungsfaktors in einer Situation der Gewalt und der Krise schien weitgehend akzeptiert zu werden, so daß die Regierung der Streitkräfte in ihrer Anfangsphase nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde"⁴⁰.

Wenn daher auch von Anfang an Kritik an der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Regierung und ihrer fatalen Wirkung vor allem auf die weniger wohlhabenden Bevölkerungsgruppen laut wurde, hielten sich die Parteien zur Innenpolitik der Militärs zunächst sehr bedeckt. Die äußerste Vorsicht der balbinistischen Führung der UCR in dieser Hinsicht zeigte sich auch in ihrem Schweigen angesichts der Ermordung linker Parteimitglieder durch den

³⁹Declaraciones de Alfonsín, Panorama, 25 de junio de 1974, 15. zitiert nach M.L.Acuña 1984, 233(Anm.31).

⁴⁰R.Sidicaro 1984, 23.

staatlichen Repressionsapparat⁴¹. Im allgemeinen waren Mitglieder der Radikalen Partei - wie die der meisten anderen Parteien auch - von der staatlichen Repression allerdings nur in Ausnahmefällen bedroht⁴².

Im März 1977, ein Jahr nach Beginn der Diktatur, veröffentlichte die Tageszeitung "La Opinión" unter dem Titel "Das Schweigen der Politiker" die Ergebnisse von Interviews mit fünf führenden Politikern des Landes. Der Peronist Angel Federico Robledo, der Desarrolist Rogelio Frigerio, der Kommunist Fernando Nadra und die beiden Radikalen Juan Carlos Pugliese und Raul Alfonsín bezeugten in diesen Interviews zum Teil Übereinstimmung mit den Zielen der Militärs und machten gleichzeitig unterschiedliche Vorschläge, um den Parteien Einfluß auf die Militärregierung zu ermöglichen⁴³. Den Vorwurf des "influencismo" - der Suche nach einem Dialog mit den uniformierten Machthabern und der gleichzeitigen Verweigerung eines solchen Dialoges mit den Opfern der staatlichen Repression - mußten sich große Teile der "clase política" des Landes gefallen lassen. Dabei beschränkte sich die Zusammenarbeit mit den Streitkräften nicht in allen Fällen auf den Dialog. Vor allem auf lokaler Ebene arbeiteten auch Mitglieder der UCR zum Teil mit der Militärregierung zusammen⁴⁴.

Nicht ihre eigene Stärke, sondern die zunehmenden internen Differenzen innerhalb der Junta ermöglichten den politischen Parteien ab 1979 nach drei Jahren fast vollständigen Schweigens wieder mehr Spielraum für ihre Betätigung. Im Juni 1979 hatte General Videla einen Dialog mit der Opposition angekündigt, unter seinem Nachfolger General Viola wurden diese

⁴¹ Sowohl auf die Ermordung des Parteilinken Sergio Kakarachoff als auch auf den durch Folter verursachten Tod des Abgeordneten Mario Abel Amaya reagierte die Parteiführung offiziell nicht. vgl. A.Leuco / J.A.Díaz 1987, 212ff und 218.

⁴² vgl. R.Sidicaro 1984, 23.

⁴³ Robledo schlug den Streitkräften ein Programm der nationalen Einheit vor. Frigerio argumentierte, die Präsenz der Militärs in der Regierung garantiere einen genuin demokratischen Machtmechanismus, der gegenüber den Interessen der Bürger empfänglich sei und sprach sich gegen baldige Wahlen aus. Nadra wehrte sich vor allem gegen die Einmischung der USA in innerargentinische Angelegenheiten. Im Ausland berichte man nur über den Terrorismus der Ultrarechten, nicht jedoch über den der Ultralinken. Zudem ignoriere man dort, daß es in den Streitkräften sehr demokratische Sektoren gebe. Pugliese bescheinigte den Streitkräften Erfolg im Kampf gegen die Subversion, betonte jedoch, um den inneren Frieden zu erlangen, sei die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien notwendig. Dies erlaube es auch, Exzesse zu vermeiden und etwas gegen das schlechte Image Argentiniens im Ausland zu tun. Alfonsín argumentierte, die Zusammenarbeit von zivilen Politikern mit der Militärregierung sei das beste Instrument, um die Gewalt zu bekämpfen. Er schlug einen Dialog zwischen Zivilisten und Militärs als Weg zu einer demokratischen Öffnung vor. vgl. H.Verbitsky 1987, 26f. und A.Leuco / J.A.Díaz 1987, 172f; Alfonsín distanzierte sich von diesen Vorschlägen, nachdem das Ausmaß der staatlichen Repression offensichtlich wurde. Er konnte sich schließlich als ein entschiedener Gegner der Diktatur profilieren.

⁴⁴ vgl. R.Sidicaro 1984, 23.

Vorstellungen 1981 konkretisiert. Viola schlug im März 1981 im Rahmen eines sogenannten "Nationalen Integrationsplanes" eine schrittweise Normalisierung der intermediären Organisationen (Parteien, Gewerkschaften) und einen Dialog zwischen Regierung und Opposition vor. Zwar blieben seine langfristigen Ziele dabei im Vagen, sie ließen jedoch eine mögliche Redemokratisierungsstrategie erahnen. Diese Pläne wurden konkreter, als Viola im Herbst des gleichen Jahres ankündigte, möglicherweise werde es 1984 Präsidentschaftswahlen geben. Wie dünn seine Machtbasis innerhalb der Junta inzwischen war, zeigte jedoch der Widerruf dieser Ankündigung nur eine Woche später und schließlich der "Palastputsch" durch General Galtieri, der weiter auf eine langfristige Aufrechterhaltung der autoritären Herrschaft setzte⁴⁵. Die politischen Parteien nützten den ihnen von den Militärs zugestandenem Spielraum im Juli 1981 mit der Gründung der Asamblea Multipartidaria⁴⁶. Sie verfolgte vor allem zwei Ziele:

Die Erarbeitung einer gemeinsamen Position der beteiligten Parteien gegenüber dem Regime in bezug auf den angestrebten Übergang zu einer demokratischen Regierungsform. Dieses einheitliche Auftreten der wichtigsten parteipolitischen Kräfte des Landes war vor allem deshalb von Bedeutung, weil es angesichts des Charakters der zivil-militärischen Beziehungen in den vergangenen Jahrzehnten keineswegs als selbstverständlich vorausgesetzt werden konnte und verhindern sollte, daß Abmachungen zwischen Streitkräften und einer einzelnen Gruppe auf Kosten der übrigen Opposition getroffen würden.

Zum anderen sollte durch die Verfechtung einer betont moderaten Position gegenüber den Militärs eine Radikalisierung der Opposition verhindert werden, von der die großen Parteien unabsehbare Folgen - auch für ihr eigenes politisches Schicksal - befürchteten⁴⁷. Deutlich zutage trat diese Haltung in der gegen Ende des Jahres 1981 veröffentlichten Deklaration "Antes que sea demasiado tarde": Darin wurde die wirtschaftliche Krise des Landes beschrieben und eine politische Öffnung mittels Wahlen gefordert. Die Unterzeichner verurteilten gleichzeitig die "unmenschliche und gewalttätige Subversion" aufs schärfste und zeigten Verständnis für den sogenannten "schmutzigen Krieg" der vergangenen Jahre. Im Hinblick auf die

⁴⁵vgl. D.Pion-Berlin 1985, 64f.

⁴⁶In der auf Initiative der UCR zustandegekommenen Multipartidaria schlossen sich Radikale, Peronisten, Movimiento de Integración y Desarrollo, Partido Intransigente und Christdemokraten zusammen. vgl. M.L.Acuña 1984, 213.

⁴⁷vgl. J.C.Portantiero 1987 a, 271.

in der Öffentlichkeit immer stärker thematisierte Frage nach dem Schicksal der "Verschwundenen" klagte das Dokument eine Erklärung von Seiten der Militärs ein, verzichtete jedoch auf die von den Menschenrechtsorganisationen erhobene Forderung nach Gerechtigkeit und mußte auf die Streitkräfte insofern beruhigend wirken, als es bewußt vom Verzicht auf Rache und Nationaler Wiederversöhnung sprach⁴⁸.

Obwohl es also deutliche Übereinstimmung zwischen den Zielen der in der Multipartidaria zusammengeschlossenen Parteien und der Regierung Viola gab, besaß keine Seite die zu ihrer Durchsetzung notwendige Macht. Und obwohl die Zusammenarbeit in der Multipartidaria vor allem für die Beziehungen zwischen den beiden großen Parteien keine geringe symbolische Bedeutung hatte, wurde sie nicht zu einem "Protagonisten des Übergangs (zur Demokratie, d.V.), vor allem deshalb, weil es nicht zu einem Übergang kam, sondern zu einem plötzlichen Kollaps"⁴⁹.

Der von General Galtieri initiierte Krieg im Südatlantik schien die ihm zugedachte innenpolitische Legitimierungsfunktion zunächst zu erfüllen. Das Augenmerk von Parteien und Gewerkschaften wandte sich ab von Menschenrechtsverletzungen, Verarmung, Auslandsschulden, Korruption und Desindustrialisierung und hin zu einem fast mystischen Nationalismus. Doch schon bevor die Niederlage feststand, hatte sich die Einbeziehung der politischen Opposition in die offizielle "Malvinenkampagne" als ein innenpolitischer "Bumerang"⁵⁰ erwiesen: Die Unterstützung der Außenpolitik verbanden Parteien und Gewerkschaften mit der Forderung nach politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten⁵¹. Nach der Niederlage läuteten die gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen den Teilstreitkräften zwar den Zusammenbruch des autoritären Regimes ein, aber auch das Ansehen der Parteien und ihrer Führer war durch die Unterstützung des verlorenen Krieges noch weiter gesunken. Aus dieser Position der Schwäche heraus begann für sie nach der Aufhebung des Parteienverbotes durch Galtieris Nachfolger Bignone im Juni 1982 und der Ankündigung von Wahlen für Oktober 1983 die schwierige Phase der internen Reorganisation und Vorbereitung auf den Wahlkampf. Gleichzeitig sahen sie sich bis kurz vor den Wahlen mehreren Versuchen der Militärregierung ausgesetzt, Bedingungen für den Übergang

⁴⁸vgl. H.Verbitsky 1987, 31.

⁴⁹M.Cavarozzi 1986 a, 21.

⁵⁰A.Haffa 1984, 2.

⁵¹vgl. D.Pion-Berlin 1985, 70.

auszuhandeln. Diese zum Teil mit Drohungen verbundenen Bestrebungen, mit den Parteien zu Kompromissen über den "antisubversiven Krieg" und die Menschenrechtsverletzungen zu kommen, hatten jedoch für die Militärs nicht den gewünschten Erfolg. Die Parteien distanzieren sich nach Kräften von den Streitkräften, deren Legitimation bei der Bevölkerung auf einem historischen Tiefstand angekommen war⁵².

⁵²Zur innenpolitischen Entwicklung nach dem Krieg vgl. A.Haffa 1984.

IV. Die Entwicklung bis zu den Wahlen vom Oktober 1983

1. Transformationsprozesse innerhalb der UCR: Entstehung und Bedeutung der Junta Coordinadora Nacional

Bei den Präsidentschaftswahlen 1973 hatte die UCR mit ihrem Kandidaten Balbín kaum mehr als ein Viertel der Wählerstimmen für sich gewinnen können. Noch im Dezember 1982 äußerten sich in einer Umfrage lediglich 11 % der Wahlberechtigten dazu entschlossen, der UCR in den angekündigten Wahlen ihre Stimme zu geben¹. Im Oktober 1983 erhielt der Präsidentschaftskandidat der UCR, Raúl Alfonsín, mehr als 50% der Stimmen.

Zu den Faktoren, die für diesen Wahlsieg verantwortlich waren, zählen nicht zuletzt die schon gegen Ende der sechziger Jahre einsetzenden und sich ab 1982 rapide beschleunigenden Transformationsprozesse innerhalb der UCR. Sie führten zu einer personellen und programmatischen Erneuerung der Partei, neuen, massenwirksameren Aktionsformen sowie einem geänderten politischen Stil und verliehen dem Radikalismus innerhalb der argentinischen Öffentlichkeit eine teilweise erneuerte politische Identität.

Neben dem in erster Linie mit dem Namen Alfonsín verknüpften Movimiento de Renovación y Cambio (RyC) gingen wesentliche Erneuerungsimpulse von der 1968 gegründeten Junta Coordinadora Nacional (JCN) aus. Mit dem Ziel, die Gründe für den von der Öffentlichkeit mehr oder weniger stillschweigend akzeptierten Sturz der Regierung Illia zu analysieren, eine nationale Opposition gegen die Militärdiktatur unter Onganía zu organisieren, die Situation und künftige Rolle der UCR innerhalb des politischen Systems zu überdenken und vor allem, der Jugend innerhalb der UCR mehr Gehör zu verschaffen, schlossen sich in ihr jüngere, meist studentische Anhänger der UCR zusammen². Die Aktivität der JCN beschränkte sich zunächst auf die Studentenbewegung. Sie verstand sich selbst als "reformistische" Alternative zum "ideologischen Maximalismus" der peronistischen und marxistischen Linken. Nicht zuletzt indem sie sich auf die Errungenschaften der Universitätsreform von 1918 berief, gelang es der JCN, innerhalb kurzer Zeit ein rasches Wachstum ihrer Anhänger zu verzeichnen und auch viele nicht der UCR angehörende Aktivisten für sich zu gewinnen.

¹vgl. J.C.Portantiero 1987 a, 274.

²Die Entstehung der JCN ist im Zusammenhang mit der zu dieser Zeit im Land allgemein verbreiteten Aufbruchsstimmung vor allem unter Jugendlichen und Studenten sowie der Tatsache zu sehen, daß die UCRP seit der Spaltung 1957 praktisch keine eigene Jugendorganisation mehr besaß, da diese von der UCRI übernommen worden war. vgl. hierzu und zum folgenden C.Altamirano 1987, 287ff sowie die Interviews mit Carlos Becerra und Federico Storani in F.Herrera 1986, 16f und 97f.

Kontakte mit der Alfonsín-Fraktion der UCR mündeten schließlich 1972 in die gemeinsame Gründung des Movimiento de Renovación y Cambio, innerhalb dessen die JCN allerdings als unabhängige Gruppierung weiterbestand. Die Niederlage des RyC im parteiinternen Machtkampf 1972/73 gegen die Balbinistas bedeutete für die JCN insofern eine Lehre, als sie erfahren mußten, daß die Organisationsmacht von Parteimaschine und Puntero-Netz nicht so einfach mit dem Einfluß innerhalb der Studentenbewegung wettzumachen waren. Die Sozialisation der JCN-Mitglieder im Bereich studentischer Politik prägte ihre ideologischen Vorstellungen und politischen Aktionsformen: Die regelmäßige Mobilisierung der Anhänger, der kämpferische Stil und die für Einheit sorgende Disziplin gegenüber einer gemeinsamen Überzeugung unterschieden die JCN deutlich von traditionellen Politikformen der UCR. Deren Machtbasis stützte sich in erster Linie auf eine gut funktionierende, weitgehend klientelistisch ausgerichtete lokale Puntero-Struktur und ein kleinbürgerliches Wählerpotential. Die Mobilisierung von Anhängern war in der argentinischen Politik bisher fast ausschließlich eine Aktionsform des Peronismus gewesen. Nicht umsonst hing der UCR das Image an "Tienen votos, pero nunca van a tener militancia"³. Auskunft über die ideologischen Vorstellungen der JCN gibt ein 1973 unter dem Titel "La Contradicción Fundamental" herausgegebenes Grundsatzdokument. Die dort vorgenommene Analyse der argentinischen Gesellschaft ging von einem unversöhnlichen Antagonismus zwischen "dem argentinischen Volk auf der einen Seite und dem antinationalen, oligarchisch-monopolistisch-imperialistischen Komplex auf der anderen Seite" aus⁴. Die notwendige Antwort auf diesen Grundwiderspruch, der alle anderen Konflikte und Gegensätze als zweitrangig erscheinen lassen mußte, bestand für die JCN in der "Vereinigung derjenigen Kräfte, aus denen sich das Volk zusammensetzt, um so die Nationale Befreiung zu verwirklichen"⁵. Wenn die JCN daher zur Einheit zwischen "Radikalen, Sozialisten, Unternehmern, Mittelklasse, Bauern, Artisten, Intellektuellen, Lehrern, Hausfrauen und jenen Militärs" aufrief, "die das Erbe San Martíns hochhalten", so schwebte ihr ein Bündnis vor, das demjenigen ähnelte, auf das sich Raul Alfonsín während des Wahlkampfes 1983 und im ersten Jahr seiner Präsidentschaft des öfteren

³A.Leuco / J.A.Díaz 1987, 86.

⁴Zitiert nach C.Altamirano 1987, 310. Für eine ausführliche Analyse dieses Dokumentes vgl. ebd. 310ff.

⁵ebd.312.

beziehen sollte, wenn er von der "Dritten Historischen Bewegung" sprach⁶. Die Ideologie der "Contradicción Fundamental" unterschied sich nicht wesentlich von politischen Vorstellungen anderer linker Gruppierungen der damaligen Zeit. Die Texte der JCN waren auch nicht frei von inneren Widersprüchen. Solche Unstimmigkeiten waren allerdings nicht besonders tragisch, da die Ideologie für die JCN eine "sehr pragmatische Funktion"⁷ besaß und sich die Mitglieder der Gruppe in erster Linie als politische Aktivisten verstanden. Was die JCN allerdings von anderen linken Gruppierungen unterschied, war ihre Absage an die Gewalt als Mittel der Politik und die Wiederaufwertung der politischen Parteien als Vermittler des politischen Willens der Bevölkerung - in einer Zeit, in der bei Rechten und bei Linken korporativistische Thesen in Mode waren⁸. In diesem Sinne stimmte man auch mit dem Ziel des Parteichefs Balbín überein, die konstitutionelle Demokratie zu stabilisieren, während man allerdings die von ihm gewählten Mittel ablehnte⁹.

Innerhalb der Partei konnte die JCN trotz der dem RyC nach 1972 zustehenden Minoritätenrepräsentation zunächst nicht an Einfluß gewinnen. Auch 1976 war sie immer noch in erster Linie in der Studentenbewegung verwurzelt. Der Putsch führte zum vollständigen Zusammenbruch dieser Aktions- und Mobilisationskanäle. Die Mitglieder der JCN zogen sich nach 76 - trotz ihrer Kritik am opportunistischen Verhalten vieler Parteipolitiker gegenüber der Diktatur - auf die weiterbestehenden parteiinternen Gesprächskanäle zurück und suchten den Schutz der Parteistrukturen¹⁰. Ins europäische Exil geflüchtete Parteimitglieder ermöglichten es der JCN in den folgenden Jahren, Kontakte zu radikalen, sozialdemokratischen und liberalen europäischen Parteien aufzubauen. Emigrierte Parteimitglieder übernahmen Posten in nongouvernementalen Organismen der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen. Der nach Frankreich emigrierte Hipólito Solari Yrigoyen gab in Paris die Monatszeitschrift "La Republica" heraus, die sich als offizielles Organ der exilierten Radikalen verstand und in Argentinien durch Mitglieder der JCN in Umlauf gebracht wurde. Diese Kontakte bedeuteten eine deutliche Abkehr vom traditionellen Isolationismus

⁶vgl. dazu Kapitel V.2b.

⁷C.Altamirano 1987, 315.

⁸vgl. A.Leuco / J.A.Díaz 1987, 78.

⁹vgl. dazu die in Kapitel III.3 beschriebene Kritik des RyC an Balbín nach den Wahlniederlagen 1973.

¹⁰vgl. A.Leuco / J.A.Díaz 1987, 168 u. 225.

der UCR auf internationaler Ebene¹¹.

Als zu Beginn der achtziger Jahre die Möglichkeiten für politische Aktivitäten wieder etwas mehr Spielraum erhielten, stellte sich für die JCN die Frage, welche Strategie man in Zukunft gegenüber der Partei einschlagen sollte. Nach den Wahlen 1973 hatte man Balbíns Kopf gefordert und einer Auseinandersetzung mit der als verkrustet angesehenen Parteihierarchie nur wenig Chancen eingeräumt. Die politische Öffnung stand nun unter anderen Vorzeichen. Zum Teil bedingt durch die Erfahrung des während der Diktatur durch die vorher kritisierten Parteistrukturen gewährten Schutzes, setzte man nun auf eine integrative Taktik. Man betonte die Notwendigkeit parteiinterner Solidarität, um so "die große demokratische, nationale und emanzipatorische Revolution" zu verwirklichen¹².

Das bedeutete keine Absage an interne Auseinandersetzungen, wohl aber den Versuch, die innerparteiliche Isolation zu überwinden und zu einer produktiven Integration der divergierenden Standpunkte zu kommen. Es war gewissermaßen die Entscheidung der JCN zum "Marsch in die Institution UCR". Äußeres Anzeichen dieses Entschlusses war, daß ein Großteil der Führungspersönlichkeiten der JCN 1981 die Vollmitgliedschaft in der UCR beantragte¹³. Parallel dazu vollzog die JCN auch auf ideologischem Gebiet einen Kurswechsel. In der 1981 veröffentlichten Deklaration "Manifiesto de una Generación Radical"¹⁴ fehlten einige der "national-populären" Elemente des Diskurses der frühen siebziger Jahre¹⁵, stattdessen betonte man nun die Forderung nach politischer Demokratie, bürgerlichen Freiheiten und Pluralismus und kritisierte die Unterschätzung der "formalen Demokratie" durch die Linke: "Es ist unmöglich, sie (die soziale Demokratie, d.V.) zu

¹¹ Beide großen argentinischen Parteien haben unter Berufung auf die "Verfechtung argentinischer Interessen" lange Zeit eine Zusammenarbeit mit internationalen Parteienverbänden strikt abgelehnt. Am Beispiel der Sozialistischen Internationalen schildert Julio Godio, welche Vorbehalte gegenüber einer solchen Zusammenarbeit bestehen: "Für die autoritäre und konservative Rechte ist die Sozialdemokratie das Vorzimmer des Kommunismus. Für die dogmatische Linke ist sie eine Bremse des Sozialismus". (J.Godio 1986, 10).

¹² zitiert nach A.Leuco / J.A.Díaz 1987, 229.

¹³ Leute wie Cáceres, Stubrin, Nosiglia, und Storani, die heute innerhalb der UCR-Regierung wichtige Ämter bekleiden, traten damals in die Partei ein. vgl. A.Leuco / J.A.Díaz 1987, 236.

¹⁴ vgl. zum folgenden C.Altamirano 1987, 314f.

¹⁵ vgl. V.Palermo 1987, 67.

erreichen, ohne zuvor der formalen Demokratie zuzustimmen"¹⁶. Die JCN machte in diesem Manifest Vorschläge für eine Erneuerung der Radikalen Partei, die es ihr erlauben sollten, in der nationalen Politik als eine echte und überzeugende Alternative aufzutreten: Man forderte die Ausweitung der sozialen Basis der Partei, einen - zunächst gegenüber der Militärjunta zu verfechtenden - neuen, kämpferischen politischen Stil und die Transformation der Parteikomitees in Zentren permanenter politischer Aktivität.

Zusammenfassend erscheinen mir vor allem fünf durch das Auftauchen der JCN mitverursachte Impulse für eine Erneuerung der UCR wesentlich:

1. Die Integration neuer Wählerschichten in die Partei - zunächst Jugendliche und Studenten, später vor allem aus dem Umfeld der Neuen Sozialen Bewegungen (Arbeiter-, Menschenrechts-, Stadteilorganisationen etc.).
2. Das Aufbrechen verkrusteter Parteistrukturen, vor allem der klientelistischen Puntero-Struktur.
3. Ein neuer, kämpferischer, auf Massenmobilisierung und aktives öffentliches Auftreten abzielender Stil, der das Ziel verfolgt, der UCR ein neues Image zu verleihen und ihr eine geänderte Rolle innerhalb der argentinischen Politik zuzuschreiben.
4. Die Überwindung der internationalen Isolation der Partei. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Schwesterparteien und internationalen Parteiorganisationen ist zweifellos ein Schritt, der die ideologische und programmatische Erneuerung der UCR fördern kann¹⁷.
5. Das Bekenntnis zur formalen Demokratie bei gleichzeitiger Wiederaufwertung der Bewegungstradition¹⁸.

¹⁶ zitiert nach C. Altamirano 1987, 314. Diese neue Wertbeimessung der formalen Demokratie ist keine Besonderheit der JCN oder der innerargentinischen Diskussion zu Beginn der achtziger Jahre. Sie ist vielmehr Ausdruck eines in den meisten südamerikanischen Ländern vollzogenen Paradigmenwechsels innerhalb der politisch-intellektuellen Debatte. vgl. dazu das Kapitel IV.3.

¹⁷ In welche Richtung sich die UCR dabei letztendlich orientieren wird, ist bisher noch nicht abzusehen. Drei Möglichkeiten deuten sich an:

1. Verstärkte Kontakte zur Sozialistischen Internationalen. Die UCR erhielt im Wahlkampf 1983 finanzielle Unterstützung von einigen europäischen Sozialdemokratischen Parteien, unter anderem von der bundesdeutschen SPD (vgl. D. Rock / S. Avellano 1986, 191). Die guten Beziehungen zwischen UCR und SI manifestierten sich beispielsweise im November 1983, als Alfonso Hipólito Solari Yrigoyen als persönlichen Repräsentanten zu einem SI-Treffen nach Brüssel entsandte (vgl. WR 84-10). Im Laufe des Jahres 1985 konnte man zudem lesen, daß Verhandlungen über einen Beitritt der UCR zur SI im Gang seien (vgl. WR 85-17).
2. Die Jugendorganisation der UCR pflegt gute Kontakte zur "Internationalen Föderation liberaler und radikaler Jugendlicher" (IFLRY) (vgl. LIBEL Nr. 12, Dezember 1987/Januar 1988. LIBEL ist ein internationales Publikationsorgan des IFLRY, das mit finanzieller Unterstützung des Europarates in Brüssel herausgegeben wird).
3. Schließlich gab es vor einiger Zeit eine von der UCR positiv aufgenommene französische Initiative zur Gründung einer "Internationalen Radikalen Bewegung", der neben der UCR die Radikalen Parteien Uruguays, Paraguays, Chiles, der costaricanische Partido de Liberación Nacional, der mexikanische PRI sowie einige europäische Parteien angehören sollten (vgl. WR 84-03).

¹⁸ Zur Problematik dieses doppelten Bekenntnisses vgl. Kapitel V.2.

2. Der Vorwahlkampf innerhalb der UCR

Bei den ab Mitte 1982 stattfindenden Auseinandersetzungen um die Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten der UCR standen sich in erster Linie zwei innerparteiliche Gruppierungen gegenüber: Das RyC unter Alfonsín und die nach dem Tod Ricardo Balbíns im September 1981 ohne eindeutige Führungspersönlichkeit dastehenden ehemaligen Balbinistas (Línea Nacional). Ein Bündnis zwischen RyC und der UCR-Mehrheitsfraktion von Córdoba - Línea Córdoba - führte zur Aufstellung von Raúl Alfonsín und Víctor Martínez (Córdoba) als Kandidaten für Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft. Die relativ frühe Bekanntgabe dieses Kandidatengespanns im Dezember 1982 zwang auch Línea Nacional zum Handeln. Dort waren die Verhältnisse allerdings weniger eindeutig und geprägt von persönlichen Auseinandersetzungen um die Nachfolge Balbíns¹⁹. Zur Debatte standen in erster Linie der Präsident des einflußreichen Komitees der Provinz Buenos Aires und zum Vorsitzenden der Línea Nacional proklamierte - als liberal geltende - Juan Carlos Pugliese sowie der konservative, als überzeugter Anti-Peronist bekannte ehemalige Senator De la Rúa. Pugliese galt als deutlicher Favorit und wurde auch im Dezember 82 auf einem eilig einberufenen Kongreß der Línea Nacional zum Kandidaten gewählt. Aufgrund interner Querelen verzichtete er allerdings kurz darauf überraschend auf die Kandidatur und auf den Vorsitz der Línea Nacional und machte damit den Weg frei für eine Kandidatur De la Rúa's. Gleichzeitig kündigte er Gespräche mit Raúl Alfonsín an, "... um mit der Aufgabe fortzufahren, die vollständige Einheit der UCR zu erlangen"²⁰. Línea Nacional spaltete sich daraufhin: Die Gruppe um Pugliese konstituierte sich als "Balbinismo Auténtico" und suchte eine Übereinkunft mit dem RyC, während in der Línea Nacional die konservativsten Parteigruppierungen vertreten blieben²¹.

Drei Kandidaten stellten sich schließlich im Juni 1983 der parteiinternen Wahl: Alfonsín, De La Rúa und der - allerdings von vornherein chancenlose - Kandidat des kleinen "Movimiento de Afirmación Yrigoyenista", der ehemalige

¹⁹M.L.Acuña vergleicht die Situation der Línea Nacional nach dem Tod Balbíns mit derjenigen des Peronismus nach dem Tode Peróns. Daß von einem unumstrittenen Führer hinterlassene Machtvakuum führte zu Differenzen und letztendlich zur Schwächung. vgl. M.L.Acuña 1984, 216.

²⁰So Pugliese gegenüber der Zeitschrift "Todos" am 4.Jan.1982, zitiert nach CISEA 1984, 12(Doc.12).

²¹Die Gespräche zwischen Alfonsín und Pugliese konnten allerdings an der Kandidatur des Gespanns Alfonsín-Martínez nichts mehr ändern, da sowohl Línea Córdoba als auch das RyC die einmal getroffene Entscheidung beibehalten wollten. vgl. CISEA 1984, 12 sowie M.L.Acuña 1984, 216ff.

Senator Luis León. Bei den Vorwahlen²² zeichnete sich schnell eine deutliche Mehrheit für Alfonsín ab. Vor allem zwei Gründe waren dafür ausschlaggebend:

1. Alfonsín profitierte vom außerordentlich starken Zustrom neuer Mitglieder in die Partei²³. Unter dem Motto "Treten Sie dem Radikalismus bei, damit Alfonsín gewinnt", initiierte vor allem die JCN eine umfangreiche Beitrittskampagne²⁴. Und tatsächlich bewegte das Charisma Alfonsíns viele Leute dazu, der Partei beizutreten, um seine Kandidatur zu unterstützen. Der starke Zustrom vor allem jüngerer Mitglieder trug zur Schwächung der in vielen Distrikten von lokalen Punteros und klientelistischen Chefs ausgeübten Kontrolle bei²⁵.

2. Zum konservativen Image und uneinheitlichen Auftreten der Línea Nacional summierte sich die Tatsache, daß viele Balbinistas durch ihre Unterstützung der Malvinen-Kampagne der Militärdiktatur kompromittiert waren, während Alfonsín, der den Krieg als einer der wenigen argentinischen Politiker von Anfang an konsequent abgelehnt hatte, mit dem Habitus dessen auftreten konnte, der sich moralisch richtig verhalten hatte.

Trotz der eindeutigen Dominanz Alfonsíns bei den ersten Vorwahlergebnissen lehnte es De la Rúa zunächst ab, von seiner Kandidatur zurückzutreten. Erst nach seiner Niederlage in der Provinz Buenos Aires ging er auf entsprechende Vorschläge ein und akzeptierte kurze Zeit darauf das Angebot Alfonsíns für die Kandidatur als Senator des Capital Federal²⁶. Für die Línea Nacional bedeutete sein lange aufrechterhaltenes Beharren auf der Kandidatur allerdings den Verlust von Verhandlungsspielraum gegenüber dem RyC - mit der Konsequenz, daß die Dominanz des Alfonsín-Flügels innerhalb des Parteiapparates nun noch deutlicher ausfiel, als es bei eventuell früheren Verhandlungen der Fall gewesen wäre. Ende Juli 1983 wurde Alfonsín per Akklamation zum Präsidenten der Partei gewählt und der Nationalkonvent

²²Der Modus der Vorwahlen gleicht demjenigen einiger nordamerikanischer Bundesstaaten: Alle registrierten Parteimitglieder sind wahlberechtigt.

²³Die Anzahl derjenigen Argentinier, die einer politischen Partei angehörten, hatte Ende April 1983 einen historischen Höchststand erreicht: Von knapp 18 Millionen Bürgern waren mehr als 5,6 Millionen einer Partei beigetreten, das entsprach 31,4 Prozent der Bevölkerung. Mit etwa 1,4 Millionen Mitgliedern stand die UCR hinter den Peronisten (ca 3 Millionen) an zweiter Stelle. zu den Zahlen vgl. CISEA 1984, 192 (Doc.98).

²⁴vgl. C.Altamirano 1987, 318.

²⁵vgl. A.Leuco / J.A.Díaz 1987, 251; vgl. auch D.García Delgado/V.Palermo 1986, 54.

²⁶vgl. CISEA 1984, 267 (Doc.60).

proklamierte offiziell die Kandidaturen von Alfonsín und Martínez²⁷.

3. Veränderungen im Bereich der politischen Kultur und Partizipation²⁸

Der argentinische Wahlkampf des Jahres 1983 war sehr stark geprägt von Themen, die bei früheren Wahlen kaum eine Rolle gespielt hatten. Die Bedeutung von Menschenrechten, politischer Ethik, Pluralismus, Frieden, liberaldemokratischen Verfahrensregeln und Institutionen - um nur einige der die Auseinandersetzung prägenden Schlüsselwörter zu nennen - stand in einem augenscheinlichen Kontrast zu früheren Wahlen, die vor allem von Schlagwörtern wie Entwicklung, Abhängigkeit und Revolution bestimmt gewesen waren.

Dieser Themen- bzw. Paradigmenwechsel der akademischen und politischen Debatte war keine auf den argentinischen Kontext beschränkte Besonderheit, sondern ein seit Beginn der 80er Jahre in ganz Lateinamerika zu beobachtendes Phänomen²⁹.

Die Gründe für diesen Wandel sind vielschichtig. Dazu zählen die langjährige Erfahrung systematisch angewandter staatlicher Repression und staatlichen Autoritarismus genauso wie die für große Teile der Bevölkerung katastrophalen Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik, das Erleben von Kriegssituationen und Exil sowie der Attraktivitätsverlust alter Vorbilder³⁰.

²⁷ vgl. CISEA 1984, 287 (Doc.133).

²⁸ Ich verstehe unter politischer Kultur die ">subjektive Dimension< der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme, d.h. die Gesamtheit aller politisch relevanten Meinungen (>beliefs<), Einstellungen (>attitudes<) und Werte (>values<) der Mitglieder einer konkret abgrenzbaren sozialen und politischen Einheit" (D.Berg-Schlösser 1983, 385); Der Begriff politische Kultur ist in der Politikwissenschaft nicht unumstritten; zum einen, weil er nur schwer operationalisierbar ist, zum anderen, weil sein Erklärungswert unterschiedlich eingeschätzt wird. vgl. zu diesen Problemen D.Berg-Schlösser 1987, 746ff; Ich halte seine Verwendung im Zusammenhang dieser Arbeit für unproblematisch, da ich lediglich aufzeigen will, welchen Einfluß die Veränderungen von Werten, Einstellungen und Meinungen eines großen Teils der argentinischen Bevölkerung auf den Ausgang der Wahlen vom Oktober 1983 hatte, nicht aber weiterreichende Aussagen über eventuell mit Veränderungen im Bereich der politischen Kultur zusammenhängende Möglichkeiten der Konsolidierung des demokratischen politischen Systems beabsichtige. Für eine Diskussion der unterschiedlichen akademischen Standpunkte zu den Charakteristika der argentinischen politischen Kultur und ihrer Bedeutung für die Stabilität eines demokratischen politischen Systems vgl. D.García Delgado/V.Palermo 1986, 43f. Unter politischer Partizipation verstehe ich in Anlehnung an M.Mols (1985, 124) "die verhaltensmäßige Einlösung politischer Kultur, insbesondere in der Art wahrgenommener Interessenartikulation."

²⁹ vgl. zu dieser Debatte vor allem den Aufsatz von N.Lechner 1985, der einen Überblick über die unterschiedlichen Dimensionen der Diskussion gibt; Innerhalb der bundesdeutschen Lateinamerikanistik beschäftigen sich mit diesem Thema die Aufsätze von M.Mols 1987 und N.Werz 1987 b.

³⁰ vgl. N.Lechner 1985, 61ff.

"Die neue demokratische Ideologie ist eine Antwort auf die in den letzten Jahrzehnten im Süden Lateinamerikas vorherrschenden autoritären Bedingungen. Nur vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen kann man sie verstehen und erklären"³¹.

Die Neubewertung des Demokratiethemas und der Frage, was überhaupt unter Politik zu verstehen ist, verdient eine genauere Betrachtung. Lange Zeit war die argentinische Diskussion von grundsätzlich verschiedenen Demokratiekonzeptionen geprägt gewesen. Liberaldemokratische Vorstellungen, die auf funktionierende Repräsentations- und Mediationsmechanismen, Gewaltenkontrolle, gesellschaftlichen und politischen Pluralismus verweisen, hatten an Attraktivität verloren - zum einen, weil Regierungen, die in ihrem Namen auftraten, in der Praxis oft wenig Rücksicht auf ihre Prinzipien nahmen; zum anderen, weil sie keinen Beitrag zur Lösung der als drängend empfundenen sozialen Probleme leisteten. Sie wurden von verschiedenen Seiten als "formal" und "bürgerlich" gescholten und gerieten in Konflikt mit durch den Peronismus etablierten Vorstellungen von "substantieller" Demokratie und Revolutionstheorien marxistischer Prägung. Während für letztere die angenommene Nichtlebensfähigkeit eines kapitalistischen Entwicklungsmodells zur Voraussetzung für die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs mit der bestehenden Herrschafts- und Sozialordnung wurde³², legte der Peronismus deswegen auf formaldemokratische Spielregeln wenig Wert, weil er auf einer direkten, nicht institutionalisierten und auch nicht institutionalisierbaren Beziehung zwischen Führer und Massen beruhte, in der das Individuum weniger als politisches, sondern in erster Linie als soziales Subjekt verstanden wurde³³.

Die Neudiskussion des Demokratiethemas fand unter veränderten Umständen statt. Die liberaldemokratische Konzeption galt nun nicht mehr als bloß formal und instrumentell, sondern sie wurde in ihrer "materiellen" und "substantiellen" Dimension erkannt³⁴.

"Diese (die Demokratie, d.V.) ist notwendigerweise auch formal, denn sie zielt auf die Errichtung einer politischen Ordnung ab. Ihre Verwirklichung verweist auf den Konflikt im Sinne von Kreativität und Transformation und in diesem Sinne bedeutet Demokratie den ständigen Willen zur Verwirklichung des volks-nationalen (realización de lo nacional popular), einen pausenlosen Kampf, durch den die Menschen den Willen, ihr Leben zu kontrollieren, ausdrücken"³⁵.

³¹A.Flisfisch 1983, 18.

³²vgl. N.Lechner 1985, 57;

³³vgl. V.Palermo 1985 a, 102f.

³⁴M.Dos Santos / D.García Delgado 1982, 217.

³⁵J.C.Portantiero 1982, 90.

Die Verweigerung von vorher als selbstverständlich geltenden grundlegenden Menschenrechten durch die Militärdiktatur ließ konstitutionelle Rechte und Garantien nun als historische Errungenschaften, als notwendige und unverzichtbare Bedingungen für privates und öffentliches Leben erscheinen³⁶. Die Forderung nach Wiederherstellung dieser Rechte bedeutete zum einen die Einführung ethischer Aspekte in die politische Diskussion (im Sinne des Nachdenkens über die Beziehung zwischen Zielen und Mitteln politischen Handelns)³⁷, sie trug daneben zur Herstellung einer weitreichenden gesellschaftlichen Solidarität bei, da sie ein "kleinster gemeinsamer Nenner" für fast alle gesellschaftlichen Gruppen war. In diesem Zusammenhang wurde auch die Gewaltfrage neu diskutiert. Hatte Gewalt seit Ende der sechziger Jahre bei einigen Gruppen als notwendiges, unvermeidliches und daher legitimes Mittel des politischen Kampfes gegolten, so wurde sie nun sehr stark in Frage gestellt. Erstens, weil sie sich als ineffizientes Mittel zur Realisierung der eigenen politischen Ziele erwiesen hatte und zweitens, weil man erleben mußte, wie effektiv die Diktatur sie als Mittel zur Errichtung autoritärer und hierarchischer Sozialbeziehungen einsetzte. Die Berufung der Militärs auf die "Doktrin der Nationalen Sicherheit" mit ihrer Übertragung des Ost-West-Gegensatzes auf die Innenpolitik hatte zur Charakterisierung oppositioneller Gruppen als "Agenten des internationalen Marxismus, gegen den die Militärs in einem selbsternannten Kreuzzug zugunsten westlicher Werte vorgehen müßten"³⁸, geführt. Dieser Versuch, jeglichen Dissens zu eliminieren, ließ gesellschaftlichen und politischen Pluralismus nun in einem neuen Licht erscheinen: Als notwendige Bedingung politischen Handelns. Einer totalisierenden und Differenzen ausschließenden Rationalität, die für sich in Anspruch nahm, auf absoluten Wahrheiten zu basieren, wurde eine pluralistische Rationalität entgegengesetzt, die von der strukturell vorgegebenen Existenz sozialer Konflikte ausging und dementsprechend nicht auf das Aufzwingen von Konsens, sondern auf die Kanalisierung von Dissens abzielte. In einer solchen Logik erhielten auch Parteien und Parlament wieder eine Funktion³⁹.

Marxismus und Doktrin der Nationalen Sicherheit ist ein

³⁶vgl. M.Dos Santos / D.García Delgado 1982, 214.

³⁷vgl. A.Flisfisch 1983, 20.

³⁸N.Werz 1987 b, 151.

³⁹Zur Unterscheidung zwischen totalisierender und pluralistischer Rationalität vgl. FUNDECO 1982, 17.

Interpretationsschema gemeinsam: Die Gegenwart gilt als Übergang zur Verwirklichung einer Utopie. Politisches Handeln hat infolgedessen lediglich instrumentellen Charakter: Nicht Vermittlung durch politische Institutionen ist das Ziel, sondern die Überwindung von Politik an sich und die Errichtung einer "Post-Politischen Ordnung"⁴⁰. Die Abkehr von dieser instrumentellen Logik und die Erkenntnis, daß institutionelle Vermittlung in einer modernen Massengesellschaft unverzichtbar ist, führte zur Wiederaufwertung von Institutionen und Mechanismen, die Gewaltenteilung, Mediation und Regulierung gesellschaftlicher Interessen garantieren sollen. Zusammenfassend kann man die Neubewertung demokratischer Spielregeln auf einen Nenner bringen, den Norbert Lechner treffend charakterisiert:

"Nach der autoritären Erfahrung erschien die Demokratie mehr als Hoffnung denn als Problem"⁴¹.

Die Veränderungen im Bereich der politischen Kultur waren begleitet von Modifikationen im Bereich der politischen Partizipation, und zwar sowohl im Hinblick auf Partizipationskanäle als auch im Hinblick auf Partizipationsformen⁴².

Seit Ende der 60er Jahre hatte sich politische Partizipation in zunehmendem Maße außerhalb der Parteien abgespielt. Politische Bewegungen, Gewerkschaften, Studentenorganisationen und Guerillagruppen hatten einen Aktivismus propagiert, der nicht über institutionalisierte Partizipationskanäle ablief, sondern die direkte, zum Teil gewalttätige Auseinandersetzung mit Regierung und System suchte und zu einem nicht geringen Teil auf die revolutionäre Überwindung eben dieses Systems abzielte. Die politischen Parteien, allen voran Peronismus und Radikalismus, waren nicht dazu in der Lage, als Transformationsriemen für das in der Gesellschaft vorhandene Partizipationspotential zu wirken und konnten es nicht in Bahnen lenken, die zur Stabilisierung des Systems

⁴⁰N. Lechner 1985, 65.

⁴¹N. Lechner 1985, 58; Die Neudiskussion des Demokratiethemas umfaßt mindestens drei weitere Aspekte:

1. Die Aufwertung der Gesellschaft gegenüber dem Staat. (vgl. Lechner 1985, 65);
2. Die Feststellung, daß Demokratie auf Dauer ohne die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse der Bevölkerung weder lebensfähig ist, noch ethischen Vorstellungen im Sinne von "guter Ordnung" entspricht. (vgl. zu diesem Problem die Aufsätze von A. Borón 1986 und F. Molina V. 1985);
3. Die Reflexion über die Notwendigkeit eines Paktes, d.h. der Suche nach einer komplexen Übereinkunft zwischen den verschiedenen Akteuren über a) die Wiederherstellung fundamentaler Spielregeln des politischen Lebens (konstitutioneller Pakt), b) die Aushandlung eines Zeit- und Themenplans für den Übergang zur Demokratie (politischer Pakt) und c) die Etablierung von Mechanismen zur Herbeiführung sozioökonomischer Übereinkünfte. (vgl. N. Lechner 1985, 66).

⁴²vgl. zum folgenden D. García Delgado 1984.

beigetragen hätten. Dazu wäre es erforderlich gewesen, die Forderungen - manifestiert durch zahlreiche Streiks, Demonstrationen bis hin zu terroristischen Gewalttaten - zu aggregieren und für Ausgleich bzw. Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Akteuren und Gruppen zu sorgen, aber auch, wirkliche Partizipation im Sinne von Teilhabe an Entscheidungen zu ermöglichen. Da die Parteien diese Funktionen nicht erfüllten, verloren sie zum einen immer mehr ihre gesellschaftliche Legitimation und steigerten die Frustration derer, die auf Teilnahme und Teilhabe drängten, sie konnten zum anderen nicht verhindern, daß die Forderungen "nackt" und unvermittelt auf ein System trafen, das damit völlig überfordert war und so zum Musterbeispiel dessen wurde, was Huntington als Prätorianismus bezeichnet hat⁴³. Es mußte insofern überraschen, daß 1983 genau jene beiden Parteien, denen 7 Jahre zuvor von allen Seiten Versagen vorgeworfen worden war - und die dies mehr oder weniger selbst auch kaum anders gesehen hatten - nämlich Peronismus und Radikalismus, die politische Auseinandersetzung bestimmten und während des Wahlkampfes polarisierend auf die Wähler wirkten. Die neugewonnene Attraktivität der Parteien ist zum einen auf die oben geschilderten Veränderungen im Bereich der politischen Kultur zurückzuführen, zum anderen auf die interne Transformation der Parteien - vor allem der UCR - im Sinne einer Modernisierung ihrer Strukturen. Dieser "Verparteilichung der Politik" (partidización de la política)⁴⁴ war ein anderes Phänomen vorausgegangen, das zur Inkorporation neuer Akteure, Partizipationsformen und Partizipationsstile in die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung geführt hatte: Das Auftauchen der sogenannten "Neuen sozialen Bewegungen"⁴⁵. Vor allem die Menschenrechtsorganisationen traten zum Teil bereits zu einem Zeitpunkt mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit, zu dem die Parteien Auseinandersetzungen mit der Diktatur noch so weit wie möglich aus dem Weg gingen und auf Protestmaßnahmen

⁴³ vgl. S.P.Huntington 1968, 87ff. und 192ff.

⁴⁴ D.García Delgado 1984, 91.

⁴⁵ vgl. dazu für Lateinamerika allgemein: D.Slater 1985; M.A.Seligson / J.A.Booth 1979; zu Argentinien: S.Maiwaring / E.Viola 1985; D.García Delgado 1984, 101ff.

verzichteten⁴⁶. García Delgado faßt ihre Charakteristika in vier Punkten zusammen⁴⁷:

1. Sie etablierten eine auf Werten (vor allem dem Recht auf Leben als Grundbedingung der politischen Ordnung) basierende weitreichende gesellschaftliche Solidarität. Indem sie ihre Forderungen sowohl an den Staat als auch an die politischen Parteien richteten, zwangen sie diese dazu, sich intensiv mit dem Thema Menschenrechte auseinanderzusetzen und machten es zu einem beherrschenden Thema des 83er Wahlkampfes.
2. Sie etablierten neue Formen des politischen Protests und Kampfes: Gewaltlosigkeit, zivilen Ungehorsam, Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Indem ihr Aktivismus gerade gegen die Gewalt gerichtet war, implizierte er auch eine deutliche Ablehnung der vor 76 herrschenden Militarisierung der Politik sowie die Forderung nach politischer Toleranz und der gegenseitigen Legitimierung der verschiedenen Akteure.
3. Ihr Handeln forderte die absoluten Machtansprüche des Staates heraus.
4. Ein Großteil der Menschenrechtsaktivisten war vorher nicht politisch aktiv gewesen. Insofern führte das Auftauchen der Menschenrechtsorganisationen zur Integration neuer Gruppen in die politische Auseinandersetzung.

Inwieweit sich die hier dargestellten Veränderungen im Bereich der Politischen Kultur und politischen Partizipation als dauerhaft erweisen, steht an dieser Stelle nicht zur Debatte. Unbestritten ist jedoch, daß sie einen entscheidenden Einfluß auf den Wahlkampf des Jahres 1983 und den Ausgang der Wahlen hatten.

⁴⁶Die bedeutendste dieser Organisationen ist die der "Madres de la Plaza de Mayo". Diese aus den Müttern "Verschwundener" bestehende Bewegung trat jeden Donnerstag mit der Forderung an die Öffentlichkeit, Auskunft über das Schicksal ihrer Kinder zu erhalten und verlangte vom Staat die Gewährleistung der grundsätzlichen Menschenrechte, vor allem des Rechts auf Leben. Die Forderungen der Madres waren weder verhandelbar, noch zielten sie auf die Gewährung materieller Verbesserungen. Sie unterschieden die Bewegung damit grundsätzlich von konventionellen Interessenorganisationen. Ihr Entstehen war eine direkte Reaktion auf den Terror der Diktatur. Das Echo auf ihre Bemühungen war allerdings im Ausland zunächst wesentlich stärker als in Argentinien selbst, wo sie über Jahre hinweg eine kleine und relativ isolierte Gruppe blieben. Erst nach dem definitiven Zusammenbruch der Diktatur infolge des Falklandkrieges gelang es ihnen, die innerargentinische Diskussion auf die Themen Menschenrechte, Staatsterrorismus und "Verschwundene" zu lenken und eine neue Sensibilität in großen Teilen der Gesellschaft zu bewirken. vgl. S.Maiwaring / E.Viola 1985, 51.

⁴⁷vgl. zum folgenden D.García Delgado 1984, 102ff.

4. Der Wahlkampf des Jahres 1983

Der eigentliche Wahlkampf für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober 1983 war relativ kurz. Erst etwa eineinhalb Monate vor den Wahlen stellte die UCR der Öffentlichkeit ihr Mitte Juni vom Nationalkonvent verabschiedetes Wahlprogramm vor¹.

Schlüsselwörter in diesem Programm waren die "Behebung des nationalen Notstandes", die "Konsolidierung der Demokratie" und die "Schaffung der Grundlagen für eine langanhaltende Periode der Stabilität, Gerechtigkeit und Entwicklung". Man betonte die Bedeutung der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte und versprach die Aufhebung des Ausnahmezustandes sowie jeder Form von Zensur und ideologischer Diskriminierung. Im Bereich Militärpolitik kündigte man Anstrengungen zur Entpolitisierung und Professionalisierung der Streitkräfte an, versprach eine drastische Kürzung der Militärausgaben, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht sowie die Entmilitarisierung und Reorganisation der Geheim- und Sicherheitsdienste. Im Bereich Wirtschaftspolitik sollte die Bekämpfung von Elend, Arbeitslosigkeit und Inflation Vorrang haben. Mittel zur Verfolgung dieser Ziele würden eine allgemeine Reaktivierung der Wirtschaft, die Förderung von Industriegüterexporten, die gezielte Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe, die Ausrichtung ausländischer Investitionen am nationalen Interesse und die Enteignung brachliegender Latifundien sein. Die Gewerkschaftsgesetzgebung sollte in einer Weise reformiert werden, die allen Arbeitern in den verschiedenen Gremien freie und demokratische Partizipation ermöglichen würde.

Programmatische Differenzen zwischen den beiden großen Parteien - die sich im übrigen eher in Nuancen als im Grundsätzlichen unterscheiden² - spielten im Vorfeld der Wahlen allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Zur

¹vgl. zum folgenden die Dokumente 7/133(287f.) und 9/86(371) in CISEA 1984.

²vgl. A.Haffa 1984, 22; Auch R.Sidicaro betont, daß die Wahlprogramme der beiden großen Parteien bei den letzten Wahlen eine Vielzahl von Übereinstimmungen aufwiesen: "Beide Parteien fordern den Ausbau der Demokratie, der mit der Verringerung sozialer Ungerechtigkeiten und dem Ausbau der Chancengleichheit im Bildungssystem verbunden wird. Beide Parteien treten für die Verteidigung der kulturellen Identität ein. Im Bereich der Wirtschaft wird die Modernisierung der produktiven Strukturen mit der Fortsetzung des Industrialisierungsprozesses identifiziert. Beide Parteien messen den Wirtschaftsinterventionen des Staates eine hohe Bedeutung zu. Die Forderung, das nationale Kapital den transnationalen Unternehmen zu bevorzugen, wird von beiden Kräften erhoben. Auch die Unzufriedenheit mit der produktiven Entwicklung im Agrarsektor und die Bereitschaft zu Reformen in diesem Bereich sind ein Gegenstand der Übereinstimmung. Beide Parteien schließlich wollen für Argentinien mehr Unabhängigkeit auf dem Felde der internationalen politischen Beziehungen durchsetzen" (R.Sidicaro 1984, 18).

entscheidenden Frage entwickelte sich, welchem der beiden Präsidentschaftskandidaten - dem Peronisten Lúder oder dem Radikalen Alfonsín - es mit größerer Glaubwürdigkeit gelingen würde, die Hoffnungen der Wähler auf Frieden und Demokratie zu verkörpern. Das heißt, es ging in diesem Wahlkampf weniger um Programme, sondern mehr um einen bestimmten politischen Stil, weniger um Interessen, sondern in erster Linie um Werte. Der Wahlkampf der UCR war völlig zugeschnitten auf den Spitzenkandidaten Alfonsín, dessen Wahlkampfstrategen ihn mit Hilfe einer großangelegten Medienkampagne gezielt ins Bild setzten. Gary Wynia zitiert einen Journalisten, dessen Äußerungen einen Eindruck davon geben, welches Image man den Wählern zu vermitteln suchte:

"Als ich zu einem Treffen mit Alfonsín kam, hielt er gerade seinen dreizehnten Enkel in den Armen. Er war derselbe warmherzige und achtbare Mann, derselbe überzeugte Demokrat, derselbe Verfechter von Recht und Gesetz. Aber als die Argentinier seine Wahlkampagne betrachteten, bemerkten sie, daß irgendetwas mit ihm passiert war. Er war die Person geworden, die dazu in der Lage schien, Argentinien zu retten"³.

Alfonsíns Charisma verband sich mit der Betonung seiner moralischen Integrität, die er als Menschenrechtsaktivist und von Beginn an überzeugter Gegner des Falklandkrieges für sich beanspruchte. Bereits im Juni 1983 bemerkte eine argentinische Zeitschrift zu seiner steigenden Popularität:

"Er ist dabei, sich in den Führer einer an Stärke gewinnenden Koalition zu verwandeln, die schon jetzt Leute einschließt, die es unter anderen Umständen bevorzugen würden, einen viel weiter links oder rechts stehenden Politiker zu wählen; und diese Koalition kann auf weiteren Zuwachs von Seiten derjenigen Peronisten hoffen, die durch das Verhalten einiger Führer der Bewegung desillusioniert sind und mit einem eventuellen Wahlsieg ihres eigenen Präsidentschaftskandidaten unzufrieden wären"⁴.

Alfonsín setzte auf diese Unzufriedenheit vieler peronistischer Wähler mit ihrer innerlich zerstrittenen Partei. Mit Äußerungen wie

"Wenn wir die Wahlen gewinnen, dann werden wir es mit den Stimmen der Arbeiter tun"⁵ oder

"Wir könnten die Wahlen niemals gewinnen, wenn uns nicht die Arbeiter wählen würden. Um ehrlich zu sein, ich bin überzeugt, daß wir mit peronistischen Stimmen gewinnen werden"⁶

warb er gezielt um die Stimmen derer, die nicht zur traditionellen sozialen Basis der UCR gehörten. Zu dieser Strategie gehörte auch ein deutlicher Konfrontationskurs gegenüber den Streitkräften - hier in erster Linie die Ankündigung, das Amnestiegesetz sofort nach den Wahlen für nichtig zu

³Robert Cox in der Zeitschrift "The New Republic" am 19. März 1984, zitiert nach G.Wynia 1986, 137.

⁴zitiert nach CISEA 1984, 230 (Doc.109).

⁵zitiert nach CISEA 1984, 341 (Doc.7).

⁶zitiert nach CISEA 1984, 392 (Doc.9).

erklären - und gegenüber der peronistischen Gewerkschaftshierarchie. Bereits vor seiner offiziellen Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten, Ende April 83, hatte er öffentlich von einem angeblichen Geheimpakt zwischen den Streitkräften und einem Teil der Gewerkschaftshierarchie gesprochen. Dieser Pakt, behauptete Alfonsín, solle nach einem Wahlsieg der Peronisten dazu dienen, über die von den Militärs während des "Schmutzigen Krieges" begangenen Verbrechen einen Mantel des Schweigens zu hüllen, die Kontinuität der gegenwärtigen Militärführung sicherzustellen und die für den Fall eines UCR-Wahlsieges angekündigte Reorganisation der Streitkräfte zu verhindern.

"Wir klagen diese Gefahr an und sind uns der damit verbundenen Risiken bewußt. Uns werden jene attackieren, die nicht wollen, daß sich etwas ändert in der Republik. Militärische, gewerkschaftliche und oligarchische Minderheiten werden uns gegenüberreten. Wir veröffentlichen dies, um die Kampfinstrumente der Arbeiter zu verteidigen und zu konsolidieren und nicht, um falsche Aufsplitterungen des Volkes herbeizuführen. ... Damit niemand sich täuscht, dies sind keine antiperonistischen Parolen"⁷.

Alfonsín konnte nie Beweise für den von ihm denunzierten Pakt erbringen, aber schon die Plausibilität einer solchen Absprache - es wäre nicht die erste in der jüngeren argentinischen Geschichte gewesen - genügte, um die öffentliche Diskussion anzuheizen und um sich selbst als einzigen Garanten für die Demokratie zu profilieren.

Dies implizierte gleichzeitig einen Bruch mit der Formel der "Hora del Pueblo" von 1971⁸. Zwar bescheinigte Alfonsín seinem Gegenkandidaten Lúder persönliche Integrität und betonte mehrfach, er wolle den alten Antagonismus zwischen Peronismus und Antiperonismus nicht wiederaufleben lassen, gleichzeitig sprach er und seine Partei dem Peronismus jedoch mehr oder weniger deutlich die Fähigkeit ab, die von allen Seiten geforderte Etablierung demokratischer Spielregeln zu gewährleisten:

"Ricardo Balbín hat Schluß gemacht mit der Antinomie zwischen Peronismus und Antiperonismus, und wir sind nicht dazu geneigt, sie zu erneuern, aber die Option heißt jetzt: Demokratie-Antidemokratie"⁹.

"Wirkliche Stabilität wird das Land an dem Tag erlangen, an dem der Peronismus die Wahlen verliert. Und das ist die große Chance"¹⁰.

Um den Wählern diese Botschaft zu vermitteln, betrieb die UCR nicht nur die schon erwähnte großangelegte Medienkampagne, es gelang ihr auch, ihre Anhänger für Großkundgebungen zu mobilisieren und so mit dem Image der

⁷R. Alfonsín auf einer Pressekonferenz am 2. Mai 1983, zitiert nach CISEA 1984, 237f.

⁸vgl. zu dieser These M. Cavarozzi 1986 a, 22f.

⁹R. Alfonsín in Clarín vom 8.9.1983, zitiert nach CISEA 1984, 355 (Doc. 42).

¹⁰Der Radikale E. Vanoli in Clarín am 8.9.1983, zitiert nach CISEA 1984, 355 (Doc. 42).

Komiteepartei zu brechen: 100.000 in Córdoba, 400.000 in Rosario, ca 1 Million Menschen auf dem Platz der Republik in Buenos Aires beim "größten Fest der UCR in den letzten 50 Jahren"¹¹ - solche Menschenmassen hatte früher nur Perón auf die Straße gebracht. Umfrageergebnisse ließen dann auch ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Lúder und Alfonsín erwarten, wobei allerdings von vornherein feststand, daß die PJ das schlechteste, die UCR dagegen das beste Wahlergebnis ihrer Parteigeschichte zu erwarten hatte¹².

5. Die Wahlen vom Oktober 1983. Ergebnis und Analyse

Ein argentinischer Sozialwissenschaftler hat die Wahlen des Jahres 1983 als die "dritte politische Wasserscheide des Jahrhunderts"¹³ für das Land bezeichnet - in ihrer Dimension nur vergleichbar mit dem Sieg Yrigoyens im Jahr 1916 und demjenigen Peróns 1946.

Die UCR ging als unerwartet klarer Sieger aus dem Gang an die Urnen¹⁴ hervor. Ihr Präsidentschaftskandidat Alfonsín konnte 52% der Stimmen erringen, gegenüber 40% für den Peronisten Lúder. Im Abgeordnetenhaus erhielt die UCR mit knapp 51% der Stimmen und 129 von 254 Sitzen die absolute Mehrheit, gegenüber 44% (111 Sitzen) für die PJ, 3 Sitzen für die PI und 2 Sitzen für die UCeDe. Im 46-köpfigen Senat behielt die PJ zwar mit 21 Sitzen (43,7%) eine relative Mehrheit, aber auch hier konnte die UCR mit 18 Sitzen (39,1%) sehr zufrieden sein - das Ergebnis schuf zumindest die potentielle Möglichkeit, mit Unterstützung einzelner Provinzsenatoren (insgesamt 6) eine Mehrheit herzustellen.

Die UCR siegte am deutlichsten in den wirtschaftlich moderneren und wohlhabenderen Provinzen: in Córdoba (56%), Mendoza (58%), Rio Negro (54%) und der Hauptstadt Buenos Aires (64%) lagen ihre Ergebnisse zum Teil deutlich über dem Landesdurchschnitt. Gleichzeitig konnte sie in den rückständigeren Provinzen, die neben der Provinz Buenos Aires traditionelle Hochburgen der Peronisten darstellten, zwar die PJ nicht überflügeln, wohl aber deutliche Zugewinne verzeichnen: In Jujuy erhielt sie zum Beispiel zehnmal so viele Stimmen wie 1973, in San Luis und Tucumán fünfmal so

¹¹ zu den Zahlenangaben vgl. CISEA 1984, 391f. (Doc.9) und 428 (Doc.106).

¹² vgl. zu den Umfrageergebnissen A.Haffa 1984, 25f. und CISEA 1984, 393f. (Doc.11).

¹³ C.A.Floria 1987, 156.

¹⁴ zu Wahlgesetzgebung, Durchführung der Wahlen und den genauen Ergebnissen vgl. A.Haffa 1984.

viel¹⁵. Neben dem überdurchschnittlich guten Ergebnis für die Radikalen - sie konnten im Landesdurchschnitt im Vergleich zu 1973 ihren Stimmenanteil praktisch verdoppeln - und dem schlechten Abschneiden der Peronisten - sie verloren gegenüber 1973 rund 10% an Wählern - fiel vor allem die starke Konzentration der Stimmen auf die beiden großen Parteien auf: Mehr als 90% der Wähler hatten sich für UCR oder PJ entschieden, während die beiden Parteien 1973 nur etwa 70% der Stimmen auf sich vereinigt hatten. Trotz des Verhältniswahlrechts war es nicht zu einer Zersplitterung der politischen Landschaft gekommen.

Historisch gesehen waren die Wahlen in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: Zum einen zerstörten sie den Mythos von der "heimlichen Mehrheit" und Unbesiegbarkeit des Peronismus in freien Wahlen¹⁶. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte sah sich die PJ mit einer - auch aus ihrer eigenen Perspektive - legitimen Regierung konfrontiert, während man von ihr nun die Rolle einer loyalen Opposition erwartete. Zum anderen bedeutete das Wählervotum die Tendenz zur Etablierung eines Zweiparteiensystems. Den Peronisten wurde innerhalb des politischen Entscheidungsprozesses eine wichtige Rolle zugewiesen, denn sie gewannen immerhin die Mehrheit der Provinzgouverneursposten und eine einfache Mehrheit im Senat. Anders als 1946, 1958 und 1973 monopolisierte die siegreiche Partei nach den Wahlen 1983 nicht sämtliche Machtpositionen¹⁷.

Der Erdrutschsieg des Radikalismus wird von Wahlanalysen auf unterschiedliche Erklärungsmuster zurückgeführt. Eine Interpretationslinie sieht den Sieg der UCR als Konsequenz weitreichender Veränderungen in der städtischen Beschäftigungs- und Sozialstruktur. Der Rückgang der Industriearbeiterschaft um mehr als ein Viertel in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre¹⁸ - eine Konsequenz der neoliberalen Wirtschaftspolitik der

¹⁵ vgl. L.Gonzalez Esteves/I.Llorente, 1985, 40.

¹⁶ 1946 und 1951 gewannen die Peronisten die Präsidentschaftswahlen, 1958 war ihre Teilnahme an den Wahlen untersagt, 1963 hatten die Militärs angekündigt, daß Stimmen für peronistische Parteien für ungültig erklärt würden, 1973 gewannen die Peronisten erneut.

¹⁷ vgl. C.A.Floria 1987, 156.

¹⁸ vgl. D.Rock / S.E.Avellano 1986, 192.

Militärs - und die starke Zunahme des "Cuentapropismo"¹⁹ hätten die soziale Basis des Peronismus nachhaltig geschwächt und die der UCR gestärkt. Mit den Cuentapropistas wachse nach und nach eine "neue Mittelklasse" mit kapitalistischem Unternehmergeist heran, die bei Wahlen am ehesten der UCR zuneige. Wenn diese strukturelle Argumentation zuträfe, könnte sie der UCR unter Umständen eine dauerhafte Stimmenmajorität bescheren. Dagegen lassen sich allerdings zwei Einwände vorbringen: Zum einen weisen Rock/Avellano darauf hin, daß Cuentapropismo weniger sozialen Aufstieg und Verbürgerlichung bedeutet, sondern vielmehr sozialen Abstieg, Verarmung und Marginalisierung. Solche Strukturveränderungen müssen dann nicht unbedingt auf dem Habenkonto-der UCR zu Buche schlagen²⁰. Zum anderen berücksichtigt eine ausschließlich auf längerfristigen Strukturveränderungen basierende Analyse weder, daß sich die Mehrheit für die UCR erst relativ kurz vor den Wahlen herauskristallisierte - noch im Juni 1982 glichen die Umfrageergebnisse in der Stimmenrelation PJ-UCR stark den Wahlergebnissen vom März 1973 - noch, daß die Wirtschaftspolitik im Wahlkampf als Thema nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte.

Andere Interpretationen führen den Wahlsieg der UCR darauf zurück, daß sich der Peronismus in einer tiefgreifenden Identitätskrise befand, während die UCR durch die innerparteiliche Erneuerung nach dem Tode Balbíns das Image einer Partei des kleinbürgerlichen Mittelstandes ablegen und sich gegenüber der von den Militärs hinterlassenen allgemeinen Krise als die geschlossenste und zur Lösung der anstehenden Probleme befähigste politische Kraft präsentieren konnte²¹. Alfonsín überzeugte mit seinem persönlichen Stil und konnte sich als politischer Führer präsentieren. Im Gegensatz zu Lúder, der als Kompromißkandidat seiner Partei nur schwer gegen das Bild ankämpfen konnte, er sei von einigen peronistischen Gewerkschaftsbossen abhängig, konnte Alfonsín auf die rückhaltlose Unterstützung der gesamten Partei zählen und sich gleichzeitig selbst jenen Grad an Autonomie erhalten, den man von einem starken Präsidenten

¹⁹ cuenta propia = auf eigene Rechnung. Cuentapropistas nennt man diejenigen, die sich im informellen Sektor der argentinischen Wirtschaft mit Dienstleistungen wie Schuhputzen oder Zeitungsverkauf bzw. mit der Herstellung und dem Verkauf von Gebrauchsgütern des täglichen Bedarfs (von der Glühbirnenfassung bis zum Wasserschlauch) ihren Lebensunterhalt verdienen. Die starke Zunahme des Cuentapropismo seit Ende der 70er Jahre steht im Zusammenhang mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie. Rund 2,5 Millionen Cuentapropistas, mehr als doppelt so viele wie Industriearbeiter, schätzte man für das Jahr 1984. Damit stellen die Cuentapropistas fast ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung. vgl. "Tiempo Argentino" (Buenos Aires) vom 11.12.1985.

²⁰ vgl. D.Rock / S.E.Avellano 1986, 193.

²¹ vgl. R.Sidicaro 1984, 27.

erwartete²². Die UCR hatte darüberhinaus mehr Sensibilität als die PJ für die von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vorgebrachten antimilitaristischen Forderungen gezeigt, während es den Peronisten nicht gelungen war, sich als überzeugende Verfechter einer Entmilitarisierung der Politik zu profilieren.

Das deutliche Votum für Alfonsín war nicht gleichbedeutend mit einer grundsätzlichen Ablehnung des Peronismus. Dies wird auch durch die Tatsache verdeutlicht, daß eine ganze Reihe von Wählern von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch machten. Sie wählten Alfonsín als Präsident und stimmten gleichzeitig für einen peronistischen Kongreßkandidaten²³.

Angesichts der Tatsache, daß es den Wählern bei diesen Wahlen in erster Linie um ein Votum für die politische Demokratie ging, spielten bei der Beurteilung der UCR sowohl neue Elemente (Zugehen auf Studenten und Arbeiter, Aufbrechen der klientelistischen Parteistrukturen, kämpferischer, aggressiverer Stil) wie auch traditionell mit der UCR in Verbindung gebrachte Merkmale (Respekt vor ethischen Normen, Legalität und Verfassung) eine Rolle. Den letztgenannten Charakteristika wurde im übrigen im Jahr 1983 eine völlig andere Bedeutung zugemessen als bei früheren Wahlen:

"Ganz offensichtlich ist sein (Alfonsíns, d.V.) Triumph auf die Tatsache zurückzuführen, daß er ins Zentrum seiner Wahlkampagne eine Losung rückte, die die verschiedenen politischen Eliten als banal zurückgewiesen hatten: Den Aufbau eines Rechtsstaates. Das war ein bemerkenswerter Wandel der in den Volksparteien vorherrschenden politischen Kultur, die sich immer um andere Antimonien - wie Volk versus Oligarchie oder Befreiung versus Abhängigkeit - gedreht hatte"²⁴.

Die Wahlanalytiker interessierte nicht nur, welche Items für den Wahlsieg der UCR von ausschlaggebender Bedeutung gewesen waren, sondern auch die Frage, welche neuen Wählerschichten die Partei hinzugewonnen hatte. Catterberg interpretiert die Wahlen auf der Basis von im Juni 1982, Mai 1983 und Mai 1984 durchgeführten Umfragen in den großen Industriezentren des Landes²⁵. Er teilt die Befragten entsprechend ihrem sozioökonomischen

²² vgl. E.R.Catterberg 1985, 267.

²³ vgl. G.Wynia 1986, 141.

²⁴ J.C.Portantiero 1987 a, 275f.

²⁵ Catterberg befragte im Juni 1982 und Mai 1984 jeweils ca 1700 Personen in der Hauptstadt, der Provinz Buenos Aires, Córdoba, Rosario und Mendoza nach ihren Wahlabsichten. Im Mai 1984, also kurz nach den Wahlen, interviewte er 2.000 Personen in der Hauptstadt, der Provinz Buenos Aires, Córdoba und Rosario. Bei dieser dritten Umfrage wollte er von den Befragten wissen, welchen Kandidaten sie gewählt hatten. vgl. dazu und zum folgenden E.R.Catterberg 1985.

Niveau in vier Klassen ein²⁶ und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Tabelle I: Unterstützung der verschiedenen politischen Parteien im Juni 1982, Mai 1983 und Mai 1984 (Angaben in %)

	Total	Gruppe a	Gruppe b	Gruppe c	Gruppe d
Juni 1982					
PJ	26	13	10	27	42
UCR	14	17	18	13	11
Andere	7	14	10	5	4
Weiß nicht	53	56	62	55	43
Mai 1983					
PJ	20	8	12	20	30
UCR	18	30	21	17	13
Andere	7	9	10	8	3
Weiß nicht	55	53	57	55	54
Mai 1984 (alle Befragten geben an, gewählt zu haben)					
Lúder	39	20	25	38	56
Alfonsín	54	71	67	53	41
Andere	7	9	8	9	3

Die Ergebnisse belegen, daß die UCR ihr Wählerpotential innerhalb ihrer traditionellen Wählerbasis, den oberen und mittleren Einkommensgruppen, stabilisieren und ausweiten konnte. Catterberg interessiert sich jedoch in erster Linie für die beiden unteren Gruppen. In der Gruppe c, wo das Verhältnis zugunsten der PJ vorher etwa bei 2 zu 1 lag, gelang es der UCR, die Peronisten zu überflügeln. Vor allem aber konnte sie die fast monopolartige Verankerung des Peronismus bei den niedrigsten Einkommensgruppen (Gruppe d) aufbrechen. Während das Verhältnis hier vorher etwa 4 zu 1 zugunsten der Peronisten betrug, lag es bei der Wahl nur noch etwa bei 3 zu 2 zugunsten der PJ.

Hierin sieht Catterberg die eigentlich historische Bedeutung des Wahlergebnisses vom Oktober 1983. Während der Peronismus früher für große Teile der Arbeiterklasse nicht nur die bevorzugte politische Partei gewesen sei, sondern für eine bestimmte Form des Regierens gestanden, die Normen und Modalitäten der Behandlung "politischer Fragen" und die Artikulation zwischen Gesellschaft und Staat bestimmt habe, während also früher für einen großen Teil dieser Schicht "Politik" gleichbedeutend gewesen sei mit "Peronismus", habe der heutige Peronismus diese umfassende Bedeutung aus verschiedenen Gründen verloren: Erstens wegen des Verlustes des

²⁶ Catterberg unterscheidet: a) sectores altos y medios (Ober- und gehobene Mittelschicht), b) sectores Medios medios (Mittelschicht), c) sectores Bajos estructurados, d) sectores Bajos no estructurados, marginales. Er gibt leider nicht genau an, wie diese Klasseneinteilung zustande kommt, weist jedoch die unteren beiden Klassen als:
-spezialisierte Arbeiter, Techniker, Verkäufer (Gruppe c) bzw.
-unqualifizierte Arbeiter, Marginalisierte (Gruppe d) aus.

charismatischen Führers Perón, zweitens wegen der mit der Regierung Isabel Perón verbundenen negativen Erinnerungen, drittens wegen der Nichtanpassung des peronistischen Diskurses an veränderte Erwartungen und Werte und viertens schließlich, weil mit Alfonsín und einer erneuerten UCR eine echte Alternative auf der politischen Bühne aufgetaucht sei²⁷.

Während Catterberg den Schlüssel für den Wahlsieg der UCR im Verhalten der ehemals peronistischen Stammwähler sieht, hält Mora y Araujo diesen Faktor für weniger bedeutend, er sieht in der Wählerbasis der UCR mehr eine Mitte-Rechts-Koalition²⁸. Um dies zu belegen, vergleicht er zunächst die Ergebnisse der Wahlen vom März 1973 mit denen des Oktober 1983 und zieht zusätzlich eine Umfrage heran, in der die 83er Wähler der UCR über ihre Wahlpräferenzen 1973 Auskunft geben sollen²⁹. Demnach setzt sich die "Alfonsín-Koalition" folgendermaßen zusammen:

30% wählten 1973 die UCR
 12% wählten 1973 die Peronisten
 20% wählten 1973 eine Mitte-Rechts-Partei
 4% wählten 1973 eine Links-Partei
 34% Neuwähler

Daraus folgt für Mora y Araujo: "Es gab eine Wanderung von Wählern der Rechts- und Zentrumsparteien in Richtung UCR. In diesem Sinne (...) kann man sagen, daß die neue Koalition eine Mitte-Rechts-Koalition ist"³⁰. Diese Hypothese versucht er zusätzlich zu belegen, indem er eine "ideologische Landkarte" Argentiniens konstruiert³¹, die die ideologischen Präferenzen der Argentinier in 5 Gruppen einteilt:

²⁷vgl. E.R.Catterberg 1985, 266.

²⁸vgl. zum folgenden M.Mora y Araujo 1985, der Aufsatz ist wiederabgedruckt in N.R.Botana u.a. 1985, 89-107.

²⁹Mora y Araujo stützt sich auf Analysedaten des Instituts SOCMERC. Er gibt in seiner Arbeit jedoch weder die Fallzahl an, noch, wo die Befragung durchgeführt wurde.

³⁰M.Mora y Araujo 1985, 41.

³¹Dabei stützt er sich auf Ergebnisse einer von SOCMERC durchgeführten Faktorenanalyse mit mehr als 120 Items betreffend "Haltung und Lebensstil" (Mora y Araujo 1985, 42). Er gibt allerdings keine Auskunft darüber, um welche Items es sich dabei im einzelnen handelt, noch, in welcher Form sie für die Konstruktion der "ideologischen Landkarte" bewertet wurden.

Tabelle 2 : Argentiniens "ideologische Landkarte"

Gruppe	Orientierung	% der Bevölkerung
A	Sozialdemokratisch (Präferenz für ein liberales politisches System, starke Betonung des Wohlfahrtsstaates)	35
B	Korporativistisch (Präferenz für eine soziale Ordnung, in der organisierte Sektoren und Institutionen eine zentrale Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen, aktive Rolle des Staates)	30
C	Liberal (Präferenz für eine Ordnung, die für Privateigentum und Einzelinitiative eintritt, limitierte Rolle des Staates)	20
D	Traditionell (Präferenz für "traditionelle" Werte, Betonung der "Moral", oft "autoritäre" Perzeption der sozialen Ordnung)	10
E	Links (Präferenz für eine entschieden kollektivistische Ordnung, sei sie explizit marxistischer Natur oder nicht)	5

Den Wahlerfolg der UCR führt Mora y Araujo auf eine Wählerkoalition der Gruppen A und C zurück: "...die Alfonsín-Koalition ist eine Koalition zwischen den sozialdemokratischen und liberalen Segmenten. (...) Ein entscheidendes Element für den Triumph Alfonsíns war es, daß er erfolgreich die antikorporativen Gefühle und Interessen eines großen Teils der argentinischen Gesellschaft ins Zentrum seiner Wahlaussagen rückte"³². Diese Aussage kann er allerdings anhand der Daten nicht belegen, er stellt sie lediglich als Hypothese in den Raum. Der Wahlsieg für die UCR drückt demnach den Wunsch der Mehrheit der Argentinier aus, den Widerspruch zwischen institutionellem System und korporativen Machtstrukturen aufzuheben, d.h., die Macht von Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Streitkräften, Kirche und staatlicher Bürokratie einzuschränken³³. Dieser Wunsch der Wähler steht jedoch nach Ansicht Mora y Araujos im Kontrast zur tatsächlichen Orientierung der UCR, die seiner Meinung nach weit mehr links angesiedelt ist. Daraus ergibt sich für ihn eine paradoxe Situation: Eine Mitte-Rechts-Koalition wird von einer Mitte-Links-Partei angeführt³⁴.

Ich halte dies allerdings für eine Überinterpretation der dieser Aussage

³²M.Mora y Araujo 1985, 43.

³³vgl.ebd., 44.

³⁴vgl. ebd.

zugrundeliegenden Daten, für die Konstruktion eines eher künstlichen als realen Gegensatzes zwischen Partei und Wählerbasis. Denn zum einen ist die Wählerbasis der "Alfonsín-Koalition" nicht so rechts, wie Mora y Araujo dies behauptet (die von ihm selbst angenommenen 12% ehemals peronistischen und 4% linken Wähler läßt er bei seiner Analyse völlig außer acht), zum anderen halte ich es für gewagt, die UCR als linke Partei zu charakterisieren, zumindest nicht "links" im Sinne der von Mora y Araujo gezeichneten "ideologischen Landkarte".

Im Zusammenhang betrachtet machen die Analysen Catterbergs und Mora y Araujos allerdings deutlich, daß die Stimmen für Alfonsín und die UCR 1983 nicht nur aus einem einzigen politischen oder ideologischen Lager kamen. Nur diese Heterogenität der Unterstützungsbasis machte den Wahlsieg der Radikalen möglich. Sie war jedoch im Hinblick auf die zukünftige Regierungspolitik von vornherein auch ein Manko, insofern es so gut wie unmöglich sein würde, die verschiedenen Interessen der Wähler gleichermaßen zu berücksichtigen.

V. Die UCR an der Regierung

1. Interne Entwicklungstendenzen und Konflikte nach 1983

Der deutliche Sieg der UCR bei den Wahlen des Jahres 1983 war nicht nur für viele Beobachter, sondern auch für große Teile der Partei selbst eine große Überraschung gewesen. Nur wenige hatten mit einem derart überzeugenden Wählervotum gerechnet, und dementsprechend unvorbereitet übernahmen die Radikalen die Macht. Als Partei, die zum letzten Mal vor mehr als 17 Jahren die Regierungsverantwortung innegehabt und die sich zwischenzeitlich schon beinahe an die Rolle der ewigen Opposition gewöhnt hatte, war es nicht einfach, sich in dieser neuen Situation zurechtzufinden. Zwar hatte die UCR ein umfangreiches Wahlprogramm vorgelegt, es sollte sich jedoch sehr bald zeigen, daß die dort aufgeführten Rezepte nur zum Teil angemessene Antworten auf die tiefgehende Krise des Landes liefern konnten. Dies führte in den folgenden Jahren nicht nur zu Konflikten mit der Opposition, sondern auch zu Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungspartei.

Ohnehin befand sich die UCR in einem internen Transformationsprozeß. Der progressivere Flügel um Raul Alfonsín hatte sich erst wenige Monate vor den Wahlen gegen die Konservativen innerhalb der Partei durchsetzen können. Zudem hatte sich angesichts der bevorstehenden Wahlen das allgemeine Interesse in erster Linie auf Alfonsín konzentriert. Die gemeinsame Unterstützung seiner Kandidatur hatte durchaus vorhandene politische Differenzen seiner Anhänger zunächst einmal zurückgedrängt.

Als solche Differenzen nach 1983 offen zutage traten, führten sie zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, die sich sowohl auf Partei- als auch auf Regierungsebene abspielten. Vor allem zwei Faktoren sind dafür verantwortlich, daß trotz dieser Konflikte größere interne Spaltungen vermieden werden konnten:

- Zum einen besitzt die UCR in Präsident Alfonsín eine unangefochtene Führungspersönlichkeit, einen "Schiedsrichter", der zudem durch sein eigenes Auftreten immer wieder versucht hat, die verschiedenen Parteiflügel zu integrieren und innerparteiliche Konflikte so weit wie möglich zu reduzieren.
- Zum anderen haben die internen Strukturen der Partei in den vergangenen Jahren Flexibilität bewiesen. Die UCR ist seit langem daran gewohnt, innerparteiliche Konflikte durch Wahlen beizulegen. Dies hatte es der Partei schon im Vorwahlkampf 1983 ermöglicht, die Reibungsverluste bei

der Auswahl des Präsidentschaftskandidaten niedrig zu halten¹. Dieser routinemäßige Umgang mit parteiinternen Wahlen, egal ob zur Ermittlung der Zusammensetzung von Parteigremien oder zur Nominierung von Kandidaten, unterscheidet die UCR von den Peronisten, die sich an solche Wahlprozeduren erst noch gewöhnen müssen und für die es schon eine kleine Sensation ist, wenn in diesem Jahr zum ersten Mal über die Nominierung eines peronistischen Präsidentschaftskandidaten durch direkte Wahlen unter allen Parteimitgliedern entschieden wird.

a) Die Auseinandersetzungen auf Parteiebene

Das Zentrum der innerparteilichen Auseinandersetzungen verlagerte sich nach 1983. Konnte man bis zu den Vorwahlen in groben Zügen von einem Konflikt zwischen den konservativen Vertretern der Línea Nacional um Fernando de la Rúa und den Anhängern Alfonsíns sprechen, so erwies sich nun eine eindeutige Dominanz des "Alfonsinismus". Línea Nacional fiel nach dem Wahlsieg der Partei mehr und mehr auseinander, ihre ehemaligen Mitglieder gingen Bündnisse mit Teilen des Alfonsín-Flügels ein. Zugleich trat die Heterogenität der Alfonsín-Fraktion nun offen zu Tage. Dabei kristallisierten sich rasch zwei Pole heraus:

- Die sogenannten "Históricos". Sie nahmen für sich in Anspruch, die historischen Traditionen des "Movimiento de Renovación y Cambio" (RyC) zu repräsentieren. Sie traten für eine moderate Haltung gegenüber der peronistischen Opposition und den Gewerkschaften ein.
- Die Mitglieder der "Junta Coordinadora Nacional" (JCN). Sie hatten in der Öffentlichkeit bis zu diesem Zeitpunkt meist als "junge Garde" des RyC gegolten, ohne daß damit größere Differenzen zwischen ihnen und den Históricos assoziiert worden wären.

Beide Gruppen hatten 1972 gemeinsam das "Movimiento de Renovación y Cambio" gegründet und es ist nicht ganz einfach, die Unterschiede zwischen Históricos und JCN exakt zu definieren. Sie beziehen sich weniger auf konkrete politische Inhalte, sondern mehr auf politische Strategien und Stilformen. Dabei spielen Altersunterschiede und daraus resultierende Generationenkonflikte zwischen den zum größten Teil aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Mitgliedern der JCN und den Históricos,

¹ Der Sieg Alfonsíns im innerparteilichen Machtkampf 1983 gegen De la Rúa erfolgte nach den gleichen Regeln wie seine Niederlage bei der Kandidatennominierung im Jahre 1972 gegen Balbín: Seit den 50er Jahren bereits praktiziert die UCR Vorwahlen, bei denen alle Mitglieder der Partei über die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten abstimmen. vgl. den Redebeitrag von Natalio Botana in D.Nohlen / A.Solari 1988, 263.

die zum Teil schon in den 60er Jahren unter Illia Regierungsämter innehatten, eine wichtige Rolle. Während die Históricos zur Konsolidierung der Demokratie auf einen gemäßigten politischen Stil, Integration und die Vermeidung interner Reibungsverluste durch bedingungslose Unterstützung der Regierungspolitik setzten, übertrug die JCN den im Wahlkampf gegenüber dem politischen Gegner kultivierten kämpferischen politischen Stil nun auch auf die Partearbeit und auf die Beziehungen zwischen Partei und Regierung. Nicht die Vermeidung interner Konflikte um jeden Preis, sondern eine Debatte ohne Tabus hielt die JCN für notwendig, um die UCR zu einer "organischen Kraft" und zu einem "Motor der Transformation" zu machen. Auch die Formulierung von Alternativen zur Regierungspolitik gehörte zu dieser Strategie².

Im Laufe des Jahres 1984 drehten sich die Dispute zwischen Históricos und JCN um die Erneuerung von Parteiämtern³. Die Satzung der UCR schreibt die Inkompatibilität von Regierungs- und Parteiämtern vor. Infolgedessen hätten normalerweise sowohl Präsident Alfonsín als auch Vizepräsident Martínez und zahlreiche Mitglieder des Nationalkomitees und der Provinzkomitees, die Posten innerhalb der Regierung bekleideten, von ihren Parteiämtern zurücktreten müssen. Innerhalb der Parteihierarchie waren zu diesem Zeitpunkt die wichtigsten Positionen mit Históricos besetzt. Ihr Rücktritt hätte der JCN gute Chancen eröffnet, ihr innerparteiliches Gewicht bedeutend zu verstärken. Die JCN sprach sich daher für die Anwendung der Parteisatzung aus. Um innerparteiliche Querelen um personelle Neubesetzungen zu vermeiden, schlug Präsident und Parteichef Alfonsín dem Nationalkonvent der UCR 1984 eine vorübergehende Suspendierung der Inkompatibilitätsklausel vor, wohl wissend, daß kaum jemand sich offen gegen diesen Vorschlag aussprechen würde. Denn es war kaum zu erwarten, daß die Partei indirekt den Rücktritt ihres bei weitem populärsten Politikers verlangen würde. Die Zustimmung des Nationalkonvents zum Vorschlag Alfonsíns war dann auch ein deutlicher Beleg für dessen allgemein

²vgl. Clarín Internacional vom 1.-7.12.1986.

³vgl. zum folgenden M.Cavarozzi 1986 a, 24f.

anerkannte privilegierte Position innerhalb der Partei⁴.

Die Aufhebung der Inkompatibilitätsklausel sorgte zwar für eine vorübergehende Einfrierung der Dispute und für relative innerparteiliche Ruhe im Laufe des Jahres 1984, den Vormarsch der JCN innerhalb der Parteistrukturen konnte dies jedoch nicht aufhalten. Der Eintritt von sechs Mitgliedern der JCN ins Parteipräsidium im Dezember 1985 verstärkte ihren Einfluß auf den Parteiapparat. Bei den internen Wahlen der Jahre 1985 und 1986 konnte die JCN ständig an Boden gegenüber den Históricos gewinnen⁵. Ihr Machtzuwachs zeigte sich auch bei der Aufstellung der Kandidaten für die Gouverneurswahlen im September 1987: In 9 von 22 Provinzen konnte die JCN ihre Kandidaten durchsetzen⁶. Nach der unverhofften Wahlniederlage kam es im Rahmen von gegenseitigen Schuldzuweisungen auch zu deutlicher Kritik von Seiten der Históricos an einzelnen prominenten Mitgliedern der JCN. Schärfere Konfrontationen konnten nur durch die persönliche Vermittlung Alfonsins noch einmal vermieden werden, dem es auch gelang, das Nationalkomitee der Partei im November 1987 zur Bildung einer Einheitsliste für die Wahl des Vorstandes zu überreden. Infolgedessen sind nach vorhergehenden Streitigkeiten auch weiterhin alle Fraktionen innerhalb der Parteispitze vertreten⁷.

⁴vgl. C.Altamirano 1987, 319. M.Cavarozzi weist auf die mit Alfonsins Strategie verbundenen Risiken hin: Zum einen sind die gewählten Offiziellen so stark von ihren Regierungsämtern in Anspruch genommen, daß die Handhabung von Parteiangelegenheiten de facto doch in die Hände anderer, nicht vollständig legitimer Personen fallen könnte. Zum anderen beschwört die doppelte Rolle Alfonsins als Partei- und Regierungschef den "Geist des Peronismus" herauf, wo die extreme Personalisierung von Autorität in der Person Peróns es der Partei erschwerte hatte, Mechanismen zur Institutionalisierung von Konflikten zu unterstützen und internen Pluralismus zu akzeptieren. vgl. M.Cavarozzi 1986 a, 25.

⁵So zum Beispiel bei den Parteiwahlen im Capital Federal (dem Distrikt der Bundeshauptstadt Buenos Aires) und in der Provinz Santa Fe. In beiden Fällen gelang der JCN der Sieg über die Históricos. vgl. WR 85-27; Bei den Internas in der Provinz Buenos Aires Ende 1986 behielten die Históricos zwar mit 62 % der Stimmen die Mehrheit, die JCN konnte ihren Stimmenanteil allerdings auf 38 % erhöhen. Die Provinz Buenos Aires gilt nicht nur allgemein als "Wahlthermometer" des Landes, sie ist auch für die UCR mit fast einer Million Mitgliedern der wichtigste Distrikt des Landes. vgl. C.Altamirano 1987, 321; Insbesondere bei diesen Wahlen wurde auch die fast vollständige Absorption der ehemaligen "Línea Nacional" durch die beiden Flügel des Alfonsinismus deutlich. vgl. Clarín Internacional vom 1.-7.12.1986.

⁶Insgesamt dominierten die beiden Fraktionen des Alfonsinismus in 17 von 22 Provinzen. Ausnahmen bildeten lediglich die Provinzen Santa Cruz, Santiago del Estero, Mendoza und Chaco, wo sich Vertreter der Línea Nacional durchsetzen konnten sowie Córdoba, wo mit "Línea Córdoba" eine Fraktion existiert, die schon immer ein relativ großes Eigengewicht innerhalb der UCR besaß. Línea Córdoba ist kein Bestandteil des Alfonsinismus, sie versteht sich selbst eher als dessen Verbündeter. Ihr Kandidat Eduardo Angeloz konnte sich gegen Carlos Becerra, den Vertreter der in Córdoba geeint auftretenden JCN/RyC-Fraktion, durchsetzen. vgl. Clarín Internacional vom 15.-21.6.1987.

⁷vgl. Clarín Internacional vom 30.11.-6.12.1987.

b) Die Auseinandersetzungen auf Parlaments- und Regierungsebene

Bei der Zusammensetzung seiner Regierungsmannschaft war Präsident Alfonsín 1983 darauf bedacht, die unterschiedlichen Strömungen der Partei und vor allem die ehemaligen Balbín-Anhänger zu integrieren. Er wählte für die wichtigsten Posten Vertreter der verschiedenen Fraktionen aus. Ungefähr zwei Drittel der Ämter in Ministerien, Zentralbank und staatlichen Unternehmen entfielen auf Vertreter des RyC, und hier vor allem auf die Históricos. Sie dominierten mit Bernardo Grinspun (Wirtschaft), Raúl Borras (Verteidigung), Roque Carranza (Öffentliche Dienste), Carlos A. Aramburu (Erziehung und Justiz) und Germán López (Generalsekretär des Präsidenten) eindeutig die Kabinettsliste⁸. Auf den wichtigen Posten des Innenministers berief der Präsident Antonio Tróccoli, einen seiner erklärtesten Gegner innerhalb der Línea Nacional⁹.

Daneben besetzte Alfonsín einige wichtige Posten mit Personen, die entweder überhaupt nicht oder erst seit kurzer Zeit der UCR angehörten: Außenminister wurde der über keine Erfahrungen in der praktischen Politik verfügende Sozialwissenschaftler Dante Caputo, ein enger Vertrauter des Präsidenten. Zum Planungssekretär ernannte Alfonsín den nicht der UCR angehörenden Wirtschaftswissenschaftler Juan Sourrouille¹⁰.

In den folgenden Jahren änderte sich die Zusammensetzung der Regierungsmannschaft in zweifacher Hinsicht. Zum einen berief Alfonsín zahlreiche parteilose Technokraten in wichtige Regierungsämter, zum anderen gelang es der JCN, ihre Präsenz innerhalb von Parlament und Regierung zu verstärken. Beide Entwicklungen gingen zu Lasten der Históricos und ließen kritische Stimmen aus der Partei laut werden¹¹. Der Vormarsch der Technokraten zeigte sich vor allem bei der Zusammensetzung der Wirtschaftsequipe der Regierung. Bereits im Februar 1985 wurde der mit seiner Politik gescheiterte Wirtschaftsminister Grinspun durch den

⁸vgl. RS 86-07.

⁹vgl. M. Cavarozzi 1986a, 23; Ein anderer Vertreter der Línea Nacional, Juan Carlos Pugliese, lehnte das ihm angebotene Verteidigungsministerium ab und ließ sich statt dessen zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses wählen. vgl. A. Haffa 1984, 36.

¹⁰Generell hat Präsident Alfonsín von Anfang an auf die Zusammenarbeit mit sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten gesetzt. Mehr als 20 hohe Regierungsfunktionäre und Präsidentenberater entstammen solchen Instituten. UCR-nahe Institute wie die Fundación Plural oder die FUCADE haben großen Anteil am "Aggiornamento" von Partei und Regierung gehabt. vgl. Clarín Internacional vom 16.-22.2.1987.

¹¹vgl. G. Wynia 1987, 6.

bisherigen Planungssekretär Sourrouille ersetzt, dessen Berufung die wirtschaftspolitische Wende in Form des Plan Austral einleitete. Gleichzeitig mit Sourrouilles Ernennung berief Alfonsín allerdings einen anderen Histórico, Alfredo Concepción, auf den für die Regulierung der Geldpolitik wichtigen Posten des Zentralbankchefs. Insofern bedeuteten die Personalentscheidungen des Februar 1985 noch einen Kompromiß, und dies wurde auch in den zahlreichen Konflikten zwischen Sourrouille und Concepción über die Gestaltung der Geldpolitik deutlich. Alfonsín beendete diese Konflikte im August 1986 mit der Ablösung Concepcións durch den ebenfalls parteilosen Technokraten José Luis Machínea. Seine Ernennung bedeutete eine Stärkung der Verfechter des Plan Austral und die völlige Zurückdrängung der Históricos - und damit der traditionellen wirtschaftspolitischen Rezepte der UCR¹² - aus den wirtschaftspolitischen Entscheidungszentren. Alfonsín hatte sich vielmehr für eine "importierte" Mannschaft entschieden, bei deren Zusammensetzung nicht Parteizugehörigkeit, sondern "technische Kompetenz" das wesentliche Kriterium bildete¹³. Die Lösung des Konfliktes zwischen "Parteilogik" und "technischer Logik" zugunsten der letzteren bedeutete gleichzeitig, daß sich die Regierung ein Stück weit von der Gesellschaft distanzierte, indem sie der Bekämpfung der Inflation gegenüber dem Eingehen auf verteilungspolitische Forderungen der gesellschaftlichen Gruppen Vorrang einräumte¹⁴.

Solange die Inflationsbekämpfung mehr oder weniger funktionierte, hielt sich die Partei mit öffentlicher Kritik an der Wirtschaftsequipe und ihrer Politik zurück. Mit der wiederansteigenden Inflationsrate flammte dann allerdings auch Kritik aus den eigenen Reihen auf. Erstmals zu Beginn des Jahres 1987 übten Wirtschaftsfachleute der UCR öffentliche Kritik an

¹² Damit sind die Konzepte der sogenannten "progressiven Liberalen" (der junge Frondizi, Grinspun, Carranza, Concepción, Germán López) gemeint, die für umfangreiche Staatsinterventionen in die Wirtschaft eintraten, um so die Partizipation der despriviligierten Klassen zu vergrößern und Redistributionsprozesse in Gang zu setzen. Sowohl die wirtschaftspolitischen Konzepte als auch die personelle Besetzung der wirtschaftspolitischen Entscheidungszentren in den ersten anderthalb Jahren der Regierung Alfonsín erinnerten an die Regierungszeit der UCRP unter Illia zwischen 1963 und 1966. vgl. M.L. Acuña 1984, 248ff; Ab Mitte 1985 eingeleitete Maßnahmen wie die Privatisierung von Staatsbetrieben, die Öffnung für ausländisches Kapital, die Integration mit Brasilien oder die generelle Redefinition der Rolle des Staates hatten mit dem Wahlprogramm der UCR von 1983 nicht mehr viel gemeinsam. vgl. Clarín Internacional vom 18.-24.8.1986.

¹³ Das Team von Wirtschaftsminister Sourrouille genoß seine Ausbildung zum überwiegenden Teil an US-amerikanischen Universitäten. vgl. G. Wynia 1986, 6; WR 86-34; Clarín Internacional vom 18.-24.8.1986 u.30.3.-5.4.1987.

¹⁴ vgl. L.de Riz 1988, 278.

Sourrouille und seiner Mannschaft. Die kritischen Stimmen häuften sich nach der deutlichen Wahlniederlage im September des Jahres, die nach allgemeiner Überzeugung vor allem auf die Wirtschaftspolitik der Regierung zurückzuführen war¹⁵.

Daß es trotzdem bisher nicht nur auch von Teilen der UCR gewünschten Ablösung Sourrouilles und einer Änderung der Wirtschaftspolitik gekommen ist, liegt vor allem an der Tatsache, daß Präsident Alfonsín sich in der Öffentlichkeit immer wieder vor seinen Wirtschaftsminister gestellt und dessen Politik als mit seinen eigenen Vorstellungen übereinstimmend bezeichnet hat¹⁶.

Der Einflußverlust der 1983 dominierenden Históricos zeigte sich auch auf anderen Ebenen, so zum Beispiel bei der Benennung der zwei UCR-Vertreter für den von Präsident Alfonsín Ende 1985 ins Leben gerufenen "Rat zur Konsolidierung der Demokratie"¹⁷. Mit Carlos Nino und Enrique Nosiglia berief Alfonsín einen Newcomer innerhalb der Partei und einen Vertreter der JCN¹⁸.

Innerhalb der 129-köpfigen Parlamentsfraktion der UCR, die die Históricos nach 1983 aufgrund ihrer privilegierten Listenplätze beherrscht hatten, konnte die JCN nach den Teilwahlen 1985 ihre Präsenz (vormals 20 Abgeordnete) ebenfalls verstärken. In der Regierung übernahm die JCN im Laufe der Zeit immer mehr einflußreiche Positionen: Das Ministerium für Öffentliche Arbeiten, das Generalsekretariat des Präsidenten, die Intendanz der Stadt Buenos Aires sowie eine Reihe von Posten als Staats- und Unterstaatssekretäre¹⁹. Im Rahmen der Kabinettsumbildung nach den Wahlen im

¹⁵vgl. WR 87-04 u. 87-37.

¹⁶vgl. WR 87-08.

¹⁷Der "Consejo para la consolidación de la democracia" wurde von Alfonsín am 24.12.1985 per Dekret initiiert. Er ist ein aus Politikern und Intellektuellen bestehendes Diskussionsforum, das a) eine Beratungsfunktion der Exekutive und b) die Ausarbeitung von Studien, Plänen, Vorschlägen und Gesetzesentwürfen im Hinblick auf eine Konsolidierung der demokratisch-republikanischen Regierungsform wahrnehmen soll. Ihm gehören je zwei Radikale, Peronisten und Sozialisten, ein Christdemokrat, ein ehemaliges MID-Mitglied, zwei Provinzvertreter, ein Priester, ein Chirurg, ein Wissenschaftler, ein General im Ruhestand, ein ehemaliger Richter des Obersten Gerichtshofes und eine Sängerin und Schauspielerin an. Den Schwerpunkt der Arbeit des Consejo bildete die Ausarbeitung einer umfassenden Studie über Angemessenheit und Inhalte einer eventuellen Reform der Verfassung von 1853. vgl. Consejo para la Consolidación de la democracia 1986, 7ff und Informe Latinoamericano (London) vom 30.5.1986.

¹⁸Carlos Nino ist zugleich persönlicher Berater des Präsidenten. Er gilt als der hinter Alfonsíns Modernisierungsplänen stehende Ideenlieferant. vgl. WR 86-21.

¹⁹vgl. C.Altamirano 1987, 321.

Herbst 1987 ging zudem das Innenministerium an Enrique Nosiglia, einen der Köpfe der JCN²⁰.

Durch die Akkumulation von Regierungsämtern und die damit verbundenen Zwänge sahen sich die Mitglieder der JCN allerdings auch einigen Dilemmata ausgesetzt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1968 hatte sich die JCN immer in einer innerparteilichen Oppositionsrolle befunden. Die Übernahme von Regierungsverantwortung zwang nun zum Überdenken der gewohnten Strategien, zum Eingehen von Kompromissen und zum Mittragen von Entscheidungen, die nicht den eigenen Vorstellungen entsprachen. Der Eintritt in Regierungsämter ermöglichte den Mitgliedern der JCN nicht unbedingt, nun eigene politische Ideen in die Tat umzusetzen. Die unangefochtene Autorität Alfonsíns und die eigene Abhängigkeit von ihm zwangen ihnen eine sehr flexible und pragmatische Haltung auf.

"Ironischerweise gelangen die einstmals linkslastigen jungen Radikalen zu einem Zeitpunkt in Machtpositionen, zu dem Alfonsín einen Rechtsschwenk in der Innenpolitik macht"²¹.

Darüberhinaus fehlte der JCN auch ein umfassendes eigenes Konzept mit konkreten Vorstellungen für die Gestaltung der Regierungspolitik.

"Was ausgereicht hatte, um (die JCN; d.V.) innerhalb der Studentenbewegung und auch noch innerhalb des Radikalismus mit einer linken Identität auszustatten, genügte nicht, um Regierungsprojekte zu inspirieren, die der Komplexität der nationalen Situation angemessen gewesen wären, einer Komplexität, die sich nicht auf die Kategorien jenes Rüstzeuges reduzieren ließ"²².

Dies alles führte zu einem zu Konflikten im Zusammenhang mit einigen Initiativen der Regierung²³, zum anderen offenbarte es auch politische Differenzen in den eigenen Reihen²⁴.

c) Präsident und Partei

Für das normale Funktionieren einer repräsentativen Demokratie ist es wichtig, daß die Regierungspartei einen ausreichenden Grad an Autonomie von der Exekutive besitzt und nicht zum bloßen Anhängsel eines übermächtigen

²⁰ vgl. WR 87-37.

²¹ G.Wynia 1986, 6.

²² C.Altamirano 1987, 331.

²³ So entsprach zum Beispiel die Mitte 1985 unter dem Stichwort "Modernisierung" eingeleitete wirtschaftspolitische Wende ganz und gar nicht den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der JCN. vgl. C.Altamirano 1987, 331; Gleiches gilt für die Politik der Regierung in bezug auf die während der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen. Der JCN-Abgeordnete Luis Cáceres versuchte vergeblich, das von der Regierung initiierte Schlußpunktgesetz im Parlament zu Fall zu bringen. vgl. WR 87-01.

²⁴ Altamirano spricht von drei Polen innerhalb der JCN, die mit den Namen Enrique Nosiglia, Federico Storani und Luis Cáceres verbunden sind. vgl. dazu C.Altamirano 1987, 322ff.

Präsidenten verkümmert. Dies hat sich in Argentinien nach 1983 zu einem wichtigen Aspekt im Hinblick auf die Konsolidierung des demokratischen politischen Systems entwickelt. Die Tatsache, daß die persönliche Stärke Raúl Alfonsíns bei weitem die seiner Partei übersteigt und daß die Wahlerfolge der UCR in erster Linie auf seine Popularität und Überzeugungskraft zurückzuführen sind, hat die Einübung routinemäßiger demokratischer Prozeduren nicht unbedingt erleichtert²⁵. Denn sie beschwört immer wieder die Gefahr herauf, daß personalistische Denk- und Handlungsstrukturen zum Tragen kommen und daß Erfolg oder Mißerfolg des Systems allzusehr mit der Person des Präsidenten verknüpft werden.

Alfonsíns Führungsrolle innerhalb von Partei und Regierung war von Anfang an so unumstritten, daß er sehr große Freiheiten a) bei der Auswahl seiner Mitarbeiter und b) bei der Ausarbeitung und Formulierung der Regierungspolitik genoß. Seine Autorität war auch der entscheidende Faktor dafür, daß die Partei viele vom ursprünglichen Wahlprogramm der UCR abweichende Konzepte akzeptierte²⁶.

Die politische Initiative ging meist nicht von der UCR als Partei, sondern von Alfonsín persönlich aus. Er war es, der die großen Themen in die politische Debatte einbrachte. Im Mittelpunkt seines politischen Diskurses stand dabei von Anfang an das Demokratiethema. In einer Rede, die man gewissermaßen als "ideologisches Grundsatzreferat" des Präsidenten bezeichnen könnte, erläuterte Alfonsín im Dezember 1985 vor Delegierten der UCR seine Vorstellungen für die Konstruktion eines zukünftigen Argentinien²⁷. Schlüsselwörter dieses Diskurses sind die Begriffe Partizipation, Modernisierung und Ethik der Solidarität. Alfonsín bekennt sich explizit zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild, zu gesellschaftlichem und politischem Pluralismus. Um dieses Ziel zu erreichen, sind seiner Ansicht nach vor allem zwei Voraussetzungen notwendig: Zum einen muß das Land bestrebt sein, das technische und wissenschaftliche Entwicklungsniveau der Industrieländer zu erreichen. In diesem Sinne hält Alfonsín eine umfassende wirtschaftliche Modernisierung für unausweichlich. Zum anderen ist eine Veränderung der argentinischen politischen Kultur notwendig:

²⁵ vgl. J.Nun / J.C.Portantierto 1987 b, 232.

²⁶ vgl. R.Sidicaro 1986, 13.

²⁷ vgl. zum folgenden R.Alfonsín 1986.

"Die Anstrengung zur Schaffung stabiler Grundlagen für ein demokratisches Zusammenleben in Argentinien beinhaltet notwendigerweise eine kulturelle Reform, die die Gesamtheit der in der kollektiven Mentalität des Landes (...) verwurzelten Deformationen beseitigt. Autoritarismus, Intoleranz, Gewalt, Manichäismus, die Aufspaltung der Gesellschaft, (...), die Unfähigkeit zum Dialog, zu Verhandlungen, Übereinkünften oder Kompromissen - dies sind Lebens- und Denkweisen, die aufgrund einer historischen Unfähigkeit zur nationalen Integration im Laufe der Generationen Wurzeln geschlagen haben"²⁸.

"Daher rührt auch, daß die Schwäche der Demokratie in Argentinien, die Unsicherheit und Flüchtigkeit der bisherigen Anstrengungen, sie zu konsolidieren, weniger in ihren Institutionen wurzeln als in unserer subjektiven Art, sie zu übernehmen. Es handelt sich mehr um ein kulturelles als um ein institutionelles Problem"²⁹.

Das von Alfonsín skizzierte Entwicklungsleitbild und die dafür als notwendig erachteten Voraussetzungen reichen, indem sie einen fundamentalen Wandel der argentinischen Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur anstreben, weit über traditionelle programmatische Vorstellungen der UCR hinaus. Egal, wie man seine Vorstellungen einschätzt³⁰, sie haben auf jeden Fall dazu geführt, daß Alfonsín seiner Partei bei der Gestaltung der Politik in den vergangenen Jahren immer ein paar Schritte vorausgeeilt ist. Eine solche Vorreiterrolle an sich muß noch nichts Negatives sein. Solange seine Vorschläge von der Partei aufgegriffen und offen diskutiert werden, solange sie dazu dienen, die dringend notwendige programmatische Diskussion innerhalb der UCR in Gang zu bringen, stellen sie im Gegenteil eine Bereicherung der politischen Diskussion dar. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß sich die Partei in die Rolle eines passiven Zuhörers drängen läßt und ihre eigenen legislativen Kompetenzen dem Chef der Exekutive überläßt³¹. Die Konsolidierung der UCR als Partei wird nur gelingen, wenn sie selbst eine aktive Rolle übernimmt und aus dem Schatten der Popularität des Präsidenten heraustritt. Sonst besteht die Gefahr, daß Radikalismus für den Wähler lediglich Alfonsinismus bedeutet und daß mit dem Schwinden seiner Popularität auch die Partei ihre Attraktivität vollständig einbüßt. Die Distanz zwischen Partei und Präsident hat dazu geführt, daß bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Diskussion um die Nachfolge Alfonsíns in Gang kam, denn die argentinische Verfassung verbietet die direkte Wiederwahl des Präsidenten. Da die UCR keinen zweiten auch nur annähernd so populären Politiker wie Alfonsín in ihren Reihen hat, wurde innerhalb der Partei im Hinblick auf die 1989 anstehenden Präsidentschaftswahlen lange

²⁸R.Alfonsín 1986, 19.

²⁹ebd. 21.

³⁰Zur Kritik an Alfonsíns Vorstellungen vgl. die Beiträge in L.Aznar 1986 sowie D.García Delgado 1987.

³¹vgl. zu diesem Problem das Kapitel V.2.

Zeit darüber spekuliert, ob nicht im Zuge der angestrebten Verfassungsänderung doch Alfonsín unter Umständen sein eigener Nachfolger werden könnte³². Erst nach der deutlichen Wahlniederlage im Herbst 1987, die eine Verfassungsänderung auf kurze Sicht sehr unwahrscheinlich macht, wurden solche Spekulationen beendet. Zugleich kristallisierte sich nach diesen Wahlen mit Eduardo Angeloz sehr schnell ein "natürlicher" Präsidentschaftskandidat der UCR heraus. Angeloz gehört als Führer der "Línea Córdoba" nicht dem Alfonsinismus an und dürfte alles andere als der Wunschkandidat Präsident Alfonsíns für seine Nachfolge sein. Der als konservativ geltende Angeloz war jedoch aus den Septemberwahlen praktisch konkurrenzlos hervorgegangen, denn die Aspirationen aller anderen möglichen Kandidaten waren durch deutliche Wahlniederlagen gegen peronistische Mitbewerber vorläufig beendet worden³³.

Die Art und Weise, in der sich sowohl Alfonsín als auch seine Anhänger innerhalb der Partei in relativ kurzer Zeit mit der Kandidatur des ungeliebten Angeloz arrangiert haben, spricht für die Einheit der UCR. Es kam zwar zu vereinzelter Kritik, größere Spannungen konnten jedoch vermieden werden³⁴. Am 3. Juli 1988 wählten die rund 2,8 Millionen Parteimitglieder den 57jährigen Angeloz und seinen Vizepräsidentschaftskandidaten Juan Manuel Casella mit überwältigender Mehrheit (88%) zu ihrem Kandidaten³⁵.

³²Die angestrebte Verfassungsänderung würde die Amtszeit des Präsidenten von sechs auf vier Jahre verkürzen und gleichzeitig eine einmalige Wiederwahl ermöglichen. Präsident Alfonsín hatte allerdings von Anfang an Gerüchten widersprochen, daß er selbst eine zweite Amtsperiode anstrebe.

³³Angeloz konnte bei den Wahlen seinen Gouverneursposten in der Provinz Córdoba verteidigen, während sein wichtigster Konkurrent, Juan Manuel Casella, bei den Gouverneurswahlen in der so bedeutenden Provinz Buenos Aires unerwartet deutlich dem peronistischen Kandidaten Cafiero unterlegen war. vgl. Clarín Internacional vom 21.-27.12.1987.

³⁴vgl. Clarín vom 5.2.1988 und WR 88-25.

³⁵vgl. FAZ vom 9.7.1988.

2. Parteien, Regierung und Parlament

a) Das im Parlament vertretene Parteienspektrum

Sieht man einmal von der historischen Bedeutung des Ergebnisses der argentinischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Oktober 1983 ab³⁶, so bietet die Zusammensetzung des aus diesen Wahlen hervorgegangenen und in seiner prinzipiellen Ausrichtung bei den Teilwahlen im November 1985 und September 1987 bestätigten Parlaments ein relativ "normales" Bild. Im einzelnen sieht die Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus wie folgt aus:

Tabelle 3: Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus nach den Wahlen von 1983, 1985 und 1987³⁷

	1983		*	1985		1987	
	Mandate	%		Mandate	%	Mandate	%
UCR	129	49.0		130	43.0	117	37.0
PJ	111	40.5		101	34.0	105	41.5
UCeDe	2	0.5		3	3.5	7	5.7
PI	3	1.4		6	6.0	5	2.0
Sonstige ³⁸	9	8.6		14	13.5	20	13.8
Total	254	100		254	100	254	100

* = Prozent der abgegebenen Stimmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1985 u. 1987 jeweils nur die Hälfte der Mandate (127) erneuert wurde.

Die Tabelle zeigt ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen den beiden eindeutig dominierenden großen Parteien UCR und PJ, die Präsenz einer konservativen (UCeDe / Unión del Centro Democrático) und einer linken (PI / Partido Intransigente) Partei sowie die zunehmende Bedeutung einzelner Provinzparteien.

Mit der PI gelang nur einer der zahlreichen Gruppierungen des linken Parteienspektrums der Sprung ins Parlament³⁹. Und auch sie hat bei den letzten Wahlen erheblich an Stimmen eingebüßt und wurde von der UCeDe auf den vierten Platz verdrängt. Damit bestätigte sich die traditionelle Schwäche der argentinischen Linken, die seit Jahrzehnten innerhalb des

³⁶vgl. Kapitel IV.5.

³⁷Quellen: Informe Latinoamericano vom 8. Nov. 1985; W. Jung 1987, 28; WR 85-44; J. Godio 1987.

³⁸Dahinter verbergen sich in erster Linie die Abgeordneten der verschiedenen Provinzparteien.

³⁹Weder Trotzlisten (Partido Obrero, Movimiento al Socialismo), noch Sozialisten (Partido Socialista Popular) oder Kommunisten (Partido Comunista), um nur einige Parteien des linken Spektrums zu nennen, konnten genügend Wähler an sich binden, um Abgeordnete zu entsenden. Zur neueren Entwicklung der argentinischen Linken vgl. R. Sidicaro 1986, 14f.

Parteienspektrums nur eine marginale Rolle einnimmt⁴⁰.

Dagegen hat sich mit der UCeDe in den letzten Jahren eine konservative Partei etabliert, die auch beim Wähler wachsenden Zuspruch erhält. Dies ist eine Neuheit für das politische System. Man hat dessen chronische Instabilität immer wieder auch auf das Fehlen einer gesellschaftlich verwurzelten konservativen Partei zurückgeführt, die es der argentinischen Rechten ermöglicht hätte, innerhalb des institutionellen Rahmens der repräsentativen Demokratie durch Wahlen an die Macht zu kommen. Das Fehlen einer solchen Partei habe dazu geführt, daß diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die sowohl gegen die politischen als auch gegen die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Peronismus waren und bei denen sich Antiperonismus und Wirtschaftsliberalismus miteinander verbanden, immer wieder gegen gewählte Regierungen konspiriert und Staatsstriche der Militärs unterstützt hätten, um mit deren Hilfe ihre Vorstellungen zu realisieren⁴¹.

Die wachsende Popularität der Mitte 1982 gegründeten UCeDe könnte daher, indem durch sie traditionell demokratiefeindliche Segmente der argentinischen Gesellschaft ins politische System integriert werden, ein Schritt in Richtung Konsolidierung der Demokratie sein. Die von dem früheren General und Wirtschaftsminister unter Onganía, Alvaro Alsogaray, gegründete Partei steht für politischen Konservatismus und wirtschaftlichen Liberalismus. Sie hat seit ihrer Gründung versucht, sich das Image einer modernen, wirtschaftsliberalen, an Rechtsstaat und Demokratie gebundenen Partei zu geben. Obwohl es nach wie vor Zweifel am demokratischen Ethos und an der politischen und ideologischen Toleranz vor allem des Parteichefs Alsogaray gibt, hat sich die UCeDe inzwischen zur drittstärksten politischen Partei des Landes entwickelt. Dabei fällt auf, daß sie auch bei den traditionell eher links stehenden jüngeren Wählern an Zuspruch gewinnen konnte⁴². Die UCeDe könnte sich im Hinblick auf die 1989 anstehenden Präsidentschaftswahlen angesichts des zu erwartenden Kopf-an-Kopf-Rennens zwischen Radikalen und Peronisten als Zünglein an der Waage erweisen⁴³.

⁴⁰Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Zu den wichtigsten gehört, daß die traditionelle soziale Basis linker Parteien in Argentinien seit den 40er Jahren in erster Linie im Peronismus ihre politische Heimat erkannte. Hinzu kommt, daß sowohl die politischen Ideen als auch die Sprache der linken Parteien vielen Wählern als veraltet erscheinen. vgl. J.Godio 1987, 9f; J.Nun / J.C.Portantiero 1987 b, 243f.

⁴¹Vgl. M.Cavarozzi 1983, 23ff.

⁴²Vgl. J.Nun / J.C.Portantiero 1987 b, 243ff.

⁴³Vgl. WR 88-22.

Innerhalb des Parlaments dominieren allerdings eindeutig die beiden großen Parteien UCR und PJ. Die UCR besaß von 1983 bis 1987 die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Im Senat besitzt seit 1983 die PJ eine relative Mehrheit von 21 Sitzen gegenüber 18 der UCR, 6 der Provinzparteien und 1 des MID. Diese Zusammensetzung der beiden Kammern der Legislative hätte theoretisch zu einer Aufwertung des Parlaments nach 1983 führen können. Da für die Verabschiedung von Gesetzen die Zustimmung beider Häuser des Parlaments notwendig ist, war für die Regierungspartei die strikte Anwendung der Mehrheitsregel von vornherein ausgeschlossen. Sie war vielmehr auf die Erzielung von Kompromissen, entweder mit den Peronisten oder mit einzelnen Provinzparteien, angewiesen. Angesichts der allgemeinen Krisensituation hätte sich zudem zur Stärkung der demokratischen Institutionen das Parlament als Arena einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition angeboten:

"Tatsächlich hätte das Land objektiv gesehen 1983 eine Koalitionsregierung mit einer Achse Peronismus-Radikalismus benötigt. Das wäre der beste Weg gewesen, um dem demokratischen Übergang Festigkeit zu verleihen. Aber beide Parteien waren subjektiv nicht auf so etwas vorbereitet. Eine Koalitionsregierung hätte eine Konzertierungspraxis zwischen beiden Parteien in Gang bringen und so 'optimal' dasjenige politische System begründen können, das die politische Demokratie erfordert, denn eine Koalition hätte zuerst das Regierungssystem konsolidiert, und danach hätte jede politische Kraft auf der Grundlage eines soliden demokratischen Kompromisses den Weg der gegenseitigen Konfrontation einschlagen können"⁴⁴.

Die Idee einer Koalitionsregierung oder eines institutionellen Paktes zur Stärkung der Demokratie, wie sie zum Beispiel in Kolumbien und Venezuela verwirklicht wurde, kam in Argentinien in den vergangenen Jahren nicht zum Tragen, und auch darüberhinaus hat das Parlament keine bedeutende Rolle innerhalb des demokratischen Institutionengeflechts gespielt. Dafür sind die interne Situation und die gegenseitige Perzeption der beiden großen Parteien gleichermaßen verantwortlich.

b) Die gegenseitige Perzeption von Peronisten und Radikalen

Man kann der UCR vorwerfen, daß sie nach 1983 die Notwendigkeit einer starken parlamentarischen Opposition für die Stabilisierung der Demokratie nicht erkannt und die Ergebnisse der Wahlen falsch interpretiert hat. Nach dem deutlichen Sieg über die Peronisten 1983 und noch stärker nach dem weiteren Absinken des peronistischen Stimmenanteils auf nur noch 34% bei den Wahlen 1985 spekulierten Teile der UCR auf eine endgültige Desintegration des Peronismus. Zudem hielt man dessen demokratische

⁴⁴J.Godio 1987, 6.

Erneuerung für so gut wie ausgeschlossen. Aus dieser Perzeption der internen Krise des Peronismus entstand im Zusammenspiel mit der eigenen Euphorie angesichts des neugewonnenen populären Images bei Teilen der Regierungspartei die Vorstellung, die UCR könne nun ihrerseits zur hegemonialen politischen Kraft des Landes, zur "Dritten Historischen Bewegung", werden. Bereits 1982 hatte sich der später zum Präsidenten gewählte Raúl Alfonsín in einer ähnlichen Richtung geäußert:

"Wir werden eine historische Neuheit in das moderne Argentinien einführen: Es geht um die demokratische Organisation der Bewegung des Volkes, um die Gestaltung einer nationalen, demokratischen, reformistischen, rationalen, progressiven und majoritären Bewegung. Indem sie diese Bewegung trägt, wird die Union Civica Radical erneut zum rationalen Weg für die reformistische Kapazität der demokratisch organisierten Mehrheit. (...) Wir haben das Recht, danach zu streben, daß die UCR zum großen politischen Instrument wird, daß sie sich als Dreh- und Angelpunkt dieser Bewegung des Volkes konstituiert, indem sie auf der Grundlage einer ethischen und humanistischen Konzeption operiert"⁴⁵.

Solche Ideen entstanden nicht von ungefähr. Der "movimientismo" ist, dies wurde bereits zu Beginn dieser Arbeit betont, tief verwurzelt in der politischen Kultur des Landes. So gut wie alle argentinischen Parteien, auch die UCR, haben sich auf diese Art und Weise als politische Akteure konstituiert. Wenn daher in Teilen der UCR, vor allem in den Kreisen der Junta Coordinadora Nacional, die Idee einer "Dritten Historischen Bewegung" aufkam, so wollte man damit zunächst einmal der Kontinuität der UCR mit den beiden ersten "historischen Bewegungen", Yrigoyenismus und Peronismus, Ausdruck verleihen, man wollte eine Verbindung zwischen dem erneuerten populären Image der radikalen Partei und den populistischen Bewegungen der Vergangenheit herstellen. Mit der Idee der "Dritten Historischen Bewegung", des "Alfonsinismus", erwies man auf der einen Seite dem lange Zeit bekämpften politischen Gegner, dem Peronismus, seine Referenz, man verweigerte ihm allerdings gleichzeitig in seinem gegenwärtigen Zustand die Anerkennung als legitimer politischer Gegner. Hatten die Peronisten die Radikalen lange Zeit als "Feinde des Volkes" betrachtet, so galten jene nun ihrerseits vom Standpunkt der Radikalen aus als "Feinde der Demokratie"⁴⁶. Dieses Freund-Feind-Denken war lange Zeit eine der wesentlichen Ursachen für die Krisenhaftigkeit des argentinischen politischen Systems gewesen, und es konnte auch jetzt nicht eben dazu beitragen, ein normales Verhältnis zwischen Peronisten und Radikalen zu etablieren. In ihrer Tendenz zur Deslegitimierung des politischen Gegners war die Idee der "Dritten Historischen Bewegung" darüberhinaus ein klarer Rückschritt im Hinblick auf

⁴⁵Raúl Alfonsín in einer Rede am 8.12.1982, zitiert nach V.Palermo 1985 b, 130f (Anm.13).

⁴⁶Vgl. V.Palermo 1985 b, 120 sowie M.Cavarozzi 1986 a, 24.

die 1971 unterzeichnete "Hora del Pueblo". Die Hegemonieträume der Radikalen führten auf Seiten der Peronisten zu einer besonders starken Betonung der eigenen Identität und erschwerten dadurch zusätzlich lange Zeit eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien.

Innerhalb der UCR wurde die Widersprüchlichkeit zwischen dem Selbstverständnis als Bewegung mit all seinen Implikationen auf der einen Seite und der Verfechtung liberal-demokratischer Grundsätze auf der anderen Seite nicht thematisiert. Umfragedaten deuten allerdings darauf hin, daß es trotz der (vor allem rhetorischen) Wiederaufwertung der Bewegungstradition innerhalb der politischen Kultur Tendenzen gibt, die einen pluralistischen Parteienwettbewerb als möglich erscheinen lassen⁴⁷. Solche Daten bestätigen zwar zum einen den Hang zum "movimientismo" in beiden großen Parteien, sie zeigen jedoch auch, daß damit nicht mehr unbedingt die Deslegitimierung des politischen Gegners bzw. das Streben nach eigener Hegemonie verbunden ist:

Tabelle 4: Antworten peronistischer und radikaler Parteiführer auf die Frage: Welches Parteiensystem benötigt Argentinien?⁴⁸

	UCR			PJ		
	Jüngere	Ältere	Total	Jüngere	Ältere	Total
Nationale Bewegung	(13) 68%	(7) 32%	(20) 49%	(20) 100%	(15) 71%	(36) 86%
Zwei-parteien-system	(0)	(5) 22%	(5) 12%	(0)	(0)	(0)
Mehr-parteien-system	(6) 32%	(10) 45%	(16) 39%	(0)	(6) 29%	(6) 14%

Tabelle 5: Einschätzung des politischen Gegners als legitim / nichtlegitim⁴⁹

	UCR			PJ		
	Jüngere	Ältere	Total	Jüngere	Ältere	Total
legitim	(16) 100%	(17) 77%	(33) 87%	(15) 88%	(15) 88%	(30) 88%
nicht legitim	(0)	(5) 23%	(5) 13%	(2) 12%	(2) 12%	(4) 12%

⁴⁷vgl. zum folgenden V. Palermo 1987; Palermo hat Mitte 1984 Interviews mit 90 lokalen Parteiführern (Komiteepräsidenten, Leiter von Parteibüros etc.) von UCR und PJ im Hauptstadtdistrikt (Capital Federal) durchgeführt, um so Aufschlüsse über innerparteiliche Subkulturen und das Verhältnis zum bzw. die Perzeption des politischen Gegners zu erhalten. Palermo betont selbst, daß man die Ergebnisse dieser Umfrage aufgrund ihrer begrenzten Reichweite nicht überbewerten sollte. Sie deuten gleichwohl Trends im Sinne einer Reorientierung der politischen Kultur an.

⁴⁸Quelle: V. Palermo 1987, 90f; die Kategorien "Jüngere" und "Ältere" beziehen sich auf Parteiführer unter bzw. über 45 Jahre.

⁴⁹Quelle: V. Palermo 1987, 93f.

Sicherlich muß man bei der Einschätzung dieser Daten berücksichtigen, daß sie kurz nach der "historischen" Wahlniederlage der PJ gegen die UCR erhoben wurden. Die zu diesem Zeitpunkt innerhalb der UCR vorhandene Euphorie mag erklären, warum sich fast 70% der jüngeren Radikalen bei der Frage nach dem angemessenen Parteiensystem für die "Nationale Bewegung" aussprechen. Nach den ernüchternden Wahlergebnissen der Jahre 1986 und 1987 würden die Antworten heute wahrscheinlich anders ausfallen. Eine positive Tendenz deutet sich jedoch in Tabelle V an. Der Grad der gegenseitigen Legitimierung zwischen den beiden Parteien ist mit fast 90% hoch - wenn auch immer noch nicht hoch genug.

c) Die interne Krise des Peronismus

Die Wähler hatten der PJ 1983 die Rolle der wichtigsten parlamentarischen Opposition zugewiesen. Für die Funktionstüchtigkeit eines demokratischen Systems kommt der Opposition eine ebenso große Bedeutung zu wie der Regierung. Ihr fällt die Aufgabe zu, die Regierung zu kontrollieren und durch konstruktive Kritik an ihrer Politik im Rahmen der Spielregeln des Systems dessen Legitimation insgesamt zu stärken. Wichtig ist zudem, daß sie eine potentielle Alternative für zukünftige Wahlen darstellt, denn nur dies gibt dem Wähler eine tatsächliche Wahlmöglichkeit und erlaubt den für ein demokratisches System normalen und reibungslosen Machtwechsel im Staat. Die peronistische Partei hat sich zunächst sehr schwer damit getan, in diese Rolle einer demokratischen Opposition hineinzufinden⁵⁰. Der Peronismus sah sich 1983 vor eine für ihn völlig neue Situation gestellt. Jahrzehntlang die bedeutendste politische Kraft des Landes und in Wahlen scheinbar unbesiegbar, sah man sich nun zum ersten Mal einer Regierung gegenüber, die in demokratisch legitimierten, für alle politischen Kräfte offenen Wahlen gesiegt hatte. Nachdem man bereits 1974 durch den Tod Peróns die einheitsstiftende Führungspersönlichkeit verloren hatte, stürzte der Verlust des Unbesiegbareitsmythos die Partei nun endgültig in eine tiefgehende Krise. Die internen Auseinandersetzungen beschränkten sich zunächst auf gegenseitige Schuldzuweisungen für die Wahlniederlage. Der orthodox-gewerkschaftliche Flügel hatte während der Jahre der Diktatur seine Führungsrolle im Parteiapparat stärken können und bei den Wahlen 1983 die wichtigsten Kandidaturen besetzt. Obwohl man vor allem ihm die

⁵⁰Zur neueren Entwicklung des Peronismus vgl. R.Sidicaro 1984, 19ff; ders. 1986, 13f; M.Urriza 1984; E.Villanueva 1985; M.Cavarozzi 1986 a, 3ff; E.de Ipola 1987.

Verantwortung für die Wahlniederlage zuwies, konnte er seine Machtpositionen innerhalb der Parteihierarchie zunächst erhalten. Die Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschafts- und Parteiflügel und zwischen "Orthodoxen" und "Erneuerern" entbrannten jedoch schon bald zu einem Streit über die Frage, was eigentlich der Peronismus ist oder sein soll. Aus der seit Jahren schwelenden Führungskrise wurde dadurch eine akute Identitätskrise. Aus dieser Krise ist vor allem deshalb so schwer ein Ausweg zu finden, weil der Peronismus von jeher mehr ein Konglomerat heterogener Kräfte als eine homogene Partei war und weil seine Einheit gerade darauf basierte, daß er kein eindeutig definiertes politisches Konzept besaß. Sichtbarste Folge der internen Fragmentierung war, daß der Peronismus sich dem Wähler bei den Parlamentswahlen 1985 mit vier verschiedenen Listen präsentierte, so daß es nach 1985 vier peronistische Blöcke im Abgeordnetenhaus und drei im Senat gab. Auf der parteipolitischen Ebene führte der Streit zwischen Orthodoxen und Erneuerern dazu, daß die beiden Faktionen im Laufe des Jahres 1985 getrennte Parteikongresse veranstalteten und jeweils eigene Führungen wählten. Erst nach der erneuten Niederlage bei den Wahlen 1985 konnten sich seit Beginn des Jahres 1986 die für eine Demokratisierung der Partei eintretenden Erneuerer langsam innerhalb der Partei durchsetzen⁵¹. Für die Funktionstüchtigkeit des demokratischen Systems hatte die interne Krise des Peronismus negative Folgen. Man war mehr mit sich selbst beschäftigt als mit dem politischen Gegner. Daraus erwuchs innerhalb des Parlaments eine defensive, in erster Linie auf Obstruktion und weniger auf konstruktive Kritik der Regierungspolitik, eigene Gesetzesinitiativen oder Reformimpulse abzielende Haltung⁵². Zudem trug die interne Fragmentierung der Parlamentsfraktion dazu bei, daß sich in den ersten Jahren der Regierung Alfonsín weniger die peronistische Partei, sondern vielmehr die im Verhältnis dazu noch relativ geschlossen auftretenden peronistischen Gewerkschaften, allen voran die CGT, als Opposition konstituierten. Die Austragung sozialer Konflikte verlagerte sich dadurch wieder einmal von der parlamentarischen auf die korporative Ebene.

⁵¹Auch innerhalb des Flügels der Erneuerer gibt es jedoch sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, in welche Richtung die Erneuerung und Demokratisierung des Peronismus laufen soll. vgl. dazu E.de Ipola 1987.

⁵²vgl. L.de Riz 1988, 279.

d) Die Rolle des Parlaments

Das argentinische Parlament hat seit der Wiederherstellung des repräsentativ-demokratischen Systems durch die Wahlen von 1983 nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Dies hängt sicherlich mit der über Jahrzehnte herausgebildeten Schwäche von Parteien und Legislative zusammen, genauso wie mit ihrer verfassungsrechtlich schwachen Stellung, die einem starken Präsidentialismus eindeutig Priorität einräumt. Es wäre jedoch falsch, im präsidentiellen System die einzige Ursache für die Ineffizienz des Parlaments zu sehen, denn das könnte zu dem Fehlschluß führen, daß alleine durch eine Verfassungsänderung, die der Legislative größere Kompetenzen einräumt, deren Schwäche überwunden werden kann⁵³. Das Parlament bzw. die darin vertretenen Parteien konnte in den letzten Jahren bereits die ihm offenstehenden Möglichkeiten nicht nutzen. Es wurden keine konkordanzdemokratischen Lösungen angestrebt und das Parlament bewies darüberhinaus in strittigen Fragen mehrmals seine Entscheidungsunfähigkeit. Liliana de Riz hat in diesem Zusammenhang von einer "Paralyse der Legislative" gesprochen⁵⁴.

Verantwortlich dafür waren vor allem die beiden großen Parteien. Ihre interne Situation (Identitätskrise des Peronismus; schwache Stellung der UCR gegenüber Alfonsín) und gegenseitige Perzeption⁵⁵ verhinderten eine konstruktive Zusammenarbeit. Da es der Regierungspartei ebenfalls nicht gelang, mit den kleinen Provinzparteien dauerhafte Übereinkünfte abzuschließen, um sich so in beiden Häusern des Parlaments stabile Mehrheiten zu sichern⁵⁶, scheiterten einige ihrer Gesetzesvorhaben im

⁵³vgl. zu diesem Problem L.de Riz 1988, 274f sowie J.Linz 1986.

⁵⁴L.de Riz 1988, 279.

⁵⁵Neben der Idee der "Dritten Historischen Bewegung" und den dadurch hervorgerufenen Bedrohungsgefühlen auf Seiten der Peronisten gehört dazu auch der in Teilen der UCR nach wie vor verbreitete "Intransigencia" [Unnachgiebigkeits]-Mythos, der den Gedanken von weitreichenden Kompromissen oder gar Koalitionen mit anderen Parteien weit von sich weist.

⁵⁶In diese Richtung zielte die Anfang Oktober 1986 entstandene Initiative einer "Demokratischen Konvergenz". Absicht war die Bildung von Bündnissen zwischen Regierungspartei und anderen politischen Kräften auf programmatischer Grundlage, zum einen im Hinblick auf die 1987 anstehenden Wahlen, zum anderen, um so einen Schritt in Richtung Instrumentalisierung der weitreichenden Modernisierungs- und Reformpläne des Präsidenten zu tun. Die potentiellen Adressaten dieser Bündnispläne, die kleinen Provinzparteien, reagierten auf solche Vorstellungen jedoch mit wenig Gegenliebe. Nur in einem Fall (in der Provinz Jujuy) kam es zu konkreten Ergebnissen. vgl. Clarín Internacional vom 29.9.-5.10.1986 sowie vom 7.-13.9.1987.

Senat⁵⁷. Durch diese Schwäche der Legislative rückte die Exekutive noch mehr, als dies die Verfassung ohnehin vorsieht, ins Zentrum der Politik. Präsident Alfonsín umging die fehlende parlamentarische Mehrheit in einigen Fällen, indem er ihm wichtige Themen erst gar nicht der parlamentarischen Diskussion unterbreitete und sie damit möglicherweise dem Scheitern aussetzte, sondern per Dekret realisierte. Dies war der Fall bei der wirtschaftspolitischen Wende in Form des "Plan Austral", bei der Frage nach einer geeigneten Strategie im Hinblick auf die externe Verschuldung und auch bei strittigen Fragen im Bereich der Verteidigungspolitik⁵⁸.

Vom verfassungsrechtlichen Standpunkt aus steht ihm ein solches Vorgehen durchaus offen. Es geht hier mehr um Fragen des politischen Stils. Die Umgehung des Parlaments bei wichtigen Problemen der nationalen Politik und der "Cäsarismus Alfonsíns"⁵⁹ tragen nicht dazu bei, die notwendige Konsolidierung der demokratischen Institutionen und Verfahrensregeln zu fördern.

e) Parteien und Gesellschaft

Es war bereits die Rede von der "Verparteilichung" der argentinischen Politik, von der neugewonnenen Attraktivität, die die politischen Parteien bei großen Teilen der Gesellschaft gewinnen konnten, seitdem sich ein Ende der letzten Militärdiktatur abzeichnete⁶⁰. Die damit verbundene Abkehr von der lange vorherrschenden Anti-Parteien-Mentalität, die oft eine weitverbreitete Gleichgültigkeit gegenüber den Institutionen der repräsentativen Demokratie bzw. den Eingriffen der Streitkräfte in die Politik miteinschloß, ist ein wichtiger Schritt hin zur Konsolidierung der argentinischen Demokratie. Es stellt sich die Frage, inwieweit es sich dabei um einen dauerhaften Trend oder nur um eine kurzfristige Haltungsänderung handelt. Bislang besteht der Basiskonsens für die Demokratie fort, wenn auch die Euphorie der Jahre 83 bis 85 angesichts der anhaltenden und sich weiter verschärfenden wirtschaftlichen Krisensituation

⁵⁷Zur gescheiterten Gewerkschaftsgesetzgebung vgl. Kapitel V.3a; Der Friedensvertrag mit Chile über die Lösung des Beagle-Disputes erhielt im Senat nur eine sehr knappe Mehrheit, obwohl die Regierung vorher ein Plebiszit durchgeführt hatte, das ihm zusätzliche Legitimation verschaffen sollte, und bei dem sich die überwältigende Mehrheit der Befragten für einen solchen Vertrag ausgesprochen hatte. Die Scheidungsgesetzgebung war über Monate blockiert, weil der Senat seine Zustimmung verweigerte.

⁵⁸vgl. J.C.Portantiero 1987, 283.

⁵⁹J.Nun / J.C.Portantiero 1987a, 232.

⁶⁰vgl. Kapitel IV.3.

verflogen ist. Die spontanen Demonstrationen und Solidaritätskundgebungen Hunderttausender für die Demokratie und gegen die Aufständischen anlässlich der Rebellion eines Teils der Streitkräfte im April 1987 sind ein deutlicher Beleg für diesen Konsens⁶¹.

Aufschlüsse über das Bild, das sich die Argentinier von ihren politischen Parteien machen, liefert eine Umfrage, die im Auftrag der Tageszeitung Clarín im Oktober 1986 durchgeführt wurde⁶²:

Tabelle 6: Einstufung der wichtigsten gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen entsprechend ihrem Prestige

Institution	
1. Katholische Kirche	22,6
2. Politische Parteien	18,7
3. Gewerkschaften	9,7
4. Legislative	8,7
5. Universitäten	7,9
6. Exekutive	6,9
7. Judikative	4,5
8. Sportvereine	4,0
9. Audiovisuelle Kommunikationsmedien	2,9
10. Streitkräfte	2,2

Tabelle 7: Einstufung der wichtigsten gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen entsprechend ihrer Macht

Institution	aktuelle Einstufung in %	gewünschte Machtfulle in %		
		mehr	weniger	gleichviel
1. Politische Parteien	23,5	37,8	10,9	38,4
2. Katholische Kirche	16,1	14,8	31,3	45,7
3. Streitkräfte	11,9	10,2	43,7	30,5
4. Exekutive	10,0	51,2	6,1	32,8
5. Gewerkschaften	9,4	34,4	22,3	29,3
6. Judikative	5,4	57,2	2,4	30,2
7. Legislative	5,2	44,7	9,2	31,4
8. Banken	3,5	18,6	24,1	39,7
9. Audiovisuelle Medien	3,2	24,8	14,6	45,9
10. Ausländische Unternehmen	2,9	9,7	42,6	45,9

Vertraut man auf die in dieser Umfrage geäußerten Meinungen der Argentinier, dann sind die politischen Parteien die mächtigsten Institutionen im Land. Inwieweit diese Einschätzung der Realität entspricht bzw. ob nicht vielleicht zum Teil der Wunsch der Vater des Gedankens ist, steht hier nicht zur Debatte. Interessant an diesen Zahlen

⁶¹Ausführlich zur Rebellion der Offiziere: N.Werz 1987 c.

⁶²vgl. zum folgenden Clarín Internacional vom 15.-21.12.1986; vom 22.-28.12.1987 sowie vom 29.12.1986-4.1.1987; Die Agentur Multimédios & Marketing/Aresco befragte 800 Personen über ihre Meinung hinsichtlich des Prestiges und der Macht der wichtigsten gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen.

ist vielmehr das außerordentlich hohe Prestige, das die Parteien genießen. Das erklärt auch, warum fast 40% der Befragten sich sogar noch eine erweiterte Machtfülle der Parteien wünschen, während nur 10% für eine Reduzierung dieser Macht eintreten.

Natürlich sollte man diese Zahlen nicht überbewerten. Sie liefern lediglich ein Stimmungsbild, das sich schnell verändern kann. In dem Maße, in dem die ökonomische Misere anhält, wird sich auch das Image der Parteien - zumindest der Regierungspartei - innerhalb der Bevölkerung verschlechtern. Dies ist allerdings eine für jede Demokratie normale Erscheinung. Erst wenn sich dem Wähler keine Alternative (in Form einer Oppositionspartei) bietet, auf die er bei kommenden Wahlen seine Hoffnungen setzen kann, wächst die Gefahr der Unzufriedenheit mit der Demokratie als Systemform.

Man spricht inzwischen in Argentinien in Anlehnung an die spanische Entwicklung nach dem Tode Francos von "desencanto" - von der Entzauberung der bzw. Enttäuschung von der Demokratie⁶³. Nicht nur der kämpferische Eifer der Parteien, auch die Begeisterungs- und Mobilisierungsfähigkeit der argentinischen Gesellschaft hat wieder nachgelassen. Ein deutliches Zeichen dafür war der Wahlkampf des Jahres 1987. Hatten die Parteien noch 1983 bei zahlreichen Veranstaltungen Hunderttausende von Anhängern auf die Straße bringen können, so waren es 1987 nie mehr als einige Zehntausend⁶⁴. Von einem Wiederaufleben der Anti-Parteien-Mentalität kann trotz dieses "desencanto" bisher nicht die Rede sein.

⁶³vgl. F.Echegaray / E.Raimondo 1987.

⁶⁴Bericht der Nachrichtenagentur efe vom 4.9.1987.

VI. Schlußbetrachtung

Ich möchte am Ende der Arbeit auf die zu Beginn aufgestellten Leitfragen zurückkommen. Ihre Beantwortung soll noch einmal einige wesentliche Gesichtspunkte des Themas kurz zusammenfassen.

1. Inwieweit versteht sich die UCR als politische Partei im Sinne der "party as part-of-a-whole"?

Die UCR ist 1891 als politische Kraft entstanden, die für die Achtung und Durchsetzung der Prinzipien der argentinischen Verfassung von 1853 eintrat. Diese Verfassung beruht auf repräsentativ-demokratischen und pluralistischen Prinzipien, und insofern trat die UCR auch als Verfechterin solcher Grundsätze in der Öffentlichkeit auf.

Trotzdem verstand sie sich dabei nicht als "Partei unter Parteien", sondern als "nationale Bewegung", d.h. als einziger legitimer Repräsentant der argentinischen Nation. Dieser Widerspruch zwischen der Verfechtung liberaldemokratischer Prinzipien und einem Selbstverständnis als hegemonialer politischer Akteur wurde offenkundig, als die UCR selbst (zwischen 1916 und 1930) die Regierung stellte. Er führte schließlich mit zum Zusammenbruch des demokratischen Systems im Jahr 1930.

Der Bedeutungsverlust der Partei für die Masse der Bevölkerung und ihre Zurückdrängung auf einen sekundären Rang innerhalb des Parteiensystems durch den Peronismus ließen den "movimientismo" als Element ihres politischen Diskurses weniger wichtig werden. Stattdessen trat die UCR gegenüber dem Peronismus, der sich seinerseits als "nationale Bewegung" und damit als einziger legitimer politischer Akteur verstand, wiederum als Verfechterin der "formalen" Prinzipien der repräsentativen Demokratie ein. Die glaubwürdige Verkörperung dieser Prinzipien trug auch 1983 mit zum Wahlsieg über den Peronismus bei. Trotzdem konnten zumindest Teile der Partei nach 1983 phasenweise nicht der Versuchung widerstehen, sich der Öffentlichkeit als "einziger Garant der Demokratie" zu präsentieren. Deutlich äußerte sich dies in der Idee der "Dritten Historischen Bewegung". Inzwischen sieht es allerdings so aus, als hätte die UCR ihre Rolle als "Partei unter Parteien" und damit auch die Notwendigkeit oppositioneller Alternativen in der Demokratie akzeptiert.

2. Wie steht es um die innerparteiliche Demokratie? Welche Bedeutung haben Personalismus und Klientelismus?

Von ihren Statuten her beruht die interne Organisation der UCR seit jeher auf demokratischen Prinzipien. Seit ihrer Gründung sollte die Besetzung von

Ämtern und Posten auf allen Parteiebenen sowie die Aufstellung von Kandidaten mittels parteiinterner Wahlen erfolgen. Diesem Anspruch stand vor allem in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens eine politische Praxis gegenüber, in der die Bedeutung von Wahlprozeduren durch die Vorherrschaft personalistischer und klientelistischer Beziehungsmuster eingeschränkt war. Solche Praktiken sind auch heute noch nicht vollständig verschwunden, sie haben jedoch an Bedeutung eingebüßt. Man kann von einem routinemäßigen Umgang mit innerparteilichen Wahlen zur Ermittlung von Amtsinhabern, zur Kandidatenaufstellung und damit auch zur Regulierung innerparteilicher Willensbildungsprozesse sprechen.

Nach der Wiedezulassung der Tätigkeit politischer Parteien im Jahr 1982 erlebte die UCR einen starken Zustrom von neuen Mitgliedern. Dies führte neben einer Verjüngung der Partei auch zu Einflußverlusten lokaler Parteibosse und zum Rückgang klientelistischer Praktiken. Meinungsunterschiede zwischen den verschiedenen Flügeln der UCR konnten in den letzten Jahren ohne größere interne Krisen beigelegt werden. Die Gefahr des innerparteilichen Faktionalismus, wie er die Partei seit ihrer Gründung über Jahrzehnte hinweg geprägt hatte, besteht zur Zeit nicht. Dies spricht für die Integrationskapazität der Parteistrukturen, aber auch für die Kompromißfähigkeit der verschiedenen Flügel. Dabei darf man allerdings nicht vergessen, daß die persönliche Autorität und Akzeptanz von Präsident und Parteichef Raúl Alfonsín zur Schlichtung interner Konflikte eine Menge beigetragen hat. Als politischer Akteur stand die UCR in den letzten Jahren stark im Schatten der persönlichen Aktivität und Popularität Alfonsíns. Eine aktivere und selbständigere Rolle der Partei wäre notwendig, um der Personalisierung der Macht entgegenzuwirken und um die Institutionen und Verfahrensregeln der Demokratie zu stärken.

3. Wie ist das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition? Gibt es einen zivilen Konsens im Sinne der Ablehnung einer politischen Rolle des Militärs?

Drei "politische Meilensteine" haben das Verhältnis zwischen den wichtigsten Parteien des Landes in den letzten zwei Jahrzehnten nachhaltig verändert.

Die Unterzeichnung der "Hora del Pueblo" sollte 1970 dazu beitragen, die langjährige Spaltung der argentinischen Politik in zwei scheinbar unversöhnliche politische Lager (Peronismus-Antiperonismus) zu überwinden. Sie sollte einen Zustand beenden, während dessen die gegenseitige Legitimationsverweigerung der politischen Akteure und die Konspiration ziviler Kräfte mit außerpolitischen Machtfaktoren zum Sturz von gewählten

Regierungen zur Tagesordnung gehörten. Es kam in der Folge tatsächlich zu einer allmählichen Annäherung zwischen Peronisten und Radikalen und die UCR verhielt sich gegenüber der peronistischen Regierung nach 1973 bis zuletzt als loyale Opposition. Sie konnte sich jedoch ihrerseits nicht als Alternative präsentieren und hatte daher der allgemeinen Desintegration des politischen System nach 1974 so gut wie nichts entgegenzusetzen.

Die Zusammenarbeit von Peronisten und Radikalen in der "Asamblea Multipartidaria" nach 1981 sollte nicht zuletzt Ausdruck einer gemeinsamen Position der zivilen Kräfte gegenüber den Streitkräften sein und insofern kann man seit dieser Zeit von einem zivilen Konsens im Sinne der Ablehnung einer politischen Rolle des Militärs sprechen.

Die Wahlen vom Oktober 1983 schließlich veränderten das Kräfteverhältnis zwischen Peronisten und Radikalen nachhaltig. Interne Transformationsprozesse der UCR (Integration neuer Mitglieder, Aufbrechen verkrusteter Parteistrukturen, kämpferischer und massenwirksamer politischer Stil, Überwindung der internationalen Isolation, überzeugender und integerer Spitzenkandidat), die Krise des Peronismus und ein Wertewandel der argentinischen Gesellschaft (Neudiskussion des Demokratiethemas, Wiederaufwertung von Normen, für die im historischen Bewußtsein zahlreicher Argentinier die UCR steht), verhalfen der UCR zum Sieg über die PJ und beendeten damit den Mythos von der Unbesiegbarkeit des Peronismus in freien Wahlen. Die Wahlen waren gleichzeitig ein Schritt in Richtung Etablierung eines Zweiparteiensystems.

Nach 1983 wurde die Legitimität der gewählten Regierung von Seiten der Opposition (und hier vor allem der PJ als wichtigster oppositioneller Kraft) - zumindest öffentlich - nicht in Frage gestellt und man kann insofern von einer loyalen Haltung gegenüber der Regierung sprechen. Für das Vorhandensein eines "zivilen Konsenses" spricht auch die loyale Haltung aller Oppositionsparteien gegenüber der Regierung anlässlich der Meuterei in Teilen der Streitkräfte zu Ostern 1987. Allerdings war die PJ infolge ihrer internen Krise lange Zeit nicht dazu in der Lage, konstruktiv Oppositionspolitik zu betreiben und sich dem Wähler als potentielle Alternative zu präsentieren.

Auf Seiten der UCR bestand nach 1983 phasenweise die Gefahr, sich selbst zum hegemonialen politischen Akteur hochzustilisieren. Die Idee der "Dritten Historischen Bewegung", auch wenn sie weitgehend rhetorischen Charakter hatte, zielte auf die Deslegitimierung des Peronismus und verkannte die Notwendigkeit einer funktionierenden Opposition.

Die Rückschläge der UCR bei den letzten Wahlen und die Demokratisierungstendenzen innerhalb des Peronismus haben zu einer veränderten Situation geführt. Die UCR erkennt die PJ inzwischen als legitimen politischen Gegner an und hat die auf Grund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse gegebene Notwendigkeit erkannt, weniger die Konfrontation als vielmehr die Zusammenarbeit mit ihr zu suchen. Insgesamt ist zwischen den verschiedenen politischen Akteuren - vor allem bei der jüngeren Generation - ein Aufweichen der alten Blöcke (Peronismus-Antiperonismus, volks-nationales versus liberal-demokratisches Demokratieverständnis) zu beobachten.

4. Welchen Grad an Legitimation innerhalb der Bevölkerung besitzt das argentinische Parteiensystem?

Die argentinischen politischen Parteien befanden sich lange Zeit nicht nur in einer Konkurrenzsituation mit anderen politisch relevanten Akteuren (Streitkräfte, Gewerkschaften, Kirche), wobei die Legitimation von Macht durch Wahlen (das ureigenste Mittel politischer Parteien zur Legitimationsbeschaffung) lediglich eine unter mehreren Alternativen darstellte. Sie hatten sich auch mit einer Gesellschaft auseinanderzusetzen, innerhalb derer der Glaube an die Notwendigkeit politischer Parteien nicht besonders weit verbreitet war. Dabei verstärkten sich die mangelhafte Repräsentation gesellschaftlicher Interessen durch die Parteien, das Ausweichen gesellschaftlicher Akteure auf korporative Kanäle zur Durchsetzung ihrer Interessen und die Abwendung der Bevölkerung von den politischen Parteien gegenseitig. Eine ablehnende oder zumindest gleichgültige Haltung gegenüber der repräsentativen Demokratie und ihren Strukturen und Verfahrensregeln führte dazu, daß der Sturz gewählter Regierungen von der Bevölkerung mehrfach widerstandslos hingenommen wurde. Umso erstaunlicher war die ab 1982 zu beobachtende "Verparteilichung" der argentinischen Politik. Sie äußerte sich in steigenden Mitgliederzahlen aller politischen Parteien und hohen Beteiligungsraten bei innerparteilichen Wahlprozeduren. Sie wird durch Meinungsumfragen bestätigt, die zeigen, daß die Bevölkerung die Parteien für die wichtigsten politischen Akteure hält. Die Gefahr des Wiederauflebens einer "Anti-Parteien-Mentalität", von der man im Zusammenhang mit Argentinien lange Zeit gesprochen hat, scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu existieren. Daß dies auch eine Stärkung der Demokratie insgesamt bedeutet, zeigte sich anlässlich der Osterunruhen 1987, als die Bevölkerung in einer vorher nie gekannten Manier auf die Straße ging, um ihrer Unterstützung für

die gewählte Regierung und die Demokratie insgesamt Ausdruck zu verleihen. Für die Zukunft wird es entscheidend von der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit des Systems und der politischen Parteien als wichtigen Trägern dieses Systems abhängen, ob das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie erhalten werden kann. Dieter Nohlen hat dies treffend formuliert:

"Der Begriff (Demokratie, d.V.) freilich ist ex negatione bestimmt - er lebt stark vom "nunca más", vom "nie wieder", dem Wunsch nach Nicht-Wiederholung der unmittelbaren Vergangenheit. Dem Konzept fehlt es demnach an positiven Konnotationen, es mangelt ihm an pluralistischem Definitionsgehalt und der Demokratie in der Praxis an jener Leistungsfähigkeit, die den Wandel zu mehr Loyalität ihr gegenüber herbeiführen bzw. die Entstehungslegitimität (Überwindung der Diktatur) durch eine Leistungslegitimität ablösen kann"¹.

Trotz anhaltender wirtschaftlicher und sozialer Krise, trotz der Verarmung immer größerer Teile der argentinischen Gesellschaft spricht man bisher nicht von einer akuten Bedrohung für den Bestand des demokratischen Systems. Zwar belegen Meinungsumfragen, daß die Zustimmung der Bevölkerung zur Regierungspolitik der UCR in den letzten Monaten rapide nachgelassen hat. Dies sollte für eine funktionierende Demokratie jedoch solange kein Problem darstellen, wie sich dem Bürger bei Wahlen die Möglichkeit bietet, sich für eine andere politische Partei und damit für eine andere Politik zu entscheiden. Die Zukunft der argentinischen Demokratie darf nicht davon abhängen, ob die UCR aus den Präsidentschaftswahlen 1989 als Sieger oder als Verlierer hervorgeht. Worauf es ankommt, ist, daß das Vertrauen der Bevölkerung in das Prinzip repräsentativ-demokratischer Interessenvertretung durch Parteien erhalten bleibt. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn es der "Parteiendemokratie" auf längere Sicht gelingt, wenigstens ein Mindestmaß an "sozialer Demokratie" für die Masse der Bevölkerung zu gewährleisten.

¹D.Nohlen 1988, 14f.

Literaturverzeichnis

- Acuña, Marcelo Luis: De Frondizi a Alfonsín. La Tradición Política del Radicalismo, Buenos Aires 1984
- Agulla, Juan Carlos: Los Idearios Políticos: Una Perspectiva Histórica, in: ders., Estudios sobre la sociedad argentina, Buenos Aires 1984, 250-284
- Agüero, Felipe / Gillespie, Charlie / Scully, Timothy: The Role of Political Parties in the Return to Democracy in the Southern Cone: Rapporteur's Reports, Washington D.C. 1986 (Wilson Center Working Paper 171)
- Alexander, Robert J.: Latin American Political Parties, New York 1973
- Alfonsín, Raul: Discurso pronunciado el 31 de agosto de 1983 en el teatro Bambalinas, in: Renovación (Buenos Aires) vom 15.9.1983
- ders.: Discurso pronunciado ante el plenario de delegados al Comité Nacional de la Unión Cívica Radical el día 1-12-85 en Parque Norte, in: L.Aznar u.a. 1986, 11-41
- Allub, Leopoldo: Orígenes del autoritarismo en América Latina, México 1983
- Altamirano, Carlos: La Coordinadora. Elementos para una interpretación, in: J.Nun / J.C.Portantiero 1987, 295-332
- Angell, Alan: Party Systems in Latin America, in: Claudio Veliz (ed.), Latin America and the Caribbean. A Handbook, London 1968
- Aznar, Luis u.a.: Alfonsín. Discursos sobre el Discurso, Buenos Aires 1986
- Barrera, Carlos A.: Argentina. Ardua Democracia, in: Nueva Sociedad 75 (enero-febrero 1985), 171-182
- Berg-Schlosser, Dirk: Art. "Politische Kultur" in Wolfgang W.Mickel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft. Studienausgabe, München 1983, 385-388
- Bernecker, Walther L.: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München 1984
- Borner, Jutta / Marmora, Leopoldo: Argentinien. Die Gewerkschaften in der neuen Demokratie - neue Demokratie in den Gewerkschaften? in: L.Ramalho (Hrsg.): Lateinamerikanische Gewerkschaften zwischen staatlicher Gängelung und Autonomie, Saarbrücken, Fort Lauderdale 1985
- Borón, Atilio A.: Democracia y Reforma social en América Latina: Reflexiones a propósito de la experiencia europea, in: EURAL (Hrsg.): Crisis y regulación estatal: Dilemas de política en América Latina y Europa, Buenos Aires 1986, 279-298
- Botana, Natalio R. u.a.: La Argentina Electoral, Buenos Aires 1985
- Carballal, Teresa / Russel, Roberto: Democracia y autoritarismo en Argentina: Obstáculos a la redemocratización, in: Francisco Orrego Vicuña (Comp.): Transición a la democracia en América Latina, Buenos Aires 1985, 109-131
- Catterberg, Edgardo R.: Las elecciones del 30 de octubre de 1983. El surgimiento de una nueva convergencia electoral, in: Desarrollo Económico Vol.25 No.98 (julio-setiembre 1985), 259-267
- ders.: Cultura política. Individualismo y estatismo. Notas para el análisis de la cultura política argentina, in: Ideas en Ciencias Sociales (Buenos Aires) 1/1984/2, 55-64
- Cavarozzi, Marcelo: Autoritarismo y democracia (1955-1983), Buenos Aires 1983
- ders.: Los partidos y el parlamento en la Argentina, in: H.Sabato / M.Cavarozzi 1984, 136-160
- ders.: Peronism and Radicalism: Argentinas transition in perspective, Washington D.C. 1986 (Wilson Center Working Paper 170) *zitiert als 1986 a*

- ders.: Political Cycles in Argentina since 1955, in: Guillermo O'Donnell / Ph.C.Schmitter / Lawrence Whitehead (eds.): Transition from Authoritarian Rule. Latin America, Baltimore und London 1986, 19-48 *zitiert als 1986 b*
- Chiaromonte, José Carlos: La cuestión regional en el proceso de gestación del Estado Nacional Argentino, in: Marco Palacios (Comp.), La Unidad nacional en América latina. Del regionalismo a la nacionalidad, México 1983, 51-85
- Cifuentes, Roberto: Zur Typologie politischer Parteien in Lateinamerika. Die Fälle Chile und Argentinien, Heidelberg 1983
- Ciria, Alberto: Partidos y poder en la Argentina moderna (1930-1946), Buenos Aires 1975 (3a ed./actualizada)
- CISEA (Centro Editor de America Latina) (ed.): Argentina 1983, Buenos Aires 1984
- Clementi, Hebe: El Radicalismo. Trayectoria Política, Buenos Aires 1986
- Colombo, Ariel / Palermo, Vicente: Participación política y pluralismo en la Argentina contemporánea, Buenos Aires 1985
- Consejo para la consolidación de la Democracia: Reforma Constitucional: Dictamen preliminar del Consejo para la Consolidación de la Democracia, Buenos Aires 1986
- Corbière, Emilio J.: ¿Quién es quién? Los partidos políticos argentinos, in: Nueva Sociedad 67 (julio-agosto 1983), 123-132
- D'Alessio, Nestor: Soziale versus politische Demokratie in Argentinien, in: Michael Ehrke (Hrg.): Volkssouveränität und Staatsschuld, Hamburg 1984 (Lateinamerika. Analysen und Berichte 8), 66-106
- De Ipola, Emilio: La difícil apuesta del peronismo democrático, in: J.Nun / J.C.Portantiero 1987 a, 333-374
- De Riz, Liliana: Argentina: Ni democracia estable ni régimen militar, in: O.Oszlak u.a.1984, Band II, 7-28
- dies.: Notas sobre parlamento y partidos en la Argentina de hoy, in: H.Sabato / M.Cavarozzi 1984, 118-126
- dies.: Política y partidos. Ejercicio de análisis comparado: Argentina, Chile, Brasil y Uruguay, in: Desarrollo Económico V.25 No.100 (enero-marzo 1986), 659-682
- dies.: Régimen de gobierno y gobernabilidad. ¿Parlamentarismo en Argentina? in: D.Nohlen / A.Solari 1988
- Dos Santos, Mario / Garcia Delgado, Daniel: Cuestión democrática y redefinición de la política, in: Norbert Lechner (Hrsg.): ¿Qué significa hacer política? Lima 1982, 207-231
- Echegaray, Fabián / Raimondo, Ezquiel: Desencanto político, transición y democracia, Buenos Aires 1987
- Ehrke, Michael: Die Krise der Streitkräfte und die Voraussetzungen für eine Neuordnung der militärisch-zivilen Beziehungen, in: Institut für Iberoamerikakunde (Hamburg) (Hrsg.), Chancen und Grenzen der Demokratie in Argentinien, Hamburg 1984 (Analysen, Daten, Dokumentation Nr.1), 31-44
- ders.: Argentinien. Dauerkrise als Normalzustand, in: Jahrbuch Dritte Welt, München 1985, 119-135
- ders.: Der Plan Austral: Grenzen der Stabilisierungspolitik in Argentinien, in: Institut für Iberoamerikakunde Hamburg (Hrsg.), Analsen, Daten, Dokumentation Nr. 9, November 1987, 7-14
- Etchevehere, Ivar J.: La ideología radical. Ensayo crítico de una rebeldía, Parana 1983
- Flisfisch, Angel: El surgimiento de una nueva ideología democrática en América Latina, in: Crítica y Utopía 9 (mayo 1983), 11-29
- Floria, Carlos A.: Argentina: Dilemas de la transición democrática, in: Vuelta (Buenos Aires) 2 (setiembre 1986), 6-12

- ders.: Dilemmas of the consolidation of democracy in Argentina, in: Enrique A. Ballovra (Hrsg.): Comparing New Democracies. Transition and Consolidation in Mediterranean Europe and the Southern Cone, Boulder and London 1987, 153-178
- Fontana, Andrés: Fuerzas Armadas, Partidos Políticos y Transición a la Democracia en la Argentina, in: Augusto Varas (Hrsg.): Transición a la Democracia. América Latina y Chile, Santiago 1984, 113-129
- Fundación Pablo Iglesias (Hrsg.): Caminos de la democracia en América Latina, Madrid 1984
- FUNDECO (Fundación de Estudios Contemporáneos) (Hrsg.): Partidos Políticos: Alternativas de institucionalización, Buenos Aires 1982
- Gallo, Ezquiel / Sigal, Silvia: La formación de los partidos políticos contemporáneos: La UCR (1890-1916), in: Torcuato S. Di Tella / Gino Germani / Jorge Graciarena: Argentina, Sociedad de Masas, Buenos Aires 1965, 124-141
- García Delgado, Daniel R.: Nuevos patrones de participación política en procesos de transición a la democracia: El caso argentino, in: O. Oszlak u.a. 1984, 88-132
- ders. (Comp.): Los Cambios en la sociedad política (1976-1986), Buenos Aires 1986
- ders.: Modernización y consolidación de la democracia en Argentina, in: Opciones 10 (enero-abril 1987), 56-75
- ders. / Palermo, Vicente: Concertación social y democracia, in: CIAS (Revista del Centro de Investigación y Acción Social) No. 325 (agosto 1983), 40-48
- ders. / Palermo, Vicente: Cultura política y partidos en la sociedad argentina 1976-1986, in: ders. 1986 b, 42-73
- Garzón Valdés, Ernesto: Das Johnson-Paradox. Über die wirtschaftspolitische Rolle der Mittelschichten, in: Zeitschrift für Kulturaustausch 1983/3, 312-324
- ders.: Überlegungen zum Begriff der Stabilität politischer Systeme, Mainz 1986 (Dokumente und Materialien Nr. 7 der Abteilung Politische Auslandsstudien und Entwicklungspolitik der Johannes Gutenberg Universität)
- ders. / Mols, Manfred / Spitta, Arnold (Hrsg.): La nueva democracia argentina (1983-1986), Buenos Aires 1988
- Godio, Julio: La social Democracia (internacional) en Argentina. Su percepción sobre el radicalismo y el peronismo, Buenos Aires 1986 ders.: Argentina: Opción por la justicia social, in: Nueva Sociedad 92 (noviembre-diciembre 1987), 4-10
- González, Oscar R.: Argentina: La transición alfonsinista, in: Nueva Sociedad 82 (marzo-abril 1986), 22-27
- González Esteves, Luis / Llorente, Ignacio: Elecciones y preferencias políticas en la Capital Federal y Gran Buenos Aires el 30 de octubre de 1983, in: Natalio R. Botana et al., La Argentina Electoral, Buenos Aires 1985, 39-73
- Graham-Yooll, Andrew: Argentina: The state of transition 1983-85, in: Third World Quarterly Vol. 7, 1985/3, 573-593
- Graillot, Helene: Argentina, in: Richard Gott (Hrsg.): Guide to the political parties of South America, Harmondsworth 1973, 32-106
- Guido, Horacio J.: Los cismas radicales, in: Todo es Historia No. 170 (julio 1981), 38-54
- Haffa, Annegret: Wahlen und Redemokratisierungsprozeß in Argentinien, Freiburg 1984
- Herrera, Francisco: ¿Qué es la Coordinadora? Buenos Aires 1985

- Huntington, Samuel P.: Political Order in Changing Societies, New Haven / London 1968
- Jung, Winfried: Argentinien: Ergebnis der Wahlen vom 6. September 1987, in: KAS-Auslandsinformationen 10/87, 25-38
- Kaplan, Marcos: 50 años de historia argentina (1925-1975): El laberinto de la frustración, in: Pablo González Casanova (Coord.): América Latina. Historia de Medio Siglo, Vol. I, América del Sur, México 1986 (sexta ed.), 1-73
- Lechner, Norbert: De la revolución a la democracia. El debate intelectual en América del Sur, in: Opciones (Santiago) No.6/1985, 57-72
- Leuco, Alfredo / Díaz, José Antonio: Los herederos de Alfonsín. Protagonistas, historia oculta, poder y mito de la Junta Coordinadora Nacional, Buenos Aires 1987
- Lindenberg, Klaus: Politische Parteien in Lateinamerika, in: Wolf Grabendorff (Hrsg.): Lateinamerika. Kontinent in der Krise, Hamburg 1973, 131-178
- Linz, Juan: The Importance of Sound Electoral and Political Legislation, in: F. Aguero et al. 1986, 9-20
- Maiwaring, Scott / Viola, Eduardo: Los nuevos movimientos sociales, las culturas políticas y la democracia: Brasil y Argentina en la década de los ochenta, in: Revista Mexicana de Sociología 1985/4, 35-84
- Malloy, James M.: The politics of Transition in Latin America, in: ders. / Mitchell A. Seligson (Hrsg.): Authoritarians and Democrats. Regime Transition in Latin America, Pittsburgh 1987, 235-258
- Mármora, Leopoldo: Argentinien zwischen Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsängsten, in: Michael Ehrke (Hrsg.): Vom Umgang mit Gewalt, Hamburg 1985 (Lateinamerika. Analysen und Berichte 9), 189-201
- ders.: La posición de los sindicatos en la democracia actual (Ponencia presentada al coloquio sobre "La Argentina democrática" realizado en Mainz del 24 al 26 de noviembre de 1986), Berlin 1986 (mimeo) *zitiert als 1986 a*
- ders.: Zwischen "Kolonialisierung" des Staates und Demokratie. Forschungsstand und analytischer Rahmen für eine Untersuchung über Gewerkschaften in Argentinien heute, in: vierteljahresberichte Nr. 104, Juni 1986, 185-193 *zitiert als 1986 b*
- Martz, Mary J.r.: Studying Latin American Political Parties: Dimension Past and Present, in: Journal of Latin American Studies 12 (1980) 1, 139-167
- McDonald, Ronald H.: Party Systems and Elections in Latin America, Chicago 1971
- Molina, Fernando: Las bases sociales de la democracia, in: Estudios Públicos, No. 18/1985, 201-218
- Mols, Manfred: Parteien und Entwicklung in der Dritten Welt, in: Wolfgang Jäger (Hrsg.): Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung, Stuttgart 1973, 210-255
- ders.: Demokratie in Lateinamerika, Stuttgart 1985
- ders.: Begriff und Wirklichkeit des Staates in Lateinamerika, in: Manfred Hättich (Hrsg.): Zum Staatsverständnis der Gegenwart, München 1987, 185-220
- Mora y Araujo, Manuel: La naturaleza de la coalición Alfonsinista, in: Todo es Historia 219 (julio 1985), 38-45; wiederabgedruckt in: N. Botana u.a.: La Argentina electoral, Buenos Aires 1985, 89-107
- Nohlen, Dieter: Mehr Demokratie in der Dritten Welt? Über Demokratisierung und Konsolidierung der Demokratie in vergleichender Perspektive, in: APuZ B25-26 1988, 3-18
- ders. / Solari, A. (Hrsg.): Reforma Política y Consolidación Democrática. Europa y América Latina, Caracas 1988

- Nun, José / Portantiero, Juan Carlos (Hrsg.): Ensayos sobre la transición democrática en la Argentina, Buenos Aires 1987 *zitiert als 1987 a* ders. / ders.: Consolidación de la Democracia en Argentina, in: Síntesis (Madrid) Nr. 2 (mayo-agosto 1987), 226-255
- O'Donnell, Guillermo: Permanent Crisis and the Failure to create a Democratic Regime: Argentina 1955-66, in: Juan J.Linz / Alfred Stepan (Hrsg.): The Breakdown of Democratic Regimes. Latin America. Baltimore und London 1978, 138-177
- O Maolain, Ciaran: Latin American Political Movements, Essex 1985, 12-13
- Oszlak, Oscar u.a. (Hrsg.): "Proceso", crisis y transición democrática, 2 Bände, Buenos Aires 1984
- Palermo, Vicente: Problemas de la participación política en la Argentina contemporánea, in: A.H.Colombo / ders. 1985, 97-116 (*zitiert als 1985 a*)
- ders.: Cultura política, conflicto y democracia, in: A.H.Colombo / ders.1985, 117-137 (*zitiert als 1985 b*)
- ders.: Política y Militancia: ¿Hacia el fin de una cultura fragmentada?, in: Norbert Lechner (Hrsg.): Cultura Política y Democratización, Santiago 1987, 65-97
- Palomino, Hector: Argentina: Dilemas y perspectivas del movimiento sindical, in: Nueva Sociedad 83 (mayo-junio 1986), 89-102
- ders.: Los sindicatos bajo el gobierno Constitucional: De la Confrontación a la Alianza, in: J.Nun / J.C.Portantiero 1987, 175-193
- Peralta-Ramos, Monica / Waisman, Carlos (Hrsg.): From Military Rule to Liberal Democracy in Argentina, Boulder und London 1987
- Perina, Ruben M.: Onganía, Lévingston, Lanusse. Los militares en la política argentina. Buenos Aires 1983
- Pion-Berlin, David: The Fall of Military Rule in Argentina: 1976-1983, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs Vol. 27 (summer 1985) 2, 55-76
- Portantiero, Juan Carlos: Algunos problemas para la construcción de un orden político democrático, in: Francisco Rojas Aravena (Hrsg.): América Latina: Desarrollo y perspectivas democráticas, San José (Costa Rica) 1982, 87-100
- ders.: Transición a la democracia en Argentina: Un trabajo de Sísifo? in: Cuadernos de Marcha (México) 1/1983/22, 15-26
- ders.: Condiciones para un nuevo pacto institucional en la Argentina, in: O.Oszlak u. a. 1984, 133-144 (*zitiert als 1984 a*)
- ders.: Sociedad Civil, partidos y grupos de presión, in: Fundación Pablo Iglesias 1984, 263-272 (*zitiert als 1984 b*)
- ders.: La transición entre la confrontación y el acuerdo, in: J.Nun / ders. 1987, 257-293 *zitiert als 1987 a* ders.: La concertación que no fue: De la Ley Mucci al Plan Austral, ebd. 139-174 *zitiert als 1987 b*
- Potter, Anne L.: The Failure of Democracy in Argentina 1916-1930: An Institutional Perspective, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, 1981/5, 83-109
- Przeworski, Adam: Some Problems in the Study of the Transition to Democracy, in: Guillermo O'Donnell / Ph.C.Schmitter / Lawrence Whitehead (Hrsg.): Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy. Comparative Perspective. Baltimore und London 1986, 47-63
- Puiggrós, Rodolfo: Historia crítica de los partidos políticos argentinos, Band 3, Buenos Aires 1986
- Remmer, Karen L.: Party Competition in Argentina and Chile. Political Recruitment and Public Policy, 1890-1930, Nebraska 1984
- Rock, David: Politics in Argentina 1890-1930. The Rise and Fall of Radicalism, Cambridge 1975

- ders. / Avellano, Suzanne E.: The Argentine Elections of 1983: Significance and Repercussions, in: Raul Drake / Eduard Silva (Hrsg.): Elections and Democratization in Latin America. 1980-1985, San Diego 1986, 189-199
- ders.: Political Movements in Argentina: A Sketch from Past and Present, in: M.Peralta-Ramos / C.Waismann 1987, 3-19
- Rohe, Karl: Art. "Politikbegriffe" in: Wolfgang W.Mickel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft. Studienausgabe, München 1983, 349-354
- Romero, José Luis: Las ideas políticas en Argentina, Buenos Aires 1981 (tercera edición en colección popular)
- Roth, Reinhold: Art. "Parteien" in: Wolfgang W.Mickel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft. Studienausgabe, München 1983, 335-339
- Rouquié, Alain: Poder Militar y Sociedad Política en la Argentina II. 1943-1973, Buenos Aires 1982 (*zitiert als 1982 a*)
- ders.: El poder militar en la Argentina de hoy: cambio y continuidad, in: Peter Waldmann / Ernesto Garzón Valdés (Hrsg.): El poder militar en la Argentina (1976-1981). Aspectos históricos y sociopolíticos, Frankfurt am Main 1982, 65-76 (*zitiert als 1982 b*)
- ders. / Schwarzer, Jorge (Hrsg.): ¿Como renacen las democracias? Buenos Aires 1985
- Sábato, Hilda / Cavarozzi, Marcelo (Hrsg.): Democracia, orden político y parlamento fuerte, Buenos Aires 1984
- Sábato, Jorge F. / Schwarzer, Jorge: Funcionamiento de la economía y poder político en la Argentina. Trabas para la democracia, in: Ibero-Americana. Nordic Journal of Latin American Studies Vol 13 1982/2, 11-38
- Sanguinetti, Horacio: Los gobiernos radicales, in: Todo es Historia 170 (julio 1981), 85-95
- Sartori, Giovanni: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis. Cambridge 1976
- Scenna, Miguel Angel: El Radicalismo. Noventa años de historia, in: Todo es Historia 170 (julio 1981), 8-37
- Shell, Kurt: Art. Pluralismus in A.Görlitz (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, Band 2, Hamburg 1973, 323-327
- Sidicaro, Ricardo: Kontinuität und Wandel im argentinischen Parteiensystem, in: Institut für Iberoamerika-Kunde: Chancen und Grenzen der Demokratie in Argentinien (Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation Nr. 1) Hamburg 1984, 17-29
- ders.: ¿Es posible la democracia en la Argentina? in: Alain Rouquié / Jorge Schwarzer 1985, 271-302 ders.: Drei Jahre Demokratie in Argentinien. Alfe Probleme und neue Konflikte, in: Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation (Hamburg) 3/1986, 7-16
- Slater, David (ed.): New Social Movements and the State in Latin America, Amsterdam 1985
- Smith, Peter: Argentina and the Failure of Democracy. conflict among Political Elites. 1904-1955, Wisconsin 1974
- ders.: The Breakdown of Democracy in Argentina 1916-1930, in: Juan J.Linz / Alfred Stepan (Hrsg.): The Breakdown of Democratic Regimes. Latin America, Baltimore and London 1978, 3-27
- Snow, Peter G.: Argentine Radicalism 1957-1963, in: Journal of Inter-American Studies Vol.V, 1963/4, 507-531 ders.: Radicalismo Argentino. Historia y Doctrina de la UCR, Buenos Aires 1972
- ders.: Political Forces in Argentina, New York 1979
- ders.: Argentina: Politics in a Conflict Society, in: Howard J.Wiarda / Harvey F.Kline (Hrsg.): Latin American Politics and Development, Boulder and London 1985, 123-159

- Tiano, Susan: Authoritarianism and Political Culture in Argentina and Chile in the Mid 1960s, in: Latin American Research Review, Vol. XXI No.1 1986, 73-98
- Todo es Historia (Buenos Aires). Sondernummer "Noventa años de Radicalismo (año XV, No.170, julio 1981)
- U.C.R. - Provincia de Buenos Aires: Carta Orgánica, Buenos Aires 1987
- Urriza, Manuel: ¿Movimiento o partido? El Peronismo, in: Nueva sociedad 74 (setiembre-octubre 1984), 69-94
- Vacs, Aldo C.: Authoritarian Breakdown and Redemocratization in Argentina, in: James M. Malloy / Mitchell A. Seligson (Hrsg.): Authoritarians and Democrats. Regime Transition in Latin America, Pittsburgh 1987, 15-42
- Verbitsky, Horacio: Civiles y Militares. Memoria Secreta de la Transición, Buenos Aires 1987
- Villanueva, Ernesto F.: Peronismo: Entre la esperanza y la disgregación, in: Nueva Sociedad 77 (mayo-junio 1985), 140-146
- Viola, Eduardo / Maiwaring, Scott: Transition to Democracy: Brazil and Argentina in the 1980s, in: Journal of International Affairs Vol 38/No.2 (winter 1985), 193-219
- Von Beyme, Klaus: Theoretische Probleme der Parteienforschung, in: ders., Der Vergleich in der Politikwissenschaft, München 1988, 199-213
- Werz, Nikolaus: Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela, München 1983
- ders.: Artikel "Politische Parteien in Lateinamerika", in: Dieter Nohlen / Peter Waldmann (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik Band 6, Dritte Welt, München / Zürich 1987, 438-445 (zitiert als 1987 a)
- ders.: Demokratie und Regierungsformen in Südamerika, in: Verfassung und Recht in Übersee, 20/1987/2, 143-176 (zitiert als 1987 b)
- ders.: Die Rebellion der Offiziere. Ihre Hintergründe und Folgen, in: Blätter des iz3w Nr. 143 (August 1987), 27-35 zitiert als 1987 c
- Wiesendahl, Elmar: Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung, Opladen 1980
- Wynia, Gary W.: Argentina: Illusions and Realities, New York / London 1986
- ders.: Readjusting to democracy in Argentina, in: Current History Vol. 86, 1987/1, 5-8 u.34

In der Reihe "Dokumente und Materialien" sind bisher erschienen:

- Nr. 1: Manfred Mols (Hrsg.): Die Beziehungen zwischen Lateinamerika und der Bundesrepublik Deutschland. Symposium am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Mainz am 14./15. November 1983 (März 1984)
- Nr. 2: Klaus Bodemer: Der Stellenwert Lateinamerikas in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland - Bestandsaufnahme und Empfehlungen (Juni 1984)
- Nr. 3: Kurt Weyland: Die interregionalen Süd-Süd-Beziehungen Brasiliens und Mexikos (Dezember 1984)
- Nr. 4: Das Studium der Politikwissenschaft. Eine Dokumentation. Zusammengestellt von Christiano German (Frühjahr 1985)
- Nr. 5: Klaus Bodemer: Erfolgskontrolle oder politisches Marketing? Bemerkungen zum Verhältnis von Evaluierung und Öffentlichkeit in der Entwicklungspolitik (Juni 1985)
- Nr. 6: Willi Hofmeister: Wahlen und Regierungswechsel in Bolivien - Ein Schritt zur Festigung der Demokratie? (Dezember 1985)
- Nr. 7: Ernesto Garzón Valdés: Überlegungen zum Begriff der Stabilität politischer Systeme. Mit Fallbeispielen aus Vergangenheit und Gegenwart Lateinamerikas (April 1986)
- Nr. 8: Ulrike Wolf: Nationenbildung in Eritrea (Dezember 1986)
- Nr. 9: Frank Decker: Die USA und Demokratie in der Dritten Welt. Stellenwert und Wirksamkeit einer demokratieorientierten Außenpolitik (März 1987)
- Nr. 10: Barbara Kernbach / Hans-Joachim Lauth: Zur Situation der mexikanischen Gewerkschaften am Ende des sexenio Miguel de la Madrid (November 1987)
- Nr. 11: Peter Birle: Parteien, Parteiensystem und Demokratie in Argentinien: Die neuere Entwicklung der Unión Cívica Radical und ihre Stellung innerhalb des argentinischen Parteiensystems (Februar 1989)

Impressum

Schriftenreihe: Dokumente und Materialien

Herausgeber: Prof. Dr. Manfred Mols
Prof. Dr. Ernesto Garzón Valdés

Redaktion: Ulrike Wolf

Bezugsadresse: Institut für Politikwissenschaft - Abteilung Politische
Auslandsstudien und Entwicklungspolitik

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Colonel Kleinmann Weg 2
D-6500 Mainz
(Tel.: 06131 / 392728
/ 393389)